

Interview: Neo-Europäer über ihre Flucht nach Europa und ihre Sicht der neuen Heimat

# eco **nomy**

Unabhängiges Themenmagazin für Wirtschaft und Bildung

27. 3. 2009 | € 2,50  
N° 71 | 4. Jahrgang

Gonzagagasse 12/12, 1010 Wien  
Aboservice: [abo@economy.at](mailto:abo@economy.at)  
GZ 052036468 W  
P.b.b. Verlagspostamt 1010 Wien



Europa

## Supermacht oder Zerfall

*Vor den Europawahlen und der irischen Abstimmung über den Reformvertrag verleiht die Wirtschaftskrise der EU Rückenwind. Ein Scheitern ist noch möglich.*

**Technologie:** *In weiblicher Hand – Microsoft-Österreich-Chefin im Gespräch Seite 13*

**Wirtschaft:** *Euro-Muffel unter Druck – Jetzt spielt der Euro seine Stärke aus Seite 15*

**Dossier:** *Osteuropa – Gewinner und Verlierer des ehemaligen Ostblocks ab Seite 21*

**Bildung:** *Taferlklassler – Kinder sollen früher als bisher die Schulbank drücken Seite 27*



# Quickconomy

## Nachrichten



**Großes Geld oder Gemeinwohl**..... 6  
Die USA fördert eher teure klinische Erprobungsphasen als Europa.

**Gio Hahn über Telemedizin** ..... 11  
Der Wissenschaftsminister im Interview über Investitionen in neue Technologien.

**Internetverwaltung im Umbruch**. 14  
Die EU will mehr Rechte und Pflichten bei der Verwaltung des Internets.



**Wertanlage Briefmarken** ..... 20  
Der Glanz der Sammlungen verblasst, die Werte schwinden.

**Studieren in Osteuropa** ..... 28  
Kein Studium ohne Auslandssemester. Das Interesse an Oststädten steigt.

**Managerinnen gesucht**..... 29  
Österreicherinnen sind zwar motiviert, aber viel zu wenig selbstbewusst.

## Kommentare



**Union auf dem Prüfstand** ..... 32  
Die EU-Kritiker sind plötzlich verstummt. Österreicher im Meinungsumschwung.

**Aufraffen zur Pole Position** ..... 32  
Die USA krempelt die Hemdsärmel auf und will durchstarten.

**Kommentar der anderen** ..... 33  
Der Philosoph Harald Edelbauer schlüpft in die Rolle der Königstochter Europa.

## Standards

Im Test .....	30
Warenkorb .....	30
Buchtipps .....	31
Karriere .....	31
Karikatur .....	33
Special Innovation .....	ab 34

### IMPRESSUM

Economy Verlagsgesellschaft m.b.H., 1010 Wien, Gonzagagasse 12/12  
Geschäftsführender Herausgeber und Chefredakteur: Christian Czaak  
Chef vom Dienst: Klaus Lackner  
Redaktion und Autoren: Ralf Dzioblowski, Margarete Endl, Sonja Gerstl, Lydia J. Goutas, Linda Kappel, Astrid Kasperek, Klaus Lackner (kl), Michael Liebming, Arno Maierbrugger, Clemens Neuhold, Emanuel Riedmann, Alexandra Riegler, Gerhard Scholz, Christine Wahn Müller, Anna Weidenholzer  
Illustrationen: Carla Müller, Kilian Kada; Titelbild: Bilderbox.com  
Special Innovation: Sonja Gerstl, Gerhard Scholz, Levent Tarhan  
Produktion und Artredaktion: Tristan Rohrhofer  
Lektorat: Elisabeth Schöberl  
Druck: Luigard, 1100 Wien Druckauflage: 24.788 Stück (Jahresschnitt 2008)  
Internet: www.economy.at E-Mail: office@economy.at  
Tel.: +43/1/253 11 00-0 Fax: +43/1/253 11 00-30  
Alle Rechte, auch nach § 44 Abs. 1 Urheberrechtsgesetz:  
Economy Verlagsgesellschaft m.b.H.  
Abonnement: 30 Euro, Studentenabo: 20 Euro



EU: „Was wir gelernt haben, war langweilig“

# Uncooles Europa

Politiker reden darüber, Teenager leben bereits dort.



Astrid Kasperek

**economy:** *Ihr drei feiert ja demnächst euren 16. Geburtstag. Das bedeutet, ihr dürft am 7. Juni an der Europawahl teilnehmen. Freut euch das?*

**Vera:** Na pfoh, und wie. Darauf wart' ich schon seit Jahren. Nein, im Ernst: Ich weiß gar nicht, wann Europawahlen sind und was sich da abspielt. Und ich gebe auch meine Stimme nicht ab, wenn ich nicht weiß, wofür.

**Fabian:** Also, ich weiß auch nicht, wann die Wahlen zum EU-Parlament sind, aber ich hab' erst kürzlich von einer der großen Parteien einen Gutschein für ein Gratis-Zeitungsabo zugeschickt gekriegt. Inhaltliche Infos für mich als Erstwähler gab's auf dem Folder aber keine. Das ist Bestechung, find' ich, und ich hab' den Gutschein weggeschmissen.

**Woher bezieht ihr eure Informationen über Europa?**

**Vera:** Aus TV und Internet. Ich chatte und maile regelmäßig auch mit Jugendlichen aus anderen Ländern, zum Beispiel aus Deutschland und England. Mich ärgert das dann aber, wenn die Erwachsenen uns einerseits kritisieren, dass wir so viel vorm Computer sitzen, und andererseits wollen sie, dass



**Wahlberechtigt: Vera, Fabian und David.** Foto: Alex Halada

wir viel lernen und in Netzwerken arbeiten. Das tun wir ja – wir sind eh schon vernetzt mit der halben Welt. Es nimmt uns nur niemand ernst.

**Ist Europa auch ein Thema in der Schule?**

**David:** Das, was wir in der Schule über Europa gelernt haben, war langweilig. Das übliche Geografische, also Bevölkerungs- und Wirtschaftsdaten. Aber genaue Infos, wie Europapolitik funktioniert oder was im EU-Parlament vorgeht, das haben wir noch nicht gehört.

**Hat Europapolitik für euch eine Bedeutung?**

**David:** Klar, ich lebe ja in Europa, und ich lebe gut hier. Wir haben keinen Krieg, genug sauberes Wasser, können grenzenlos verreisen und müssen kein Geld mehr wechseln. Und das soll so bleiben.

**Fabian:** Falsch finde ich aber, dass sich Europa so abschottet und Nicht-Europäer nicht reinlassen will. Da wird einerseits der freie Waren- und Personenverkehr eingeführt, und dann dürfen nur bestimmte Personen zu uns kommen – da stimmt doch was nicht.

**Vera:** Und wieso soll die Türkei nicht zur EU gehören? Da reden's immer über die gemeinsame europäische Kultur – was ist denn das? Also, mir ist die Kultur eines türkischen Hip-Hoppers vertrauter als die einer 70-jährigen Wienerin, die sich Heimatfilme und den „Musikantenstadl“ reinzieht.

**Was müsste ein EU-Politiker tun oder versprechen, damit er eure Stimme kriegt?**

**David:** Er darf kein Rassist sein, er muss Ausländerfeindlichkeit, Armut und Arbeitslosigkeit bekämpfen und sich für mehr Umweltschutz einsetzen.

**Vera:** Und er müsste EU-weit die Jugendschutzgesetze lockern, sodass man schon mit 15 in alle Lokale reingeh'n und länger ausbleiben darf!

## Editorial

Mit der Entscheidung für eine finanzielle Unterstützung der angeschlagenen Volkswirtschaften unserer östlichen Nachbarn scheint aus der EU nun auch eine wirtschaftspolitische Einheit zu werden. Auch wenn die 50 Mrd. Euro im Vergleich zum US-Investment klein erscheinen: Was zählt, ist das politische Signal. Neben der bekannten Finanzfeuerwehr Internationaler Währungsfonds gibt es nun mit der EU selbst einen neuen Partner für Notlagen einzelner Mitgliedsländer. Bis dato war die Union ein Friedens- und Währungsprojekt. „Jetzt wird die EU zur Schutzmacht“, wie Meinungsforscher Peter Ulram meint. In seiner aktuellen Umfrage beurteilen 65 Prozent der Österreicher die EU positiv. Die stärkste Zustimmung seit zehn Jahren. Rund zwei Mo-

nate vor der EU-Wahl behandeln wir in der aktuellen Ausgabe den Schwerpunkt Europa. Dazu hat Astrid Kasperek auch junge Erstwähler befragt. Hier zeigt sich ein Hauptproblem beim Thema Europa: mangelnde Information. In den Recherchen zur Geschichte antworten Parteien auf die Frage nach entsprechenden Aktivitäten mit „Keine“ oder „Ist erst in Arbeit“. Einzig die junge ÖVP schickt sofort einen Jugendfolder mit den wichtigsten europäischen Themen. Dabei ist Österreich das erste und einzige Land, in

dem ab 16 Jahren gewählt werden darf. Aber auch von Bundesregierung oder Ministerien gibt es bis dato keine fundierte Informationskampagne. Einzig Wissenschaftsminister Hahn hat über für Österreich erfolgreiche Geldflüsse bei europäischen Forschungsprogrammen informiert. Abschließend zur aktuellen Krise: Hilfspakete für Banken sind geschnürt, Interessenverbände wie Industriellenvereinigung oder Zeitungsherausgeberverband fordern für ihre Klientel und zahlenden Mitglieder Unterstützung. Die Stadt Wien schnürt für KMU ein zusätzliches Konjunkturpaket. Auch Gewerkschaftsboss Erich Foglar fordert rasche Maßnahmen für KMU. Und was macht die Wirtschaftskammer als eigentliche Interessenvertretung dieser Unternehmen? Christian Czaak



**Europäische Union:** 2009 ist ein Schicksalsjahr – noch nie war die Zukunft der Union so ungewiss

# Supermacht oder „Failed State“



Vor den Europawahlen und der irischen Abstimmung über den Reformvertrag verleiht die Wirtschaftskrise der EU Rückenwind. Navigiert sie die Bürger nicht sicher durch die Turbulenzen, droht der Schiffbruch.

**Clemens Neuhold**

Frühling 2014: Die Wahlen zum Europäischen Parlament stehen bevor. Den Zeitungen ist der Urnengang bestenfalls eine Randnotiz wert. Straßburg, Brüssel? Das war einmal, die Politik wird wieder in den Hauptstädten gemacht. Die mehrjährige Wirtschaftskrise hat Europa aufgerieben. Dazu kam das zweite Nein der Iren zum Reformvertrag und die darauf folgende Totalblockade des Brüsseler Uhrwerks.

Nach fruchtlosen Hilfspaketen und Krisengipfeln in Brüssel haben sich zuerst Frankreich, dann Deutschland, Großbritannien und die Niederlande auf ihre eigenen Stärken besonnen. Das Geld, das sie früher in die EU-Kassen eingezahlt haben, verwenden sie nun zur Wiederbelebung ihrer Industrien und zur Rettung der Sozialsysteme. Erzwingen haben diesen Kurswechsel rechtsradikale Parteien, die wegen der grassierenden Arbeitslosigkeit massiven Zulauf erfahren haben.

Der Euro, das Symbol für die ökonomische Weltmacht Europa, ist weich geworden. In Griechenland und Italien gelten wieder Drachmen und Lire. Auch Portugal und Irland ste-

hen kurz vor dem Austritt aus der Währungszone. Sie müssen ihre Währung abwerten, um die Exporte anzukurbeln und auf diese Weise ökonomisch zu überleben. Die reichen EU-Länder sind nicht bereit, ihnen weiter mit Transferzahlungen unter die Arme zu greifen und sie auf dem Kapitalmarkt vor dem Staatsbankrott zu retten. Das Bröckeln der Eurozone schwächt den Kurs. Die Deutschen wollen ihre starke Mark zurück.

„Worst-Case-Szenarien“ durchzuspielen, ist derzeit besonders bei Banken beliebt; die österreichischen Institute loten damit ihr wahres Osteuropa-Risiko aus (siehe Grafik). Obiges Szenario will sich aber wohl kein Strategie bei Erste Bank, Raiffeisen und Bank Austria ausmalen. Denn die jungen und besonders verwundbaren Demokratien Osteuropas wären die Hauptverlierer – und mit ihnen ihre Geldgeber, die heimischen Banken, deren Geldgeber im Fall von Pleiten wieder die österreichischen Steuerzahler wären.

2009 müssen in Brüssel, Straßburg und den Hauptstädten die Weichen gestellt werden, damit der Worst Case nicht eintritt – und die Ausgangsposi-



**Das Puzzle Europäische Union ist noch lange nicht vervollständigt. Obwohl die EU-Bürger derzeit hinter der EU stehen, könnte sie schnell wieder zerfallen.** Foto: Photos.com

tion ist gut, zumindest, was den Rückhalt durch die Bürger betrifft. „Für die EU steht viel auf dem Spiel, jetzt ist ein Mondfenster offen. Jetzt kann die Union zeigen, was sie kann“, meint Meinungsforscher Peter Ulram vom Institut GfK im Gespräch mit *economy*.

## Derzeit starke Zustimmung

Im traditionell europaskeptischen Österreich ortet Ulram drei Monate vor der Wahl zum Europäischen Parlament die stärkste Zustimmung zur Union seit zehn Jahren. 65 Prozent sagen laut seinen Umfragen, der Beitritt zur Union sei eine positive Sache gewesen, 35 Prozent verneinen das. „In der Wirtschaftskrise empfinden die Bürger die EU als eine

Schutzmacht. Sie sehen ein, dass Österreich alleine die Probleme nicht lösen kann.“ Bei den Wahlen sieht Ulram die beiden Großparteien mit je deutlich über 20 Prozent fast gleich auf, mit einem schmelzenden Vorsprung der SPÖ. Die FPÖ kommt nach seiner Prognose auf neun, die Grünen hätten acht Prozent, und die Liste des EU-Kritikers, EU-Abgeordneten und *Krone*-Kolumnisten Hans-Peter Martin käme auf vier Prozent.

Allerdings meint Ulram: „Wenn all die Hilfspakete scheitern, kann die Stimmung schnell kippen.“ Dann könnten wieder Themen in den Vordergrund treten, die der Gemeinschaft schaden, etwa das Ausländerthema. Einen Vorgeschmack boten wütende Arbeiter in Großbritannien, die aus Furcht um ihren Arbeitsplatz gegen zugewanderte Arbeiter – auch aus der EU – protestierten.

Das nächste Eckdatum des Schicksalsjahrs 2009 ist ein noch festzulegender Wahltag im Oktober. Bei diesem Urnengang werden die Iren ein zweites Mal über den Vertrag von Lissabon abstimmen. Kern des Vertrags sind schnellere, einfachere Entscheidungswege. Das soll die auf 27 Länder angewachsene Union davor bewahren, an der eigenen Behäbigkeit zu ersticken.

Schon nach dem ersten Nein der Iren zum Vertrag sahen Untergangspropheten die EU an ihr Ende gekommen. Von der „größten Krise der EU“ war die

Rede, als sich der Kollaps des globalen Finanzsystems in amerikanischen Einfamilienhäusern gerade erst zusammenbraute. Es ist leicht vorstellbar, wie komatös ein zweites Nein der Iren wirken würde. Die seit 2002 laufenden Bemühungen um eine Reform der Europäischen Union wären endgültig gescheitert.

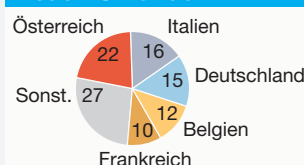
Doch auch hier steht der Mond günstig. Denn die Iren hat die Krise wie eine Keule getroffen, für Ressentiments gegen den bedrohlichen Zentralismus Brüssels bleibt mitten im Existenzkampf wenig Raum. Aus heutiger Sicht ist mit einem Ja zum Vertrag zu rechnen. Der Kampf gegen den Vertrag von Lissabon wäre für FPÖ, BZÖ und Hans-Peter Martin die Hauptbotschaft im Wahlkampf gewesen: eine Wahlkampfmunition, die jetzt nicht mehr so recht zündet. Die Menschen haben andere Sorgen als ein abstraktes Vertragswerk. „Den Schwerpunkt auf den EU-Vertrag zu legen wäre kontraproduktiv“, sagt Ulram dazu.

Die Suche nach Spitzenkandidaten für Parlament und Kommission hat die Krise jedenfalls erleichtert. Swoboda (SPÖ), Mölzer (FPÖ), vielleicht Karas (ÖVP) ins Parlament, Molterer oder Ferrero-Waldner in die EU-Kommission: Statt auf Fernsehstars setzen die Parteien auf erfahrene Europapolitiker. Zum Einarbeiten bliebe im Schicksalsjahr 2009 ohnedies keine Zeit.

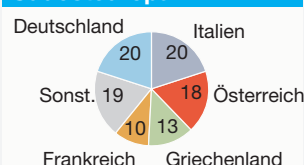
## Osteuropa-Geschäft der EU-Banken

### Kredite der EU-Banken in Osteuropa, Anteil in Prozent

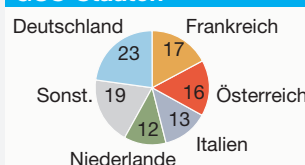
#### Neue EU-Länder



#### Südosteuropa

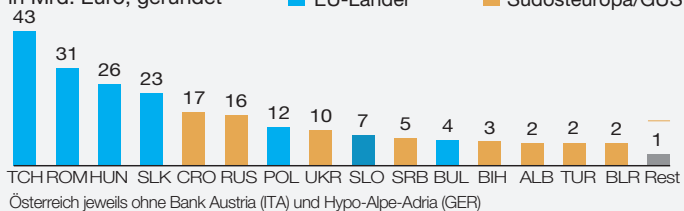


#### GUS-Staaten



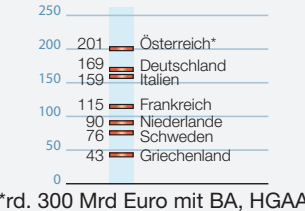
### Kreditvolumen österreichischer Banken in osteuropäischen Ländern

in Mrd. Euro, gerundet



### Bankgeschäfte in Osteuropa

in Mrd. Euro



Grafik: APA/economy Quelle: APA/OeNB, Stand 3. Quartal 2008

# Europa ist nicht nur weiß

Millionen von Menschen zieht es nach Europa. Es lockt die Vorstellung von Wohlstand und Sicherheit. Bei politischen Flüchtlingen ist das anders. Sie flüchteten, um ihr Leben zu schützen. Fünf Neu-Europäer erzählen, warum sie nach Europa kamen und wie sie ihre neue Heimat sehen.



Margarete Endl  
Astrid Kasperek

Sie ertrinken. Sie ersticken. Auf ihrem Weg in das Traumland Europa gehen viele Menschen jedes Risiko ein. Und das ist hoch, seit sich Europa zur Festung ausgebaut hat. Jedes Jahr ertrinken Tausende Menschen im Mittelmeer, wenn ihr Boot zwischen Afrika und der italienischen Insel Lampedusa, dem südlichsten Punkt Europas, kentert. Immer wieder ersticken Menschen, wenn sie sich von Schleppern als Lastgut in Lkws über die Grenzen bringen lassen.

Nicht jede Flucht ist so dramatisch. Die Gründe, in Europa eine neue Heimat zu suchen, sind es oft schon. Sei es, weil sich Menschen aufgrund von Armut nicht mehr ernähren können, weil ein Krieg das nackte Überleben gefährdet, weil sie aus politischen, religiösen, ethnischen oder sonstigen Gründen bedroht werden. Menschen, die in Österreich Asyl erhielten oder sich aus anderen Gründen für ein Leben in Österreich entschieden haben, reflektieren ihr Bild von Europa.

## Simon Inou, Journalist

„Die Berggasse kannte ich aus dem Geschichtsunterricht“, sagt Simon Inou. „Sigmund Freud, Berggasse, die Hofburg-Familie, Schönbrunn – lauter barbarische Namen, die wir in der Schule nicht verstanden.“ Er hatte, so wie alle Schüler in Kamerun, intensiv europäische Geschichte gelernt. Und gerätelt, wie sich Schnee anfühlt.

Doch es war nie sein Traum, nach Europa zu gehen. Er wollte gegen die Diktatur, die Korruption in Kamerun anschreiben. Er war Journalist, hatte bereits eine Zeitschrift für junge Leute gegründet. Als er zu einem Journalistenkongress nach Graz eingeladen wurde, sagte er seiner Mutter, er würde in zwei Wochen wieder zurück sein. Das war vor 13 Jahren. Während der Konferenz erfuhr er, dass er nach der Rückkehr wegen seines Engagements für Minderheiten und Umweltschutz verhaftet werden würde. Jour-



„Es gibt eine totalitäre Definition europäischer Identität: ‚Europäer ist, wer weiß ist.‘“ In Kamerun schrieb der Journalist Simon Inou gegen Korruption, in Österreich gegen Rassismus. Fotos: Andy Urban

nalisten in Graz rieten ihm, um politisches Asyl anzusuchen. „Asyl, was ist das?“, fragte er.

Das Innenministerium, damals von Caspar Einem geleitet, prüfte den Fall und erkannte Inou nach relativ kurzer Zeit als Flüchtling an. Er könnte längst die österreichische Staatsbürgerschaft haben. Aber: „Ich bin immer noch ein Flüchtling. Ich bin noch nicht bereit, Österreicher zu sein. Da habe ich ein Identitätsproblem.“ Seine wahre Identität hängt so wieso nicht an einer Nationalität, sondern an einem Beruf. „Ich will schreiben. Ich will mich engagieren. Das mache ich nicht aus Karrieregründen, sondern von Herzen.“ In Kamerun hätte er gegen die poli-

tischen Zustände angeschrieben und wahrscheinlich öfters sein Leben riskiert. In Österreich hat Inou die rassistische, oberflächliche oder unsensible Berichterstattung über Afrikaner in österreichischen Medien aufgedeckt. Etwa, wenn Medien Afrikaner pauschal mit Drogendealern gleichsetzen.

Inou hat die Online-Infoplattform Afrikanet gegründet, wirkt bei Radio Afrika mit und koordiniert seit eineinhalb Jahren eine jeden Mittwoch in der Tageszeitung *Die Presse* erscheinende Seite, auf der Journalisten und Journalistinnen mit Migrationshintergrund schreiben.

In anderen Lebensbereichen wirkt er im Augenblick resignativ. „Ich gehe nicht mehr tan-

zen. Weil ich vermeiden will, dass mir der Türsteher einer Diskothek sagt: ‚Keine Schwarzen.‘ In Wien gibt es Lokale, wo ich nicht essen darf. Ich werde nicht bedient. Aber ich lasse mich nicht unterdrücken.“ Viele Leute, die diskriminieren, würden eines Tages bemerken: Das war falsch. Zum Glück hätten seine Kinder in der Schule keine Probleme. Sie gehörten aber auch zu den Besten.

Keine Identitätsprobleme gibt es bei Loyalitäten im Sport: „Wenn es um Fußball geht, unterstützen meine Kinder und ich immer Kamerun oder ein anderes afrikanisches Team. Wenn es um Skifahren geht, sind wir für Österreich. Denn Kinder wollen immer die Sieger sein.“

## Aftab Husain, Literat

Der pakistanische Literaturprofessor Aftab Husain hatte es so gut gemeint. Zwischen Pakistan und Indien gab es gerade ein Lüfterl Entspannung. Indiens Premierminister Atal Behari Vajpayee stattete 1999 Pakistan einen Staatsbesuch per Autobus ab, um die Grenze der verfeindeten Staaten zu öffnen. Husain wollte ein Zeichen setzen, übersetzte Gedichte, die Vajpayee geschrieben hatte, von Hindi in die pakistanische Nationalsprache Urdu und präsentierte dem Premier das Büchlein.

Dann brachen wieder Spannungen aus, und Pakistans Premier Nawaz Sharif wurde gestürzt. Husain bekam Besuch vom pakistanischen Geheimdienst ISI. Er möge doch bestätigen, dass die Übersetzung im Auftrag von Sharif erfolgte. Als Husain dem ISI nicht zu Diensten sein wollte, wurde sein Haus geplündert und seine Familie misshandelt. Husain flüchtete nach Indien. Doch die indische Regierung zögerte, ihm Asyl zu gewähren. Der internationale Schriftstellerverband PEN hörte von den Troubles des Gedichteübersetzers und lud Husain nach Deutschland ein. Später kam Husain als „Writer in Exile“ nach Wien. Aus Sicherheitsgründen wollte er sich nicht fotografieren lassen.

„Österreich ist ein sehr netter Ort“, sagt Husain. Sehr ruhig sei es halt. Der Literat fühlt sich in der fremden Kultur etwas verloren. „Ich vermisse Bücher auf Urdu. Ich bin mit der Urdu-Sprache, mit der Literatur aufgewachsen. Englisch ist die Sprache unserer intellektuellen Gedanken. Aber nicht unseres emotionalen Lebens.“

Bestimmte kollektive Vorurteile über Europa würde Husain gern zurechtrücken: „In Süd-Asien halten wir uns für Bewahrer der menschlichen Werte, als Ort der Poesie und Kunst und meinen, die Europäer würden nur an sich und Geld denken. Würden sie uns aber fragen, mit welchen wissenschaftlichen Erkenntnissen wir zum Wohl der Menschheit beitragen, stünden wir mit leeren Händen da.“

## Béatrice Achaleke, Aktivistin

„Oh Gott“, sagt Béatrice Achaleke auf die Frage nach ihrer Herkunft – und dann ziemlich forsch: „Ich komme aus Breitenfurt. Nach Wien ging ich, um zu studieren.“ Die ständige Fragerei, woher sie denn komme, geht ihr auf die Nerven. Deswegen verweigert sie oft die Antwort. Es ist ihre Strategie, mit der Doppelbödigkeit umzugehen, der sie sich als Migrantin ausgesetzt fühlt. Die Gesellschaft fordert, dass sie sich integriert, behandelt sie aber dennoch als eine „sichtbar Andere“. „Ich bin österreichische Staatsbürgerin und möchte auch als solche behandelt werden.“

Die Entscheidung, Österreicherin zu sein, hat Achaleke auch wegen ihrer hier geborenen Kinder getroffen. „Ich möchte nicht, dass sie irgendwann das Gefühl haben, ihre Mama sei immer die Ausländerin. Den Gastarbeitern warf man vor, zwischen zwei Welten zu leben. Ich habe für mich gewählt: ‚Hey, Kinder, wir sind hier zu Hause!‘“ So sollen ihre Kinder besser damit umgehen können, wenn man ihnen sagt, sie seien Ausländer, weil sie anders als die klassischen Österreicher aussehen.

Zu ihren Wurzeln steht sie dennoch. „Meine Kinder haben afrikanische Namen, ich kleide mich kamerunisch, ich koche kamerunisch. Aber ich wähle aus, welche Identität ich wann benutzen will.“

Achaleke ist politisch aktiv. Sie leitet die Organisation Afra (International Center for Black Women's Perspectives) in Wien. Sie engagiert sich für ein Antidiskriminierungsgesetz, das seinen Namen verdient, für



„Ich bin österreichische Staatsbürgerin und will auch so behandelt werden“, betont Béatrice Achaleke. „Meine Kinder können sich die Stärken aus zwei Kulturen holen.“

Chancengleichheit und Mitbestimmung schwarzer Frauen in der Europapolitik. „Ich möchte dorthin, wo die Entscheidungen getroffen werden. Ich möchte mich einmischen. Aber nicht als schwarzes Aushängeschild und Alibiprojekt österreichischer oder europäischer Politiker.“

Die politischen Parteien und Institutionen müssten sich öffnen, um Chancengleichheit aller Bürger und Bürgerinnen zu ermöglichen. Allein zu sagen, man sei gegen Rassismus, genüge nicht. Wiens Politiker beteuern „Wien ist eine offene Stadt“ oder „Wien braucht euch“, um Migranten für die Polizei anzuwerben. Gleichzeitig wird ein Schwarzer in der U-Bahn von Polizisten brutal niedergeschlagen. „Daran zeigt sich, dass die propagierte Öffnung und das Streben nach Vielfalt bloße Lippenbekenntnisse sind.“

Dasselbe gilt für Schlagworte wie „grenzenloses Europa“. „Ich kenne Europas Grenzen genau“, sagt Achaleke. „Man braucht nur an die Grenzen von Italien und Spanien schauen und beobachten, was auf hoher See

passiert.“ Die EU wisse genau, warum so viele Afrikaner aus Afrika flüchten. Weil die Lebensgrundlagen von Afrikanern von der EU-Politik systematisch beschnitten werden. In der Fischerei etwa. Seit 15 Jahren fischen europäische Schiffe ganze Küstenstreifen, beispielsweise an der Küste Senegals, leer. Für die einheimischen Fischer in ihren kleinen Booten bleiben kaum mehr Fische übrig.

Trotz dieser ökonomischen Realitäten, die den Afrikanern bewusst sind, ist das Europa-Bild in Afrika noch immer viel zu positiv. Wer es nach Europa schafft, erreicht Wohlstand. Das stimme mit der Realität nicht überein.

Was bewirkte die Wahl von Barack Obama zum US-Präsidenten? „Es gab eine Euphorie“, sagt Achaleke. „Und mein siebenjähriger Sohn möchte eines Tages österreichischer Verteidigungsminister werden.“

## Bahram Parsa, Regisseur

Er steht jeden Morgen um fünf Uhr auf. Um diese Zeit gibt es via Satellit die besten TV-Nachrichten aus dem Iran. Er schreibt einen Blog. Auf Farsi. Seit sieben Jahren lebt Bahram Parsa in Wien. Doch ein Teil seines Ichs ist in Persien geblieben. Aufgrund seiner Arbeit als Künstler war er vom Mullah-Regime immer wieder verhaftet und gefoltert worden. Nach seiner Flucht aus dem Iran lebte er in Pakistan, Indien, Thailand, China, der Türkei. Überall fühlte er sich verfolgt. Er ging nach Sarajewo, nach Slowenien. Er benutzte gefälschte Pässe und verkleidete sich, je nach Bedarf, als belutschischer Bauer oder italienischer Mafioso. Die Rollenspiele beherrscht er. Bahram Parsa ist Schauspieler, Regisseur, Drehbuchschreiber. Und Anhänger des alterper-

## Ghousuddin Mir, Jugendbetreuer

Auch Ghousuddin Mir ist vor radikalen Islamisten geflohen. Als Politiker in Afghanistan hatte er Konflikte mit islamistischen Kämpfern, den Mudschahedin. Ghousuddin war früher dem ÖVP-Politiker und Völkerrechtsexperten Felix Ermacora begegnet und bat ihn angesichts seiner Probleme um Hilfe. Durch diesen Kontakt gelang es ihm, nach Österreich zu kommen, seine Familie nachzuholen und politisches Asyl zu bekommen.

Jetzt arbeitet er als Jugendbetreuer in einem Don-Bosco-Heim – und hat dort immer wieder mit flüchtenden Afghanen zu tun. Auch privat prägt das Land seine Aktivitäten. Ghousuddin gründete einen afghanischen Kulturverein in Wien und schaffte es, die vielen Ethnien, die einander oft feindselig gegenüberstehen, zu gemeinsamen Feiern zu motivieren. Das war nicht selbstverständlich. Als einige Paschtunen ihren Führungsanspruch auch nach Österreich verlegen wollten, beschied er ihnen: „In Österreich sind wir alle Ausländer. Wir sind alle gleich. Also hört mit euren Kämpfen auf.“

Am Neujahrsfest „Nauroz“ nahmen kürzlich an die tausend Menschen teil. Als Star des Abends lud Ghousuddin eine berühmte Sängerin ein. „Ein afghanisches Neujahrsfest mit einer Sängerin als Star. Auch das ist ein Akt des Widerstands.“ Schließlich hatten die Fundamentalisten die Frauen aus der Gesellschaft ausgeschlossen und wollten die 5000 Jahre alte Kultur der Afghanen zerstören, indem sie traditionelle Feste verboten.



„Das Erste, was ein Flüchtling spürt, ist der Verlust von Heimat“, sagt Bahram Parsa. „Viele Flüchtlinge haben Heimweh.“



„Ein afghanisches Neujahrsfest mit einer Sängerin als Star. Auch das ist ein Akt des Widerstands“, sagt Ghousuddin Mir.

# Zwischen großem Geld und Gemeinwohl

Die USA trauen sich an die Förderung früher klinischer Phasen heran, Europa weniger. Neben dem hohen Risiko ist es vor allem die Interessenabwägung hinter den Forschungsprojekten, die als längst nicht trivial gilt.

Alexandra Riegler

800 Mio. Dollar kostet die Entwicklung eines modernen Medikaments im Durchschnitt. Um schließlich zum Patienten zu gelangen, müssen vorklinische und klinische Studien erfolgreich abgeschlossen sein. An die zehn Jahre dauert dabei alleine das vorklinische Prozedere. Erst danach kommen Tests an Menschen ins Spiel.

In der ersten klinischen Phase wird die Sicherheit des Medikaments überprüft. Danach gilt es die Dosierung zu testen, die Phase III führt schließlich zur Markteinführung des Arzneimittels. Je näher die Zulassung rückt, desto umfangreicher und teurer werden die Studien. Wer es einmal in den klinischen Bereich geschafft hat, hat laut Statistik der US Food and Drug Administration (FDA) auch nur eine zehnpromtente Chance, dass am Ende eine Zulassung herauskommt. Konzerne wie Bayer haben laufend an die 50 Projekte in den klinischen Phasen. Nahezu 50 Prozent der Forschungs- und Entwicklungskosten der Pharmaunternehmen gehen hier auf.

Die Pharmariesen flüchten sich vor den explodierenden Kosten in die Globalisierung. Die teuren Phasen II und III, bei denen vor allem Ausgaben für medizinisches Personal anfallen, verlegen etwa US-Unternehmen mit Vorliebe nach Indien oder Südamerika.

## Frühförderung in den USA

Medikamentenentwicklung findet freilich nicht nur bei Pharmakonzernen, sondern auch an Universitäten und in Krankenhäusern statt, die allesamt auf die finanzielle Hilfe von außen angewiesen sind. In den USA werden dabei typischerweise auch frühe klinische Phasen gefördert. Tendenziell ist dies mit einem höheren Risiko verbunden, zumal der Wirkstoff von seiner Marktein-

führung noch ein gutes Stück entfernt ist. Gleichzeitig ist auch die Phase III vor Überraschungen nicht gefeit. Zuletzt holte sich etwa die University of California in San Diego eine Finanzierung der National Institutes of Health (NIH) über 5,4 Mio. Dollar ins Haus. Das Projekt ist ein Phase-II-Test eines Wirkstoffs gegen Alzheimer. Finanzierungen wie diese räumen zwar auch in den USA die Kritik nicht aus, dass sich die NIH lieber auf kurzfristige Projekte verlegen, die mehr Sicherheit versprechen. Für europäische Verhältnisse würde eine solche Finanzierung zumindest als wichtiger Schritt in die richtige Richtung gelten.

Da sich Pharmakonzerne in der Regel eher die Rosinen aus dem Kuchen picken und an Arzneimitteln für seltene Krankheiten wenig Interesse zeigen, gewährt der US-Staat steuerliche Nachlässe für all jene, die sich der Herausforderung doch stellen. Damit haben auch Studien an Unis gute Chancen. Wer Medikamente für Krankheiten beforscht, die weniger als 200.000 US-Amerikaner betreffen (Orphan Drug Indication), erhält bis zu 50 Prozent der Studienkosten vom Finanzamt erlassen sowie das Recht, das Produkt sieben Jahre lang exklusiv zu vertreiben. Zudem wird die Zulassung zumindest administrativ etwas erleichtert.

„Es kann den Eindruck erwecken, klinische Studien würden nicht unterstützt.“

WISSENSCHAFTS-  
FONDS FWF

Einen nur geringen Anteil machen klinische Studien bei der Projektvergabe des österreichischen Wissenschaftsfonds FWF aus. „Das kann bei man-



Zehn bis 15 Jahre vergehen, bis ein Medikament seine vorklinischen Testphasen durchlaufen hat. Erst danach folgen in drei Stufen Studien am Menschen. Foto: Photos.com

chen Kollegen den Eindruck erwecken, klinische Studien würden vom FWF prinzipiell nicht unterstützt“, schreibt dieser zum Thema. Vielmehr sei richtig, dass man sich groß angelegte klinische Studien schlicht nicht leisten könne. „Vielversprechende, klar umgrenzte“ Projekte hingegen, die einen entsprechenden Neuheitscharakter aufweisen, würden durchaus in Betracht gezogen.

## Weniger Anträge

Bei einer Veranstaltung zum 30-jährigen Bestehen der Ethikkommission am Allgemeinen Krankenhaus und der Medizinischen Universität in Wien verliehen Mediziner ihrem Unmut über die Förderungssituation im Land Ausdruck. Es gebe so gut wie keine Forschungsgelder für unabhängige Arzneimittelstudien, insbesondere im Grundlagenbereich, hieß es. Gerade für diesen ist es traditionell besonders schwierig, Geld von Pharmafirmen einzuwerben. Entsprechend sei die Zahl der nicht vonseiten der Wirtschaft bezahlten Anträge, die bei der Ethikkommission in den Jahren 2003 bis 2008 eingingen, von 100 auf die Hälfte gefallen.

Als zusätzliches Erschwernis, insbesondere für akademische Forschung, galt zunächst auch die EU-Richtlinie 2001/20/EG, die für Genehmigung und Aufsicht klinischer Studien einen europäischen Standard herausbilden sollte. Die Hauptforderung: Projekte müssen einen einzigen Sponsor haben, bei dem Verantwortung und Haftung liegen. Für Unis, wo im Gegensatz zur industriellen Medikamentenentwicklung Finanzierung und Verantwortung auf eine Handvoll Partner verteilt sind, schien dies kaum umsetzbar.

„Studien der Pharmaindustrie richten sich letztlich am Gewinn aus, öffentliche am Erfolg bei den Patienten.“

SUE M. RICHARDS,  
KREBSFORSCHERIN

Auch geht es in diesem Bereich oftmals um Vergleiche und Optimierungen von Therapien. Das vorgeschlagene Rahmenwerk wäre dafür schlicht überdimensioniert. Für die britische Krebsforscherin Sue M.

Richards scheint der Unterschied klar: „Studien der Pharmaindustrie richten sich letztlich am Gewinn aus, öffentliche am Erfolg bei den Patienten.“ Die entschärfte Version der Richtlinie (2005/28/EG) folgte rasch. Diese brachte unter anderem Erleichterungen in der Dokumentation und die Lockerungen gewisser Details der sogenannten guten klinischen Praxis.

Wie sich das neue Regelwerk auf die Anzahl der Projekte auswirkt, versuchte das *British Medical Journal* (BMJ) herauszufinden. So sei bei der Medikamentenentwicklung an Unis in ganz Europa ein Rückgang zu verzeichnen. Dieser habe jedoch bereits Anfang der 1990er Jahre eingesetzt. Sonst hätte die Richtlinie in Europa keine nennenswerten Auswirkungen. Anders jedoch in Österreich. Hier soll es laut BMJ einen Einbruch nicht industriell finanzierter Uniprojekte von 66 Prozent geben. Die Zahl industriell bezahlter Vorhaben blieb gleich. Das Fazit der Autoren: In Österreich habe sich das Thema der guten medizinischen Praxis einfach noch nicht entsprechend durchgesetzt.



# Wo steht die Forschung?

Beachtliche 90 Prozent der Grundlagenforschung finden hierzulande an den Universitäten statt. Darüber, wie diese Forschungsarbeit künftig gefördert werden soll, wird derzeit heftig debattiert.

**Sonja Gerstl**

Eigentlich ist die Sache denkbar einfach: Wissenschaftliche Exzellenz beginnt bei der individuellen Leistung jeder einzelnen Forscherin und jedes einzelnen Forschers, aus eigenem Antrieb den Stand der Forschung aktiv und hoch ambitioniert voranzutreiben.

Relevant wird diese Feststellung, wenn man berücksichtigt, dass Österreichs Universitäten mit dem Universitätsgesetz aus

dem Jahr 2002 die Möglichkeit und die Verpflichtung bekommen haben, sich in ihrer Autonomie in Forschung und Lehre zu positionieren, aber auch sich zu profilieren.

Fragt sich nur: Worin besteht nun konkret die Profilierung einer einzelnen Universität? Was genau kennzeichnet exzellente Forschungsleistungen? Und vor allem: Wie kann letztendlich die Qualität von universitärer Forschung bewertet und gegebenenfalls verglichen werden?

Das Thema „Hochschulforschung in Österreich“ war Gegenstand einer Konferenz des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung, die dieser Tage in Wien über die Bühne ging. Diskutiert wurde dabei unter anderem darüber, wie man methodisch ein Bild der Forschungslandschaft der heimischen Hochschulen veranschaulichen könne und welchen Einfluss internationale Entwicklungen auf die Ausrichtung der österreichischen Hochschulforschung hätten.

## Forschung und Lehre

Wissenschaftsminister Johannes Hahn (ÖVP) betonte in seinem Eingangsstatement einmal mehr, dass auf die Universitäten des 21. Jahrhunderts eine Vielzahl von Herausforderun-

gen zukommen würde, die es zu meistern gelte. Auch wenn man sich der großen Tradition des humboldtschen Ideals von der Einheit von Forschung und Lehre verpflichtet fühle, müsse man künftig verstärkt dem Bereich „Bildung und Ausbildung“ an den Unis Rechnung tragen. „Wir müssen mit Humboldt brechen, um ihn neu definieren zu können“, so Hahn.

Im Fokus der Veranstaltung befanden sich in weiterer Folge die Ergebnisse einer Input-Output-Analyse der österreichischen Universitäten. Durchgeführt wurde die Auswertung von Marcus Hudec, der an der Universität Wien am Institut für Scientific Computing tätig ist, und seiner Firma Data Technology, die bereits früher im Auftrag von Ministerien

und öffentlichen Institutionen statistische Daten aufbereitet und analysiert hat. Methodisch wurde dabei so vorgegangen, dass die wissenschaftlichen Stellen der jeweiligen Universität in sogenannten Vollzeitäquivalenten als „Input“ genommen und in Relation zum Output, in diesem Fall Publikationen in Zeitschriften und Fachbüchern und Vorträge auf internationalen Konferenzen, gesetzt wurden. Keine Berücksichtigung fand der Output der Lehre, also etwa, wie viele Absolventen die Uni aufzuweisen hat.

Demnach haben Naturwissenschaftler der Universitäten Graz und Innsbruck in puncto Publikationen österreichweit die Nase vorne. Unter dem Durchschnitt liegen die Wissenschaftler der Technischen Universität Graz und der Universität für Bodenkultur in Wien. In den Sozialwissenschaften wiederum wird an den Universitäten Wien und Innsbruck mit Abstand am meisten publiziert, bei den Medizinern ist es so, dass die Innsbrucker sowohl bei Veröffentlichungen als auch bei internationalen Vorträgen überdurchschnittlich präsent sind.

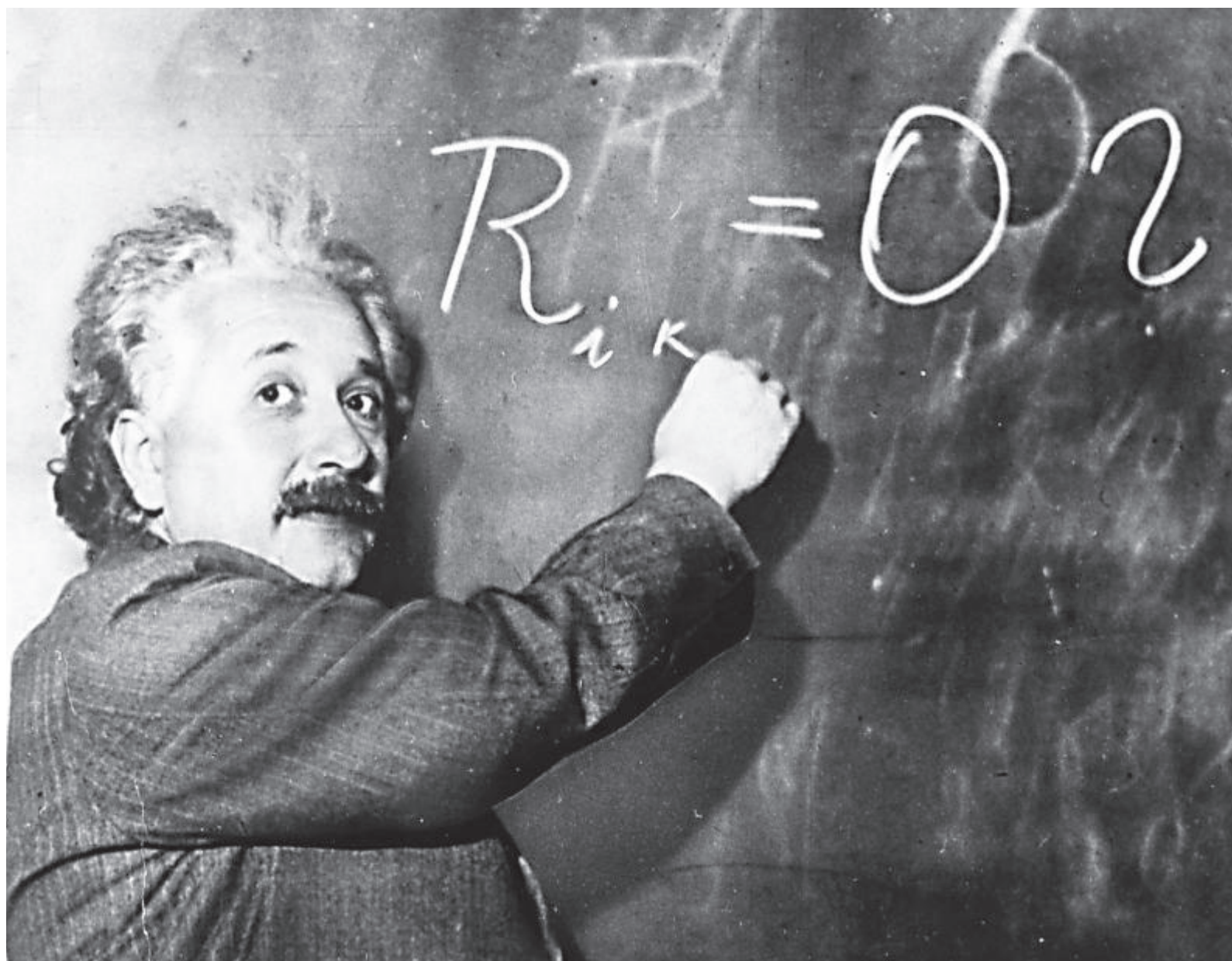
## Diskussionsgrundlage

Freilich sei, betonte Hudec, bei der Interpretation all dieser Daten Vorsicht geboten. Schließlich würde eine derartige Auswertung lediglich die Forschungsseite berücksichtigen, nicht aber die unterschiedliche Lehrbelastung der Professoren in den jeweiligen Fachbereichen. Eine gründliche Evaluation der Unis könne durch diese Auswertung jedenfalls nicht ersetzt werden. Einen Zweck hat die Input-Output-Studie jedoch: Sie dient als eine Grundlage für die Verhandlungen über die Leistungsvereinbarungen zwischen dem Ministerium und den Universitäten für die kommende Periode.

Special Wissenschaft & Forschung erscheint mit finanzieller Unterstützung durch das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung.

## Teil 47

Die inhaltliche Verantwortung liegt bei *economy*.



Durch die künftige Trennung der Budgets für Lehre und für Forschung an den österreichischen Universitäten ist eine Diskussion über die Messbarkeit von wissenschaftlicher Exzellenz und deren Vergleichbarkeit entbrannt. Foto: Ruhr-Universität Bochum



## Special Wissenschaft &amp; Forschung

# Neue Wege für Universitäten

Österreichs Hochschulen sind gefordert, an ihrem Forschungsprofil zu feilen und das auch zu kommunizieren.

**Sonja Gerstl**

Es gibt unterschiedliche Meinungen darüber, was Universitäten des 21. Jahrhunderts zu leisten hätten: Forschung, Lehre, Bildung, Ausbildung sind in diesem Zusammenhang oft gebräuchte Wörter – so auch anlässlich der Konferenz „Hochschulforschung in Österreich“ (siehe Seite 8).

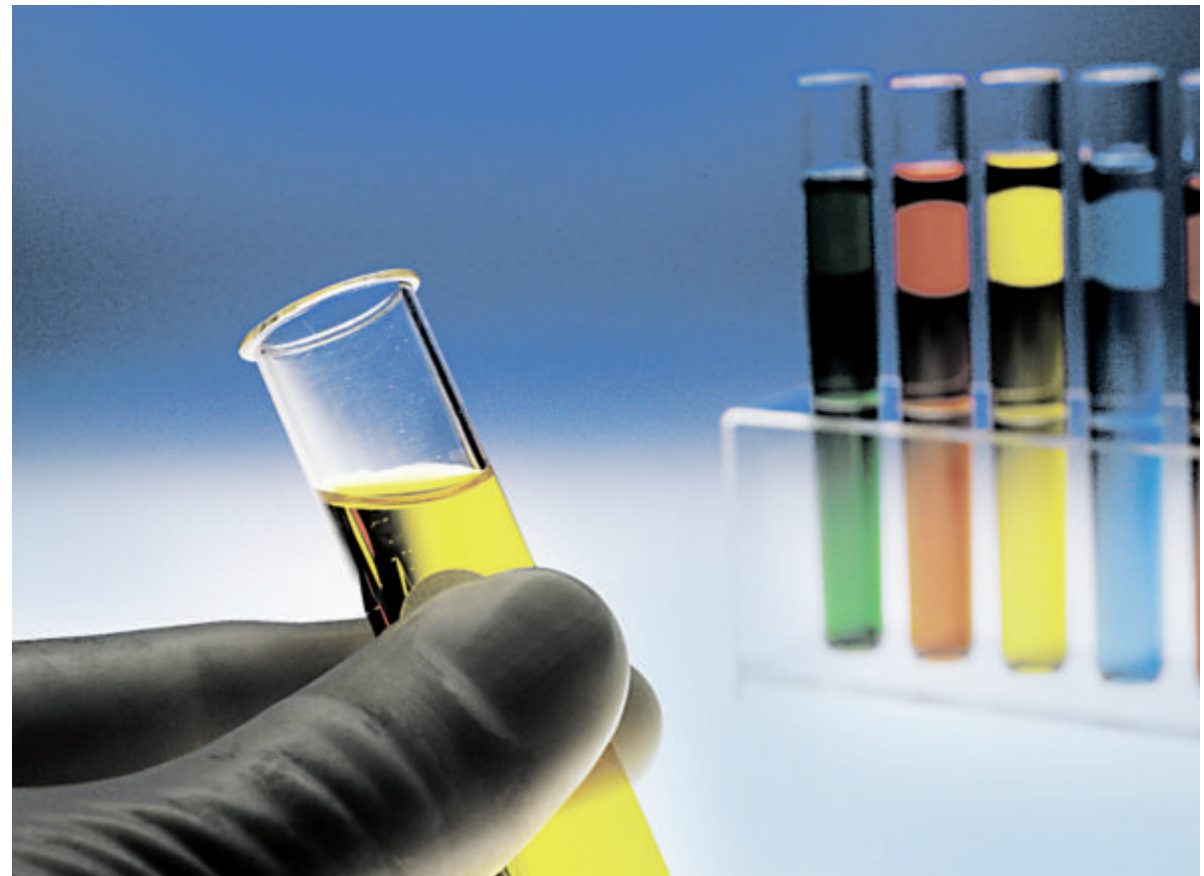
## Themen erarbeiten

„Der aktuelle Diskussionsprozess läuft zwischen einem einheitlichen, geschlossenen Bild, das eine Universität bilden soll, und der Vielfalt, die nach wie vor gewürdigt werden muss. Die Universität der Zukunft sollte daher schon selbstständig ihre Themen für die nächsten Jahre auf ihrer Homepage festhalten und könnte damit ein Profil und Image entwickeln, das viele Studentinnen und Studenten anzieht, die an diesen Themen interessiert sind“, erläutert Günter Burkert-Dottolo, Leiter der erst im Vorjahr neu geschaffenen Abteilung für forschungspolitisches Hochschulwesen im Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung, eine von vielen möglichen Strategien.

Ein wichtiger Aspekt dabei wäre, dass sich Forschung hierzulande verstärkt in den Dienst einer orientierten Grundlagenforschung für gesellschaftlich vorrangige Themen wie etwa Aging, Gesundheit, Migration, Rohstoffe und Ressourcen, Klimawandel oder Finanzkrise stellen sollte. Burkert-Dottolo betont: „Ziel der Forschungspolitik muss es sein, die Profile der einzelnen Universitäten zu schärfen. Nicht jede Universität wird alles haben, können und schon gar nicht müssen. Weiters sollten Überschneidungen bei künftigen Forschungsschwerpunkten vermieden werden, und schlussendlich geht es um eine Sicherung der Bandbreite der Wissenschaften.“ Eine klare Absage erteilte Burkert-Dottolo dem mittlerweile allgegenwärtigen Bedürfnis, Qualität in Forschung und Lehre via Rankings dingfest machen zu können. „Rankings widersprechen dem Aufbau einer nationalen Forschungspolitik, so wie wir diese verstanden haben wollen“, erklärt Burkert-Dottolo.

## Stärken sichtbar machen

Grundsätzlich ginge es bei all diesen Fragen vor allem darum, die „Stärke der Universität“



Will Österreich im Konzert der großen Forschungsnationen mitspielen, dann muss es auch in der Lage sein, innovative Nischen zu finden, um sich so besser positionieren zu können. Foto: Photos.com

sichtbar zu machen, sprich: die Fächervielfalt, die konsequente Vernetzung der Disziplinen, eine an der Forschung

orientierte Lehre und eine die Lehre im Blick behaltende Forschung zu forcieren sowie den Studierenden eine umfassende

Bildung zuteilwerden zu lassen, die über die bloße Vermittlung wissenschaftlicher Inhalte und Methoden hinausgeht.

## Forschung mit staatlichem Beistand

Im Wissenschaftsministerium sorgt eine Abteilung dafür, dass Forschungsleistungen dokumentiert werden.

Die Abteilung für forschungspolitisches Hochschulwesen und Programme wurde etabliert, weil es bedingt durch die Autonomie der Universitäten lange Zeit eine Lücke zwischen der Sektion „Hochschulen“ und der Sektion „Forschung“ gab. Mit der neuen Abteilung nimmt das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung nunmehr auch die Aufgabe wahr, Forschung an den Universitäten und Fachhochschulen entsprechend zu betreuen.

Neben der Koordination der periodisch ausverhandelten Leistungsvereinbarungen mit den Universitäten hat sich das Team rund um Abteilungsleiter Günter Burkert-Dottolo zur Aufgabe gesetzt, in den nächs-

ten Jahren eine Art Forschungslandkarte der österreichischen Universitäten und Fachhochschulen – einschließlich der Privatuniversitäten – zu erstellen. Andere Länder wie zum Beispiel Deutschland verfügen bereits seit geraumer Zeit über eine derartige Auflistung.

## Sichtung von Daten

In Österreich ist man derzeit damit befasst, entsprechendes Datenmaterial ausfindig zu machen. Erschwert wird dieses Unterfangen dadurch, dass durch die Autonomie der Unis das bislang im Ministerium gesammelte Material mittlerweile obsolet wurde, weil eben in den letzten Jahren keine neuen Unterlagen hinzugekommen

sind. Tatkräftige Unterstützung bei der Eruiierung kommt hierbei aber von den Universitäten selbst, schließlich haben auch diese ein vitales Interesse daran, sich in diesem Bereich einen entsprechenden Überblick zu verschaffen. Parallel zum Tagesgeschäft veröffentlicht die Abteilung für forschungspolitische Hochschulfragen und Programme ein 14-tägiges Journal, in dem ein aktueller Überblick über die weltweite Diskussion im Bereich der Forschungs- und Bildungspolitik gegeben wird. Ebenfalls angedacht ist darüber hinaus ein regelmäßiger persönlicher Erfahrungsaustausch mit vergleichbaren Einrichtungen in Europa. *sog*



Vorerst gilt es die Forschungsleistungen zu eruieren, später soll eine Forschungslandkarte erstellt werden. Foto: Photos.com



# Austro-Forscher bei EU-Forschung top

Das 7. EU-Rahmenprogramm ist für Österreich ein Gewinn. Der Anteil bewilligter EU-Forschungsprojekte mit österreichischer Beteiligung steigt. 98 Projekte laufen im Moment unter österreichischer Führung.

**Christine Wahlmüller**

Das 7. Rahmenprogramm (RP7) der EU, das seit rund zwei Jahren läuft (2007 bis 2013) und ein Gesamtbudget von 54 Mrd. Euro umfasst (plus 60 Prozent im Vergleich zum RP6), verläuft bisher aus Sicht der österreichischen Forschungsgesellschaft (FFG) mehr als zufriedenstellend.

„Wir haben laut Stand vom November 2008 eine Rückflussquote von 232 Millionen Euro. Im ganzen RP6 waren es nur 425 Millionen Euro“, betont Sabine Herlitschka, Bereichsleiterin für europäische und internationale Programme bei der FFG, die das RP7 für Österreich betreut und koordiniert. Prozentuell bedeutet das allerdings aufgrund des gestiegenen Gesamtbudgets einen derzeit genau gleichen Wert von 2,5 Prozent für den Rückflussindikator wie beim RP6.

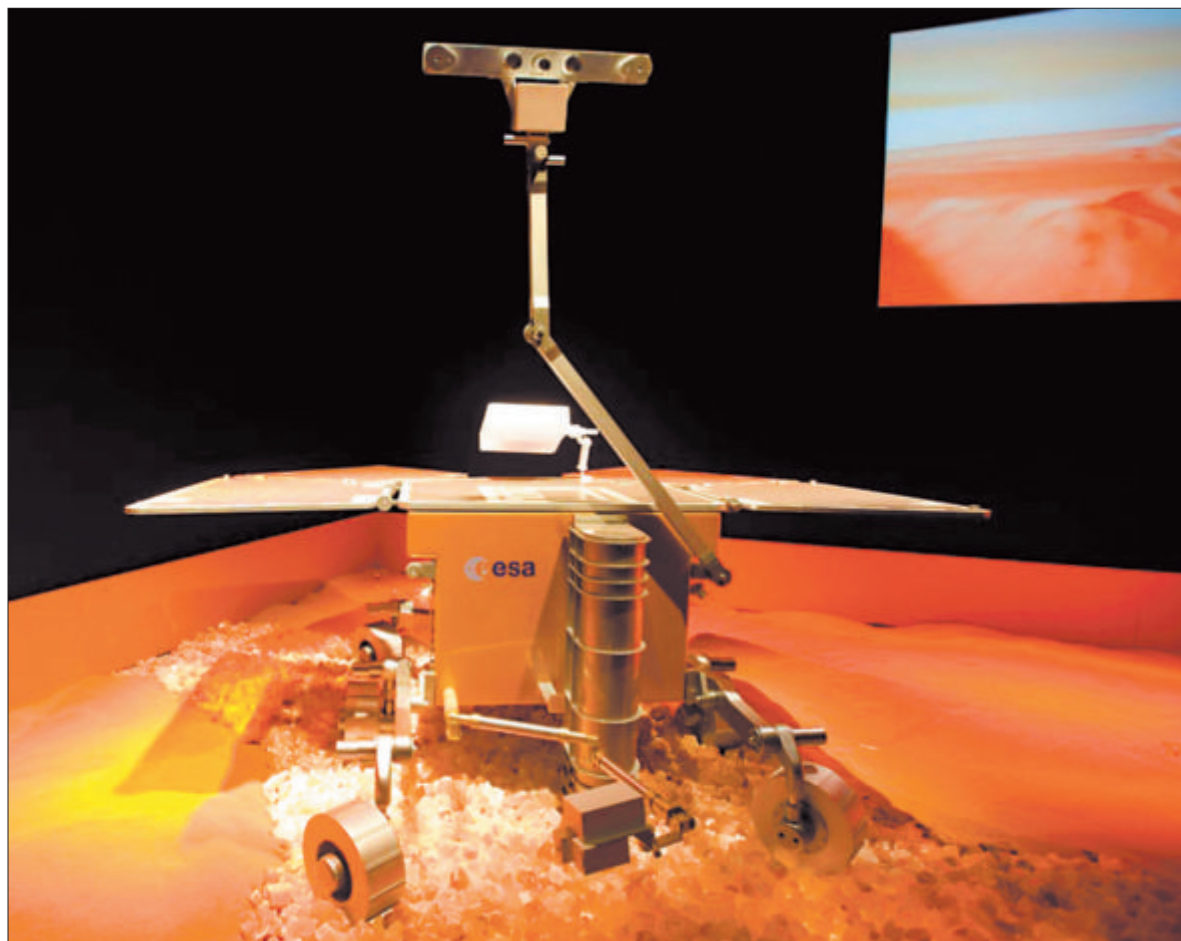
Ein deutliches Plus zeichnet sich dafür bei den EU-Projekten ab, die unter österreichischer Koordination laufen. Das sind zurzeit genau 98. Damit liegt der Anteil an österreichischen Koordinatoren derzeit bei 3,8 Prozent (RP6: 3,3 Prozent). Insgesamt laufen derzeit 529 Projekte mit österreichischer Beteiligung, 758 Austro-Forschungsteams sind beteiligt. Damit wäre beim RP7 eine Steigerung erstmals in Sichtweite, denn seit dem RP4 (1444 Projekte) ist die Zahl der Projekte mit beteiligtem Austro-Forschungsknow-how von 1384 (RP5) auf 1314 (RP6) gesunken. „Dabei ist die große Ausschreibung für Informations- und Kommunikationstechnologie noch gar nicht eingerechnet. Der Call endet erst Ende April“, so Herlitschka, die 2009 noch mit Zuwachs rechnet. „Österreich profitiert stark vom Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologie. 50 Prozent der Gesamttrückflüsse kommen aus diesem Bereich.“

Beim EU-Projekt Flexware (Flexible Wireless Automation in Real-Time-Environments) etwa geht es darum, digitale Funktechnologien, insbesondere das WLAN, für die industrielle Produktion einsatzfähig zu machen. Visionäres Ziel ist die Steuerung und Kontrolle von ganzen Fabriken über drahtlose Netzwerke. Koordinator ist Georg Gaderer von der Forschungsstelle für integrierte Sensorsysteme (FISS) der Akademie der Wissenschaften.

## IKT treibt Forschung

Ein Beispiel, wo Weltraumforschung mit Know-how hinsichtlich IKT (Informations- und Kommunikationstechnologie) verknüpft wird, ist das EU-Projekt Pro Vis G, das unter Koordination des Instituts für Digitale Bildverarbeitung der Grazer Joanneum Research läuft. Bei Pro Vis G geht es um die Verbesserung des Bildmaterials, das bei unbemannten Missionen im Weltraum gewonnen wird. Projektkoordinator Gerhard Paar ist international anerkannter Experte im Bereich Bildverarbeitung und digitale Fotogrammetrie (Auswertverfahren zur Fernerkundung von Objekten) und war bereits in den 1990er Jahren für ein Forschungsprojekt für die Europäische Raumfahrtbehörde ESA im Einsatz, bei der die Steuerung des Landeanfluges unbemannter Raumsonden mittels Bildverarbeitung demonstriert wurde.

Ebenfalls unter heimischer Leitung läuft das im September 2008 gestartete EU-Projekt Memfis. Projektkoordinator ist Klaus-Michael Koch vom Kärntner Technikon. Ziel ist die Entwicklung neuer Standards in der Infrarot-Spektroskopie. Ein neues, handliches, robustes und gleichzeitig erschwingliches Messgerät soll künftig erstens die Mobilität erleichtern und zweitens auch schnell und ein-



Das EU-Projekt „Pro Vis G“ unter Leitung der Grazer Joanneum Research beschäftigt sich mit der Optimierung der Bildverarbeitung von unbemannten Missionen im Weltraum. Foto: ESA

fach von Laien bedient werden können. Der Einsatzbereich für das neue Mini-Infrarot-Spektrometer ist breit und reicht von der medizinischen Diagnose über die Umweltanalytik bis hin zur Qualitätskontrolle von Lebensmitteln.

## 27 Forschungschampions

Aber auch im Gesundheits- und Sozialbereich sind österreichische Forscher mit Leitungsaufgaben betraut. So läuft etwa seit vergangenen November das EU-Projekt Interlinks zur Entwicklung von Strategien für leistbare, aber hochqualitative Pflegesysteme von älteren Menschen in ganz Europa. Koordiniert wird Interlinks von Kai Leichsenring vom Europäischen Zentrum für Soziale Wohlfahrts politik und Forschung mit Sitz in Wien.

Vergangenen Dezember wurden die Austro-Koordinatoren von 27 europäischen Forschungsprojekten als „Austrian Champions in European Research“ geehrt, sechs davon sind übrigens Frauen. Jüngste Entwicklung in der EU-Forschung

ist die Einrichtung des EIT (European Institute of Technology) mit Sitz in Budapest. Ziel ist es, Europas Innovationskraft in den dafür wichtigen Themengebieten zu stärken. Beim EIT geht es um die Bildung von interdisziplinären Teams aus Universitäten, Forschungszentren und Unternehmen.

„Das Claim-Abstecken in Richtung RP8 findet jetzt statt, weil die EU-Kommission ja wechseln wird.“

SABINE HERLITSCHKA,  
FFG

Bei der EIT-Konferenz Mitte Februar in Wien standen das Thema nachhaltige Energien sowie die Ausrichtung der künftig geplanten Knowledge and Innovations Communities (KIC) auf dem Programm. Die KIC werden die künftigen operativen Einheiten des EIT darstellen. Der Auswahlprozess wird An-

fang April beginnen, die Evaluierung soll dann bis Jänner 2010 abgeschlossen sein.

## Programm für KMU

Neu ist auch das Programm Eurostars, das zur Forschungsförderung für Klein- und Mittelbetriebe (KMU) 2008 eingerichtet wurde. Bei der ersten Ausschreibung wurden 133 Projekte, davon neun aus Österreich, bewilligt. Beim zweiten Call Ende November 2008 gab es 236 gültige Projekteinreichungen, davon 25 mit österreichischer Beteiligung. Die nächste Einreichfrist endet am 24. September 2009. Empfohlen wird, das österreichische Eureka-Büro schon im Vorfeld der Antragstellung zu kontaktieren, um die Erfolgchancen zu erhöhen. Innerhalb der EU wird bereits über die Zukunft diskutiert. „Das Claim-Abstecken in Richtung RP8 findet jetzt statt, weil die EU-Kommission ja wechseln wird“, erklärt Herlitschka als Fazit einer Expertenrunde Mitte März in Straßburg.

<http://rp7.ffg.at>

## Gesundheit

**Johannes Hahn:** „Die Digitalisierung von Patientendaten ermöglicht einen immer breiteren Einsatz der Telemedizin. Für den Patienten gibt es zwei wesentliche Anwendungsgebiete: die Akut- und Notfallmedizin sowie die Betreuung chronisch Kranker.“ Der Wissenschaftsminister ist vom weitreichenden Nutzen der Telemedizin überzeugt.

# Ohne Netze gibt es keine Telemedizin

Ralf Dziobowski

### Worin liegen Chancen und Risiken der Telemedizin?

Die größte Chance sehe ich in einer besseren Betreuung der Patienten und in der Chancengleichheit. Auf den Punkt gebracht: Telemedizin bringt Spitzenmedizin überall und jederzeit. Durch den Einsatz von Telemedizin kann die Behandlung von Akut- und Notfallkrankungen deutlich verbessert werden. Telemedizin kommt weiters bei der Wissensvermittlung für Studierende und/oder Ärzte zum Einsatz. Ein Risiko kann mitunter die komplexere Behandlungslogistik darstellen.

### Welchen Stellenwert hat Telemedizin in Österreich, und gibt es eine Alternative dazu?

Telemedizin wird in Österreich mittlerweile routinemäßig genutzt und weiter ausgebaut. Die Synergien und die Möglichkeit zur Einholung einer „Second Opinion“ machen sie gerade für Standorte mit geringeren Personalressourcen interessant, um auf diesem Weg medizinisches Wissen auszutauschen. Alternativen sind in manchen Bereichen denkbar, aber in der Regel mit einem erhöhten Personal- und Budgeteinsatz verbunden.

### Können Sie ein praktisches Beispiel für Telemedizin in der Anwendung und Umsetzung nennen?

Als Beispiel fällt mir die Teleradiologie ein: In einigen Krankenhausverbänden ermöglicht sie eine radiologische Versorgung auch an Wochenenden und Nachtzeiten, welche ohne Telemedizin nicht gegeben war beziehungsweise zu aufwendigen Patiententransporten in ein Zentralkrankenhaus geführt haben.

### Seit wann widmen sich die Mediziner diesem Thema – und mit welchem Erfolg?

Seit etwa zehn bis 15 Jahren. In manchen Bereichen ist die



Engagierter Verfechter der Telemedizin: Bundesminister Johannes Hahn. Seit Jahren unterstützt das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung (BMWF) ebenso ehrgeizige wie erfolgreiche Forschungsprojekte. Foto: BMWF

Telemedizin nicht mehr wegzudenken, da sie eine wesentliche Unterstützung in der Patientenbetreuung bedeutet.

### Wie ist Österreich im internationalen Vergleich in puncto „Telemedizin“ positioniert?

Innerhalb Europas haben wir uns sehr gut positioniert. International sind manche Länder wie beispielsweise Australien aufgrund der geringeren Siedlungsdichte und der größeren geografischen Entfernungen noch etwas weiter.

„Telemedizin bringt Spitzenmedizin überall und jederzeit und wird in Österreich weiter ausgebaut.“

JOHANNES HAHN

### Welche Funktion nimmt das Wissenschaftsministerium bei der Einführung und Forcierung der Telemedizin ein?

Das Wissenschaftsministerium fördert bereits seit längerem die Forschung im Bereich Telemedizin an den Medizinischen Universitäten. Dort wurden dafür auch eigene Professuren geschaffen, zum Beispiel Neue Medien in der medizinischen Wissensvermittlung und -verarbeitung. Die Medizinischen Universitäten sind eindeutig die innovative Kraft im Bereich der österreichischen Telemedizin. Gemeinsam mit dem Gesundheitsministerium haben wir unter Einbeziehung nationaler Experten die Koordinationsplattform für Telemedizin im österreichischen Gesundheitswesen gegründet. Sie berät unter anderem die Bundesregierung und kooperiert mit den entsprechenden medizinischen Fachgesellschaften.

### Wie werden die notwendigen Investitionen in diesem Bereich finanziert?

Die Investitionen übernehmen die jeweiligen Krankenkassenträger. Im Bereich der

Medizinischen Universitäten erfolgt die Finanzierung durch das Globalbudget im Rahmen der Leistungsvereinbarungen.

„Wir fördern die Forschung im Bereich Telemedizin an den Medizinischen Universitäten.“

JOHANNES HAHN

### Was verbessert sich für den Patienten, was für den Arzt, die Spitäler?

Für die Patienten fallen unnötige Transporte weg, was eine Erleichterung bedeutet. Die Ärzte haben durch die Telemedizin besseren Zugang zu Wissen. Und für die Spitäler bringt Telemedizin eine Effizienzsteigerung.

### Welche Vor- und Nachteile erwarten die Ärzte durch die Einführung der integrierten Versorgung?

Sie bringt jedenfalls eine bessere Zusammenarbeit im Gesundheitswesen, die Chance auf bessere Informationen über Vorbefunde und damit auch eine bessere Qualität der Behandlung.

### Seit wann gibt es die drei österreichischen telemedizinischen Zentren in Wien, Graz und Innsbruck, und was ist deren Funktion?

Aufgrund der Anschubfinanzierung des BMWF wurden ab 2004 die telemedizinischen Zentren an den Medizinischen Universitäten in Wien, Graz und Innsbruck gegründet. Diese sollen als interdisziplinäres Forschungsnetzwerk die beteiligten Kliniken und Institute in Lehre, Forschung und Patientenbetreuung verbinden. Außerdem sollen sie den Grundstein für nationale und vor allem internationale telematische Kommunikation bilden und nationaler Integrationskern für Telemedizin-Forschung auf höchstem internationalem Niveau sein.

# Jeder Euro ist gut angelegt

Investitionen in technologische Zukunftsthemen machen sich am Forschungs-Standort Wien rasch bezahlt.

**Gerhard Scholz**

Das weltweit tätige Medizintechnik-Unternehmen Otto Bock Healthcare ist spezialisiert auf die Entwicklung und Herstellung von Prothesen, Orthesen, Rollstühlen und Neuroimplantaten. Am Wiener Standort ist neben dem Hauptsitz für Westeuropa auch der Forschungsschwerpunkt für Hightech-Produkte im Bereich Prothetik angesiedelt.

Vor allem die Nähe zur stark ausgeprägten medizinischen Forschungslandschaft und zu wichtigen technologischen Entwicklungen in den Bereichen Bionik, Neuroprothetik und Mechatronik, die die entscheidenden Zukunftsthemen im Forschungsbereich seien, nennt Österreich-Geschäftsführer Hans Dietl als wichtige Argumente für den Standort Wien.

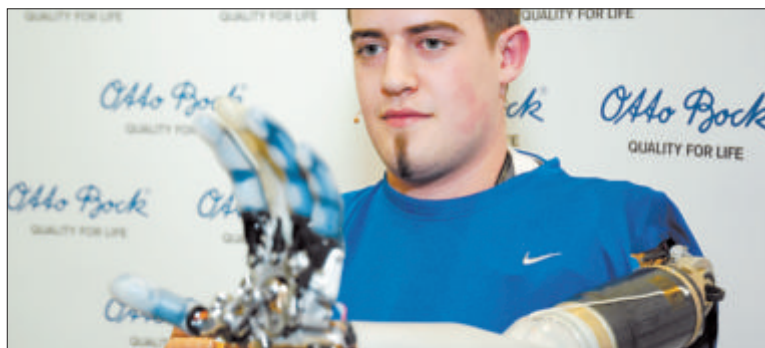
## Zusammenarbeit mit AKH

Der interdisziplinären Zusammenarbeit von Otto Bock mit dem Allgemeinen Kran-

kenhaus (AKH) in Wien und der Medizinischen Universität Wien (Med-Uni) entstammt eine revolutionäre Neuentwicklung: eine gedankengesteuerte Armprothese, die gezielt über jene Nerven angesteuert wird, die auch ursprünglich für die Bewegung des Arms zuständig waren. Diese intelligente Armprothese stellt einen enormen Fortschritt gegenüber konventionellen Prothesen dar, da sie ihrem Träger nun sieben statt wie bisher drei aktive Gelenke bietet – und damit ein deutliches Plus an Aktionsmöglichkeiten.

Entscheidender Faktor ist aber, dass der Träger die Bewegungen intuitiv ausführen kann, weil die Prothese die gedanklichen Befehle direkt umsetzt. Bisher musste er, um eine Prothese zu steuern, bewusst umdenken, ohne letztendlich flüssige oder präzise Bewegungen zu erreichen.

Medizinische Voraussetzung für die Verwendung der neuen Armprothese ist eine komplexe Operation, die im Zuge des so-



Der Steirer Christian Kandlbauer ist der erste Anwender der gedankengesteuerten Armprothese in Europa. Foto: Otto Bock/Kromus

genannten selektiven Nerven-transfers die verbliebenen Nerven aus dem Armstumpf in die Brust verlegt. Dadurch können die Signale, die ursprünglich für die Steuerung des Arms verantwortlich waren, für die Steuerung der Prothese genutzt werden. Weltweit gibt es nur drei Chirurgen, die diese komplexe Operation durchführen können. Deshalb ist die Zusammenarbeit mit dem AKH und der Med-Uni zentraler Bestandteil des Projekts, denn Manfred Frey, Leiter der Klinischen Abteilung für

Plastische und Rekonstruktive Chirurgie, ist einer dieser drei.

Das Unternehmen Otto Bock beschäftigt weltweit über 3800 Mitarbeiter; in Wien sind es mehr als 400, davon rund ein Drittel in Forschung und Entwicklung – Tendenz stark steigend. Dietl meint dazu: „Die Stadt Wien hat erkannt, dass für eine nachhaltige Standortentwicklung und Arbeitsplatzsicherung die Kommune in die Bereiche Forschung und Entwicklung sowie Technologie investieren muss, und das wird

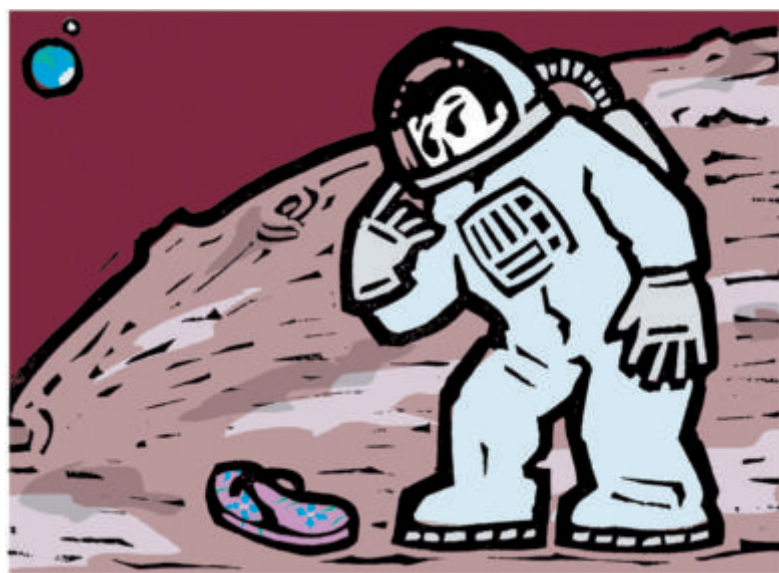
auch umgesetzt. Wegen der hohen Lebensqualität in Wien sind ausreichend hoch qualifizierte Arbeitskräfte verfügbar.“

## Qualität des Standorts

Hans Georg Näder, geschäftsführender Gesellschafter der Otto-Bock-Firmengruppe, antwortet auf die Frage, warum Wien als Wirtschaftsstandort für Unternehmen wie Otto Bock attraktiv ist: „Der Standort Wien ist geprägt durch den Mix aus günstiger geografischer Lage mitten in Europa, verschiedenen Kulturen, dem hoch qualifizierten Mitarbeiterpotenzial und natürlich der spezifischen Wissenschaftslandschaft, in die Otto Bock als Unternehmen eingebunden ist. Die österreichische Innovationsförderkulisse führt dazu, dass in Wien investiert wird, dass hier Arbeitsplätze entstehen und Hightech-Produkte entwickelt werden. Jeder Euro, der in diesen Bereich fließt, ist sichtbar gut angelegtes Geld.“

[www.ottobock.at](http://www.ottobock.at)

## Notiz Block



## Evaluierung der Förderungen

Die erste umfassende Systemevaluierung der österreichischen Forschungsförderung wirft ihre Schatten voraus. Von der Bewertung, die das Wirtschaftsforschungsinstitut (Wifo) in wenigen Wochen

vorlegen wird, erhofft man sich eine „richtige“ und keine „nette“ Evaluierung. Darüber waren sich Experten bei einer vom Rat für Forschung und Technologieentwicklung (RFT) in Kooperation mit der Diskursplattform Club Research veranstalteten Diskussionsrunde zum Thema „Evaluieren. Was nun?“

einig. Tenor der Experten: Ein systemimmanentes Problem, das Evaluierungen anhaftet, ist die niemals garantierte Umsetzung der erarbeiteten Empfehlungen durch die Politik. Patries Boekholt von der Technopolis Group aus Amsterdam, einer internationalen Evaluierungsgesellschaft, brachte mit einer Systemevaluierung in Finnland aus dem Jahr 2001 ein Beispiel, aus dem sich sehr wohl konkrete Änderungen des Forschungsförderungssystems abgeleitet hätten. Während dort bis dahin die industrielle Forschung stark bevorzugt worden sei, hätte sich die Mittelverteilung auf Anraten des Evaluierungsberichts hin zugunsten der Grundlagenforschung ausgeglichen, die zuvor vernachlässigt worden war.

## Bioplastikbecher aus Österreich

In Österreich startet die erste Bioplastikbecherproduktion. Bisher wurde das Produkt, das nun in Spittal an der Drau er-

zeugt wird, aus Fernost importiert. Sowohl Becher als auch Verschlussdeckel und Strohhalm sind zur Gänze aus Naturstoff und daher vollständig verrottbar. Details gaben Agrarlandesrat Josef Stockinger von der ÖVP und Umweltschutzesrat Rudi Anschober von den Grünen, die den Einsatz in Oberösterreich fördern, in einer Pressekonferenz bekannt. Ausgangsprodukt für die kompostierbare Verpackung ist Polymilchsäure (PLA), die aus nachgewachsenen Rohstoffen gewonnen wird. Bisher wurden Polystyrolbecher (PS) verwendet. Der Rohstoff für die PLA-Becher sei bis vor Kurzem ausschließlich in den USA erhältlich und die Fertigung aufgrund der geringen Stückzahlen in Europa zu einem vernünftigen Preis nicht möglich gewesen, erklärte Stockinger. Daher wären die Becher bisher in Fernost produziert worden, um die Entwicklung der Verschluss- und Fertigungstechnik und den Praxis- und Fertigungseinsatz in Österreich über-

haupt möglich zu machen. Das Agrar- und Umweltressort des Landes Oberösterreich haben Forschungsgelder in Höhe von 30.000 Euro zur Entwicklung beigesteuert. Die Verpackung wird mittlerweile von zehn oberösterreichischen Schulmilchbetrieben verwendet. Jährlich würden derzeit bis zu drei Mio. Becher zum Einsatz kommen, hieß es weiter in der Pressekonferenz. Mittelfristig soll auch der notwendige Rohstoff in Oberösterreich selbst angebaut werden. Mit den Biokunststoffbechern aus Polymilchsäure würden die Schulmilchbauern einen wesentlichen Beitrag für den Umweltschutz und die Vermeidung von Abfällen leisten, betonte Anschober. „Die kompostierbaren Schulmilchbecher sind ein Vorbild für die Verpackungszukunft“, ergänzte Stockinger. Täglich würden 45.000 Kinder in 800 Kindergärten und Schulen in Oberösterreich mit Milch und Milchprodukten von 28 regionalen bäuerlichen Betrieben versorgt. APA/kl

## Technologie

## „Im Management braucht man Zeit“

Microsoft Österreich steht im Konzern gut da und hat seine Ziele im laufenden Geschäftsjahr übererfüllt. Darauf will die neue Geschäftsführerin aufbauen. Vor allem soll die für das Unternehmen wichtige Partnerlandschaft noch mehr Unterstützung bekommen. Und wieder einmal sind KMU als Wachstumsmarkt identifiziert worden.

**Klaus Lackner**

Die österreichische IT-Branche kann sich über weiblichen Zuwachs im Top-Management freuen: Mit Februar dieses Jahres hat Petra Jenner (44) die Geschäftsführung der heimischen Microsoft-Niederlassung übernommen. Zuvor war die gebürtige Deutsche bei Check Point in München für den deutschsprachigen Raum verantwortlich. Jenner löste bei Microsoft den Schweizer Peter Waser ab, der die Geschäfte kommissarisch leitete. Bis Jänner 2008 hatte Herbert Schweiger die Leitung von Microsoft Österreich inne. Die neue Microsoft-Österreich-Chefin führt seit Februar 340 Mitarbeiter und ist für das österreichische Partner-Wirtschaftssystem verantwortlich, das Aufgaben zufolge über 5000 Unternehmen und rund zwei Mrd. Euro Wertschöpfung umfasst.

**economy:** Für die Nachbesetzung des Geschäftsführerpostens für Österreich hat sich Microsoft fast ein Jahr Zeit gelassen. Lag es daran, dass unbedingt eine Frau den Posten besetzen sollte?

**Petra Jenner:** Bei Microsoft Österreich ist jeder dritte neue Mitarbeiter eine Frau. Die Präferenz war wohl da. Meine stärksten Mitbewerber waren bis auf eine Ausnahme aber allesamt Männer.

**Fühlen Sie sich bis jetzt wohl in Ihrer neuen Position?**

Es ist besser, als ich erwartet habe. Am Anfang ist es natürlich immer viel. Wer auch immer so eine Position bekleidet, wird merken, dass die ersten Monate nur dem Job gelten. Speziell Microsoft ist zu Beginn schwer zu durchschauen, da wir in fast allen IT-Themenbereichen zu Hause sind.

**Konnten Sie bereits die Stärken und auch Schwächen von Microsoft in Österreich orten?**

Erst mal muss ich sagen, dass Microsoft in Österreich bei Großkunden sehr gut aufgestellt ist. Hier konnten wir

eine recht gute Bindung erreichen. Ähnlich sieht es beim gehobenen Mittelstand aus. Im Behördenbereich und überhaupt im öffentlichen Umfeld können wir noch mehr machen. Hier hat es in der Vergangenheit auch zu oft personelle Veränderungen gegeben. Das sollte nicht passieren. Aber wir sind mit einigen Lösungsanbietern, auch aus Österreich, sehr gut aufgestellt.

**Wie sehen Sie die Situation im Partner-Bereich, der für Microsoft immer sehr wichtig war und ist?**

Mit der Partner-Landschaft insgesamt bin ich sehr zufrieden. Im Sinne von regionalen Besonderheiten und Lösungsangeboten müssen wir auf jeden Fall noch etwas tun. Der gesamte Fokus Richtung KMU (kleine und mittlere Unternehmen, Anm. d. Red.) wurde schon gelebt, aber aus meiner Sicht hätte er optimiert werden können. Klar kann man nicht überall gleichzeitig anfangen – das muss man fairerweise sagen. So etwas will gut vorbereitet sein.

**Wie sehen Sie das Potenzial bei den österreichischen KMU?**

Wir sehen ein riesiges Potenzial. Obwohl Microsoft oft sehr dominant erscheint, haben wir hier noch einen riesigen Markt. Produkttechnisch können wir sicher im CRM-Umfeld (Customer Relationship Management, Anm. d. Red.), auch im ERP-Bereich (Enterprise Resource Planning, Geschäftssoftware, Anm. d. Red.) punkten. Aber auch im Bereich Unified Communication, Collaboration, zum Beispiel Videokonferenzen, sehe ich noch ein weites Feld.

**Wenn wir schon bei den Produkten sind: Microsoft versucht, im Bereich Software als Service Fuß zu fassen. Geht das Thema Ihrer Meinung nach nun endlich auf?**

Ich denke, wie immer am Anfang bei neuen Dingen wird der Markt eher verhalten reagieren. Aber wenn Sie als kleines Unter-



Die neue Microsoft-Chefin muss in turbulenten Zeiten das Steuer fest in die Hand nehmen, um Kurs halten zu können. Foto: Microsoft

nehmen mit „keiner“ IT in den Genuss von Software-Lösungen kommen wollen, brauchen Sie einen Weg, mit geringstem Aufwand solche in Anspruch nehmen zu können.

**Sehen Sie einen Paradigmenwechsel in der Art, Software zu konsumieren, obwohl das Thema vor Jahren unter dem Be-**

**griff Application Service Providing kläglich gescheitert ist?**

Richtung Jahresende und vor allem kommendes Jahr sehen wir deutlich eine Verschiebung in diese Richtung, ja. Vor acht Jahren hat es das Thema schon gegeben. Aber da war das Internet noch nicht so weit. Bandbreite und Verfügbarkeit ist heute selbstverständlich.

**Wollen Sie das wiederum mit Partnern machen, oder will sich Microsoft als Dienstleister im Outsourcing-Bereich etablieren?**

Es gibt heute schon Hosting bei Partnern, wie zum Beispiel mit dem E-Mail-Server Exchange. Das ist nichts Neues. Neue Dienste werden wir selbst betreiben, aber unter Berücksichtigung des Partners. Wir werden hier keine Direktgeschäfte machen. Das ist nicht unsere Strategie. Wir halten am Partnermodell fest. Sicher ist, dass wir Rechenzentren, auch in Europa, aufbauen.

**Wie sieht es in Österreich derzeit mit der Zielerreichung aus? Zu Zahlen werden Sie ja als US-börsennotiertes Unternehmen keine Stellung nehmen.**

Ich kann so viel sagen, dass derzeit Österreich und Portugal die einzigen Länder in Europa sind, die auf Grün zeigen. Das heißt, dass Österreich im laufenden Geschäftsjahr, das mit April endet, derzeit über Budget ist. Das kann sich natürlich in Zeiten wie diesen, wo Prognosen schier unmöglich sind, schnell ändern.

**Weg von Geschäft, Produkten und Strategie. Wie würden Sie Ihren Management-Stil beschreiben?**

Das ist immer schwierig. „Behandle andere Menschen, wie du selbst behandelt werden willst“, mag ich schon gar nicht mehr sagen, aber es stimmt einfach. Das ist für mich ein Motto, wie ich lebe, aber auch führe. Ich lege großen Wert auf Menschen – egal welchen Ranges. Es ist eine Frage von Respekt im Umgang miteinander. Was nicht heißt, dass es immer gelingt. Ich bin auch nur ein Mensch und fehlbar. Ich weiß aber, dass es so ist, und versuche jeden Tag zu hinterfragen, was ich hätte anders machen können. Ich reflektiere mein Verhalten recht stark. Ich habe auch lernen müssen, mir Freiräume einzuräumen. Wochenenden sind mir zum Beispiel sehr wichtig.



# Drei Millionen .eu-Domains

Seit 2006 verfügbar, ist .eu trotz anfänglicher Missbrauchssorgen ein Vorzeigeprojekt der Domain-Welt.

**Klaus Lackner**

Mitte Jänner wurde von einem deutschen Bürger die dreimillionste Internet-Domain mit der Endung .eu registriert. Durch das Überschreiten der Dreimillionenmarke habe sich .eu zwei einhalb Jahre nach der Einführung einen Platz unter den zehn größten Top-Level-Domains weltweit wie zum Beispiel .com, .net und .org gesichert, hieß es in einer Aussendung. Im Vergleich dazu sind nach Angaben des Beratungsunternehmens Name Intelligence derzeit mehr als 78 Mio. .com-Domains, rund zwölf Mio. .net-Domains und 7,3 Mio. .org-Domains registriert.

Der Großteil der .eu-Domains wurde laut EU-Kommission in den bevölkerungsreichsten Ländern mit den meisten Internet-Anschlüssen registriert. Deutschland führt die Liste mit fast 913.000 registrierten eu.-Domains vor den Niederlanden (407.485) und Großbritannien (369.000) an. In Österreich waren es bisher 73.196.

Die .eu-Domains werden voraussichtlich noch 2009 ein neues Kapitel ihrer Geschichte aufschlagen: Dann sollen nämlich auch Sonderzeichen wie die deutschen Umlaute „ä“, „ü“ und „ö“ verwendet werden können.

## .eu gegen .com

„Europa und seine Bürger können nun ihre eigene Web-Identität planen“, sagte EU-Kommissarin Viviane Reding bei der Einführung. Sie hoffe, .eu werde eines Tages den .com-Domains der USA den Rang ablaufen. In Europa sind Firmenadressen mit der Endung .com eine Verlegenheitslösung gewesen, weil Länder-Domains wie .it für Italien, .es für Spanien oder die heimische .at nur schwer verfügbar gewesen sind. Die .eu-Domain hat laut Experten hervorragende Chancen, die Dominanz von .com in Europa in den nächsten Jahren zu brechen.

Voraussetzung für die Registrierung einer .eu-Adresse ist ein Sitz in Europa. Der Ber-



**Kaum hat sich .eu neben Größen wie .com etabliert, sollen neue nichtländerspezifische Domains folgen.** Foto: Photos.com

liner Internet-Experte Christian Alexander Jacken hat allerdings schon bei der Einführung 2006 festgestellt, dass US-In-

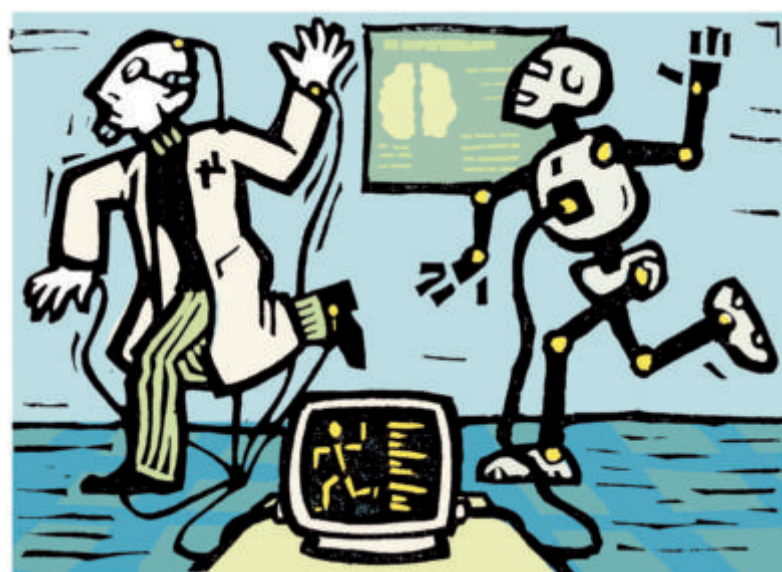
vestoren sich mithilfe von Hunderten von Briefkastenfirmen trickreich die besten Chancen gesichert und eine große Anzahl

an .eu-Domains registriert haben, um diese dann wahrscheinlich weiterzuverkaufen oder für aufdringliche Internet-Werbung zu nutzen.

Besonders beliebt sind Internet-Adressen mit nur zwei oder drei Buchstaben sowie Adressen mit einem generischen Namen, also einfach zu merkenden Sachbegriffen wie „Video“ oder „Buch“. „Da haben Profis mit elektronischen Wörterbüchern und Statistiken von Suchmaschinenanfragen Begriffe in fast allen europäischen Sprachen gesucht und als Domains angemeldet“, sagt Jacken. Er selbst habe mit dem vermeintlichen Drahtzieher eines solchen „Briefkasten-Konzerns“ gesprochen, der sich gerade auf den Fidschi-Inseln aufgehalten und ihm Tausende .eu-Domains zum Stückpreis von 500 bis 1000 Dollar angeboten habe.

Missbrauch oder nicht: Die neue Domain vereint Europa, zumindest virtuell, und schafft ein klein wenig europäisches Selbstbewusstsein.

## Notiz Block



### Verschrottungsprämie für Server

Fujitsu Siemens geht mit Unterstützung von Microsoft ab sofort mit einer „IT-Verschrottungsprämie“ in Höhe von 100 Euro für maximal drei Server pro Unternehmen auf den Markt und setzt dabei auf di-

rekte und unkomplizierte Abwicklung. Fachhändler können jetzt beim Kauf neuer Server-Systeme jene ihrer Kunden retournieren – egal von welchem Hersteller die Geräte stammen. Das Fujitsu Siemens Computers Remarketing und Recycling Center ermittelt einen Rückkaufswert, der zusätzlich

zur Prämie generiert werden kann. Mit einem vereinfachten Trade-in-Programm lässt sich die Rückgabe der Altgeräte – unabhängig von deren Konfiguration – problemlos abwickeln. Innerhalb weniger Tage erhalten die Fachhändler beziehungsweise Kunden Auskunft, wie viel sie bei einem Neukauf erstattet bekommen oder ob die Geräte einem Recycling-Prozess zugeführt werden.

### E-Book statt Papier

Jahrelang wurde die digitale Revolution des Lesens durch sogenannte E-Books angekündigt, nun gibt es einen neuen Anlauf: Ab 3. April ist ein E-Book-Reader von Sony, der PRS-505, im österreichischen Buchhandel erhältlich. Damit wird nach Ansicht von Martin Micko, Marketing-Leiter von Sony Österreich, „eine neue Art des Lesens“ eingeläutet – „Gutenberg 2.0“, wie Micko und Josef Pretzl, Ge-

schaftsführer der Buchhandelskette Thalia, sagen. So, wie Musik heute zu einem Gutteil als Datei auf MP3-Playern konsumiert wird, sollen Bücher künftig vermehrt auf einem elektronischen Lesegerät, dem E-Book-Reader, gelesen werden. Die Vorteile sind ähnlich: So können unter anderem große Musik-beziehungsweise Literatursammlungen immer (etwa auf Reisen) mitgenommen werden. In der Grundausstattung können auf Sonys PRS-505, der anlässlich der Leipziger Buchmesse präsentiert wurde, rund 160 Bücher geladen werden, durch Speicherkarten kann dies auf bis zu 13.000 Bücher erweitert werden. Auch Textdokumente (DOC, PDF, TXT, RTF), Musikdateien (MP3 und AAC ohne Kopierschutz) und Bilder (JPG, GIF, PNG und BMP) können konsumiert werden. Angst vor einem flimmernden Bildschirm brauchen die Konsumenten keine zu haben: So gut wie alle dezidierten E-Book-Lesegeräte, darunter auch der in Europa nicht

erhältliche Kindle des Online-Händlers Amazon, haben einen sogenannten E-Ink-Bildschirm, der eine Leseansicht wie auf Papier ermöglicht. Durch die E-Ink wird nur Strom verbraucht, wenn eine Seite umgeblättert wird. Eine Akkuladung reicht so für 6800 Seitenwechsel. Hinsichtlich eines etwaigen Kostenvorteils, den E-Books mit sich bringen könnten, herrscht derzeit noch Bedenkzeit. Der Preis für elektronische Bücher soll sich an der am billigsten erhältlichen gedruckten Ausgabe orientieren, werde aber von den Verlagen selbst bestimmt, so Pretzl. Ob E-Books auch unter die Buchpreisbindung fallen werden, sei noch offen. Dass die E-Books „mit Sicherheit“ den größten Wandel im Buchhandel seit Gutenberg mit sich bringen werden, wie Pretzl schildert, wird seit Längerem angekündigt. Dass sich mit Sony und Amazon zwei Marktriesen dieses Themas angenommen haben, verspricht jedoch mehr Aufmerksamkeit. APA/kl



# Der Euro beweist Steherqualitäten

Ohne gemeinsame Währung würde die Eurozone durch die harten Attacken der globalen Finanzkrise schwer lädiert in den Seilen hängen. Der Euro vermochte bis jetzt aber Schlimmeres zu verhindern.

**Arno Maierbrugger**

Ein Bollwerk gegen die Krise ist er zwar nicht, aber der Euro schlägt sich im Zuge der Finanzkrise im Vergleich zu vielen Einzelwährungen weltweit bisher den Umständen entsprechend gut. Für die gemeinsame europäische Kunstwährung ist die Finanzkrise die bisher größte Bewährungsprobe überhaupt, und sie hat bis zuletzt jedenfalls Schlimmeres verhindert.

Angesichts der Ereignisse auf dem weltweiten Finanzmarkt kann man als Mitglied der Währungsunion zumindest froh sein, dass sie den Einzelstaaten ein Schicksal wie jenes der isländischen Krone, des britischen Pfunds oder des japanischen Yens erspart, lauter Währungen, die vor der Finanzkrise zuletzt in die Knie gingen.

## Ungeheure Zerrkräfte

Der Euro, gerade erst zehn Jahre alt geworden, muss allerdings erhebliche Kräfte aufwenden, um seine viel gepriesene Stabilität aufrechtzuerhalten. Die Idee der gemeinsamen Währung ist ja, anders etwa als beim US-Dollar, dass die Staaten sich in Krisenzeiten gegenseitig beistehen. Und hier sind im Moment ungeheure Zerrkräfte am Werk: Nachdem Großbritannien nicht Mitglied im Währungsverbund ist, liegt die Last der Euro-Stabilität derzeit überwiegend auf den beiden größten Volkswirtschaften Europas: Deutschlands und Frankreichs.

Diese tun derzeit ihr Möglichstes, um die Krise in den Griff zu bekommen, und können dabei auf die bisher erstaunliche Binnen- und Außenstabilität des Euros zählen – die sogar weiterbesteht, nachdem der Stabilitätspakt durch fiskalische Undiszipliniertheit einzelner Mitgliedstaaten und die individuellen Auswirkungen der Finanzkrise auf einzelne Länder bereits sprichwörtlich auf tö-

nernen Füßen steht. Doch die Eurozone sieht sich dafür stark genug. Der Euro hat laut den Worten von EU-Wirtschafts- und Währungskommissar Joaquín Almunia die Möglichkeit, Mitgliedern im Fall einer ernsten Krise unter die Arme zu greifen. Es gebe Lösungen, bevor sich ein Land als letztem Ausweg dem Internationalen Währungsfonds zuwenden müsse, sagte Almunia. „Wir sind politisch und wirtschaftlich darauf eingerichtet, uns diesem Krisenszenario zu stellen.“

Almunia spielt dabei vor allem auf die „Sorgenkinder“ in der Währungsunion an, die Länder Irland, Griechenland, Spanien, Portugal und Italien. Diese Länder hat die Weltwirtschaftskrise besonders hart getroffen, und die Stabilitätskriterien können mehrheitlich nicht mehr eingehalten werden. Das Beruhigende an der Eurozone sei, dass kein Land mehr auf seinen Schulden sitzen bleibe, sondern die gesamte Gemeinschaft einspringe, meint Almunia. Die Kosten, die liquiden Ländern beziehungsweise deren Steuerzahlern dabei entstehen, sind zwar kurzfristig spürbar, längerfristig aber argumentierbar, wenn man damit verhindert, dass die Eurozone auseinanderfällt und damit jedes einzelne Mitgliedsland unweigerlich in den Abgrund reißt.

„Wir sind eingerichtet, uns diesem Krisenszenario zu stellen.“

JOAQUÍN ALMUNIA,  
EU-WÄHRUNGSKOMMISSAR

Aus diesem Grund wird es auch keinen Staatsbankrott von Irland oder Griechenland geben, sofern sich diese Länder nicht von selbst dazu entschließen, aus dem Euro auszutreten. Die Folge wäre ein massiver



**Trotz des aufgeweichten Stabilitätspaktes und massiver Probleme in einzelnen Mitgliedsländern zeigt die europäische Gemeinschaftswährung erstaunliche Stärke in der Krise.** Foto: Bilderbox.com

Verfall der wieder eingeführten Eigenwährung, was zwar kurzfristig die Exporte beleben, längerfristig aber massiven volkswirtschaftlichen Schaden anrichten würde. Denn die Abwertung der eigenen Währung ist dabei gleichzeitig das größte Risiko, da die meisten Staatsschulden in Euro aufgenommen worden sind und folglich auch in dieser Hartwährung zurückgezahlt werden müssten; eine verheerende Spirale würde ihren Verlauf nehmen.

## Euro-Muffel unter Druck

So gesehen ist also die Euro-Mitgliedschaft für alle Beteiligten ein Segen, und die bisherigen Euro-Muffel Großbritannien, Schweiz, Schweden und sogar Norwegen (Dänemark und das Baltikum haben sich für den fixen Wechselkurs nach dem Wechselkursmechanismus-Abkommen entschieden) überlegen lautstark einen Beitritt.

Doch die rasante Erweiterung der Europäischen Union in den letzten Jahren zeigt der Gemeinschaftswährung auch ihre Grenzen auf. Jene ost-

europäischen Mitgliedsstaaten, die noch nicht der Eurozone angehören, haben in der jetzigen Phase massive Probleme mit ihren Staatsfinanzen, allen voran Ungarn.

„Die Euro-Gruppe ist handlungsfähig, falls nötig.“

PEER STEINBRÜCK,  
DEUTSCHER  
FINANZMINISTER

Und das strahlt massiv auf Länder wie Österreich aus, das sich in dieser Region stark engagiert. Schon hat sich die heimische Regierung an die EU um Finanzspritzen für den Osten gewandt, ohne viel Erfolg allerdings.

Man wolle keine Hilfspakete schnüren, hieß es aus Brüssel, sondern die Euro-Länder sollen den Oststaaten mit „schon verfügbaren Instrumenten“ beistehen. Diese bestehen vor allem in der Nutzung der diversen Struk-

turfonds sowie der Mittel der Europäischen Investitionsbank und der Bank für Wiederaufbau und Entwicklung.

Die einzige finanzielle Hilfsmaßnahme bisher war eine Beteiligung der EU an IWF-Hilfspaketen für Ungarn und Lettland im Ausmaß von 9,6 Mrd. Euro, weitere 15 Mrd. könnten an Tschechien und die Ukraine fließen. Für Österreichs Geschmack viel zu wenig, schließlich steht für heimische Unternehmen, allen voran die Banken, viel auf dem Spiel. Allerdings war auch das Risiko recht hoch, sich seinerzeit derart massiv im Osten zu engagieren.

„Die Euro-Gruppe ist handlungsfähig, falls es nötig ist“, erklärte kürzlich der deutsche Finanzminister Peer Steinbrück auf die Frage, ob es Rettungsmaßnahmen für einzelne Mitgliedsländer geben werde. Es gehe vor allem darum, die Finanzmärkte zu beruhigen. Gemeinsame Milliardenanleihen zahlungskräftiger Länder zugunsten solcher mit Zahlungsproblemen schloss er aber aus.



# Bald gibt Nabucco Vollgas

Alle Jahre wieder dreht Russland den Gashahn zu. Europa reicht's. Noch vor dem Sommer soll der politische Startschuss für die Nabucco-Pipeline – vorbei an Russland – fallen. Doch aus Moskau und sogar Berlin kommen Störfeuer, und die Krise bringt die Finanzierung des Milliardenprojekts vorzeitig ins Wanken.

**Clemens Neuhold**

Russland hat in diesem Winter wohl einmal zu oft am Gashahn gedreht: Noch diesen Frühling könnten die Transitländer den politischen Startschuss für die Nabucco-Gaspipeline geben, meint Nabucco-Geschäftsführer Reinhard Mitschek. Die über 3000 Kilometer lange Pipeline soll ab 2013 Gas vom Schwarzen Meer über die Türkei, Bulgarien, Rumänien und Ungarn nach Österreich und ganz Europa liefern. Die österreichische OMV ist als Konsortialführer Hauptdarsteller Nabuccos.

Warum eine Gaspipeline den Namen einer Verdi-Oper trägt, ist schnell erklärt: Türkische und österreichische Spitzenmanager hatten 2002 kurz vor ihrem Besuch der Wiener Oper über das Pipeline-Projekt sinniert und taufte ihre Vision kurzerhand nach ihrem Abendprogramm. Nicht unpassend, geht es auch bei „Nabucco“ um einen Freiheitskampf (jenem des jüdischen Volks gegen die babylonischen Unterdrücker).

Ein wichtiger Akt war die Konferenz in Budapest Ende Jänner, bei der die Europäische Investmentbank (EIB) und die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung EBRD ihre Finanzierung zusagten. Eine noch konkrete Zusage kam von der EU, die 200 Mio. Euro zum insgesamt sieben Mrd. Euro schweren Projekt zuschießen will.

## Viele Knoten in der Pipeline

Bei aller Dynamik durch Gaskrise und Budapest-Konferenz: Bis zur Verlegung der ersten Rohre ist es noch ein weiter Weg. Mit der Finanzkrise stellt sich die Frage, wie viel finanzielle Versprechen wert sind, wenn EIB, EBRD und EU in Osteuropa ganze Länder vor dem Kollaps retten müssen. Nächster Unsicherheitsfaktor ist die Türkei. Nabucco ist das ideale Druckmittel bei den stockenden Verhandlungen über den Beitritt des Landes zur EU. Zwar hat der türkische Premi-



**Abgesehen von Russland bestehen für die neue Gas-Pipeline zusätzliche Unsicherheitsfaktoren: Neben der Türkei sind es die lang-samen Entscheidungsprozesse der EU und die Tatsache, dass weitere Abnahmeinteressenten Schlange stehen.** F.: Photos.com, Grafik: Nabucco

erminister Erdogan jegliches Junktum bestritten. Doch die Versuchung am Bosphorus, Nabucco als Trumpf einzusetzen, bleibt groß.

Nächster Stolperstein: Der Kreml duldet keine Pipelines außerhalb seiner Einflussphäre und tut alles, um die künftigen Lieferländer für Nabucco, Aserbaidschan, Turkmenistan und Kasachstan, durch Exklusivverträge auf seine Seite zu ziehen. Und sogar Berlin macht einen Knoten in die Pipeline: Auf Drängen der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel wurde Nabucco im Energiestrategie-Papier der EU nicht explizit genannt, nur vom „Südkorridor“ ist die Rede. Sie will, dass das Nordsee-Pipeline-Projekt von Ex-Kanzler Schröder Priorität erhält. Russland freut's – Gazprom ist mit 51 Prozent Mehrheitsaktionär an Nord Stream, die Pipeline wird ab 2011 russisches Gas über die Ostsee nach Deutschland liefern.

Bei all den Stolpersteinen stellen die Betreiber Nabuccos die heikelste Frage hinten: Soll im Vollausbau auch ira-

nisches Gas zum Einsatz kommen? Energieanalysten halten das Projekt ohne diese Option für sinnlos und nicht rentabel, doch für die Vereinigten Staaten wäre der Deal Europas mit ihrem Erzfeind eine diplomatische Kriegserklärung.

Mitschek ist trotz aller Stolpersteine zuversichtlich, dass Nabucco schon ab 2013 nicht-russisches Gas nach Europa liefern wird. Zur wackligen Finanzierung meint er im Gespräch mit *economy*: „In Zeiten größerer Vorsicht auf dem Finanzsektor haben Projekte wie Nabucco den entscheidenden Vorteil, dass sie durch ihre Rohstoffbasierte Attraktivität sind. Aus zahlreichen Vorgesprächen wissen wir, dass Finanzinstitutionen wie EIB und EBRD diese Bereiche bevorzugen, weil Langzeitverträge Sicherheiten bieten und durch die Errichtung auch andere Wirtschaftsbereiche wie Bau- und Stahlindustrie angekurbelt werden.“

In der Türkeifrage vertraut Mitschek auf den Partner, die türkische Botas, die wie alle anderen Partner einen Anteil von

16,67 Prozent am Nabucco-Projekt halte. Die heikle Frage im Hinblick auf iranisches Gas ist für ihn nicht entscheidend: „In Turkmenistan wurde ein einziges Gasfeld, das Yolatan-Feld, von internationalen Experten mit dem Ergebnis untersucht, dass allein damit drei Nabucco-Pipelines zu füllen wären.“ Jetzt schon sehr interessiert, Gas über Nabucco zu liefern, sei der Irak, fügt Mitschek hinzu.

## Gefahr durch Abwerbung

Die Gefahr einer Abwerbung der Lieferländer am Schwarzen Meer durch Russland sieht der Nabucco-Geschäftsführer nicht. Sowohl Aserbaidschan als auch Turkmenistan seien daran interessiert, ihr Kundenportfolio zu erweitern und neue Absatzmärkte in Europa zu erschließen. Die Signale aus Kasachstan nähren diesen Optimismus nicht gerade. Sein Land müsse bei der Vergabe seiner Energiereserven auch die Interessen Moskaus beachten, meinte der kasachische Regierungschef Karim Massimow Anfang Februar. Ein Ärgernis für die Europäer.

Bei allen Störfeuern, auch jenen aus Berlin, ist Reinhard Mitschek überzeugt, dass unser Kontinent jegliche neue Erdgasquelle brauchen wird. „In Europa besteht in den nächsten zehn bis 20 Jahren zusätzlicher Importbedarf für 150 Milliarden Kubikmeter Gas. Daher werden mehrere Infrastrukturprojekte nötig sein, um diese Menge an Gas zu transportieren.“ Nabucco und die parallel dazu geplante South Stream im „Südkorridor“ sollen im Vollausbau je 30 Mrd. Kubikmeter, Nord Stream 55 Mrd. Kubikmeter liefern.

Über Sein oder Nichtsein von Nabucco entscheidet nicht zuletzt der Zeitfaktor: Neben Russland stehen auch Länder wie China, Pakistan und Indien um Gas aus Zentralasien Schlange. Beschleunigen die Europäer ihre bekannt trägen Entscheidungsstrukturen nicht, könnte der Vorhang für Nabucco ohne Happy End fallen. Dann bleibt nur noch ein wehmütiger Blick zurück zum Besuch von Verdis Oper. Dort glückt der Freiheitskampf.







# Die krummen Dinger

Die Europäische Union streicht die Vermarktungsnormen für 26 Obst- und Gemüsesorten. Gurke und Karotte dürfen künftig wieder so wachsen, wie sie wollen. Die Begeisterung darüber ist vielerorts enden wollend.

Sonja Gerstl

Am 1. Juli 2009 ist es endlich so weit. Die krumme Gurke feiert nach 20 Jahren Absenz ihr glorioles Comeback in Europas Supermärkten. Auch knollige Karotten, Karfiol mit einem Durchmesser von weniger als elf Zentimetern, Wassermelonen mit einem Gewicht unter 1,5 Kilogramm, und sogar Miniäpfel, die bislang in der Saftpresse landeten, dürfen nunmehr zurück in die Regale.

In Summe sind es 26 von 36 Vermarktungsnormen, denen in einem Verwaltungsausschuss der Europäischen Kommission im November des Vorjahres der Garau gemacht wurde. Begründet wurde diese Vorgehensweise damit, dass die Verbraucher in Zeiten von hohen Lebensmittelpreisen und wirtschaftlicher Krisenstimmung aus einer möglichst breiten Produktpalette auswählen dürfen. Es sei sinnlos, einwandfreie Erzeugnisse wegzuerwerfen, nur weil ihnen das richtige Aussehen fehle.

## Stimmthalter Österreich

Aber auch wenn sich die EU-Landwirtschaftskommissarin Mariann Fischer-Boel angesichts dieses freudigen Ereignisses zu der Bemerkung hinreißen ließ, dass das „ein glücklicher Tag für die Gurke“ sei, trübten dunkle Gewitterwolken den Himmel über Brüssel – und das nicht nur jahreszeitenbedingt.

Nicht weniger als 16 der 27 Mitgliedstaaten – darunter zahlreiche südliche Länder – stimmten nämlich gegen diese nunmehr gesetzlose Form des naturgewollten Wildwuchses. Portugal und auch Österreich enthielten sich ihrer Stimme. Man befürchte, dass die Abschaffung der Vermarktungsnormen für Produzenten und Supermärkte einen erheblichen Mehraufwand bedeute, so das Lebensministerium.

Auch Johann Greimel, Obst- und Gemüseexperte der Landwirtschaftskammer Österreich, reagiert verhalten auf die Renaissance von kreativ geformtem Obst und Gemüse. Zwar wäre eine Vereinfachung und Überprüfung der Normen in Zeiten drohender Unterversorgung grundsätzlich zu begrüßen, allerdings würde dadurch auch das Angebot erhöht werden, was wiederum Druck auf die Erzeugerpreise bewirke. Und: „Schwächerer Ware aus den neuen Mitgliedstaaten kann damit ebenfalls eine Tür geöffnet werden“, so Greimel.

## Höhere Produktvielfalt

Aber nicht nur das ist es, was die Gegner auf die Barrikaden treibt. Genormte Produkte haben nämlich auch den nicht zu unterschätzenden Vorteil, dass immer dieselbe Anzahl davon in eine Packung passt. Sprich: Gerade Gurken lassen sich leichter in Steigen schichten oder in Dosen abfüllen und verursachen nicht zuletzt weniger Transportvolumen als krumme Dinger.

Bezweifelt werden darf aber auch, dass Gurke, Karotte und Co deshalb ab Mitte des Jahres tatsächlich so wachsen, wie Mutter Natur es ihnen einstmal erlaubt. 20 Jahre Vermarktungsnorm sind schließlich nicht spurlos an den Gewächshäusern und Äckern Europas vorübergezogen. So wurden viele dieser verordneten Standards eben durch Spezialzüchtungen und Produktionsmethoden erreicht, die von der Landwirtschaft voraussichtlich auch weiterhin genutzt werden.

Wer also profitiert nun tatsächlich vom Wegfall dieser Qualitäts- und Größenstandards? Hubert Zamut, Leiter der Sparte „Markt“ bei Bio Austria, dem Netzwerk der Biobäuerinnen und Biobauern Österreichs: „Für uns Biobauern ist die Aufhebung der Vermarktungsnormen sehr positiv, weil



Im Supermarkt dürfte sich das Bild der Gemüseabteilung noch nicht so schnell ändern. Aber an der Bio- und Abhofverkaufsfront wird Unförmiges schneller Einzug halten. Foto: Bilderbox.com

sie letztlich die Produktvielfalt fördert. Es ist absurd, dass der Krümmungsradius der Gurke oder der Umfang eines Apfels darüber entscheidet, ob ein Lebensmittel essbar ist oder nicht. Lebensmittel sind zu wertvoll, als dass man sie allein wegen einer äußeren Norm zu Abfall schmeißt.“ Aber nicht nur ausgewiesene Biobauern, sondern auch Landwirte, die ihre Produkte ab Hof verkaufen, könnten Nutznießer dieser neuen Freiheit sein.

## Günstigere Ware

Fraglich ist allerdings, ob der Handel in seinen Obst- und Gemüseregalen vom derzeit gängigen Schönheitsideal abweicht. Vor allem die großen Supermarktketten, so sind sich Experten einig, werden von ihren Lieferanten auch weiterhin wohlgeformte Ware einfordern. Lediglich der Einzelhandel könnte flexibler reagieren und optisch weniger ansprechende Produkte ins Sortiment aufnehmen. Auch in diesem Fall wären dann durchaus Preisreduktionen für Konsumenten zu erwarten.

Für Franz Floss, Geschäftsführer des Vereins für Konsumentinformation, ist das allerdings nicht der springende Punkt: „Aus Sicht des Konsumentenschutzes ist der Wegfall der Vermarktungsnormen vor allem deshalb zu begrüßen, weil damit die große Chance besteht, dass Qualität künftig der Vorrang eingeräumt wird.“

Wer kennt sie nicht, die holländischen Glashaustomaten, die auch noch nach Tagen großartig aussehen, aber geschmacklich oft ein völliges Desaster sind. Diese Produkte werden nicht aus den Regalen verschwinden, der Vorteil ist aber, dass neue dazukommen: Die sind zwar dann nicht ganz so schön, schmecken dafür aber.“

## Info

Auf Vorschlag der EU-Kommission wurden 26 Obst- und Gemüse-Vermarktungsnormen aufgehoben. Ab dem 1. Juli 2009 gelten vereinfachte Rahmennormen für Marillen, Artischocken, Spargel, Melanzani, Bohnen, Kohlsprossen, Karfiol, Kirschen, Avocados, Bohnen, Melonen, Zwiebeln, Erbsen, Zwetschken, Zucchini, Gurken, Karotten, Zuchtpilze, Knoblauch, Haselnüsse und Walnüsse (in der Schale), verschiedene Kohlsorten, Porree, Staudensellerie, Spinat und Chicorée.

Für zehn Obst- und Gemüsesorten – Äpfel (Ausnahme: Miniäpfel), Birnen, Zitrusfrüchte, Kiwis, Salate, Pfirsiche und

Nektarinen, Erdbeeren, Paprika, Weintrauben und Tomaten – bleiben die Vermarktungsnormen weiterhin erhalten. Die einzelnen EU-Staaten können aber auch hier eine Abweichung von der Norm erlauben, sofern eigenwillig geformte Früchte etwa als „zur Verarbeitung bestimmt“ gekennzeichnet werden.

Übrigens: Die Normen für Obst und Gemüse kommen ursprünglich gar nicht aus Brüssel, sondern wurden dereinst von der UNO-Wirtschaftskommission zur Erleichterung des internationalen Warenverkehrs in Genf erarbeitet. Die EU setzt diese Standards lediglich um.



# Ein veritabler Lobbyisten-Stadt

Vor und hinter den Kulissen in Brüssel: Poltern, Strippenziehen und Antichambrieren.

**Ralf Dzioblowski**

Als René Goscinny und Albert Uderzo 1975 den Zeichentrickfilm *Asterix erobert Rom* ersannen, in dem der Protagonist im „Haus, das Verrückte macht“, den Passierschein A 38 zu holen hatte, müssen sie an die Zustände im Brüsseler Berlaymont-Gebäude der EU-Kommission gedacht haben. Das Narrenhaus ähnelt jenem in der Rue de la Loi 200 frappierend.

Friedrich Nietzsche hatte wohl recht: „Man muss noch Chaos in sich haben, um einen tanzenden Stern gebären zu können.“ Die EU-Kreißsäle sind rund um die Uhr belegt. Unterzieht man die dort stattfindenden Kopfgeburten einem Vaterschaftstest, so zeigt sich, dass es häufig deren viele gibt.

## Amerikanische Verhältnisse

Drei Viertel aller Entscheidungen, die die europäische Industrie betreffen, werden heute in einem der 432 Ausschüsse in Brüssel getroffen. Kein Wunder also, dass diese versucht,

Einfluss zu nehmen: durch ordentliches Gepolter vor den Kulissen. Oder dezentes Strippenziehen dahinter. Rund 15.000 Lobbyisten arbeiten derzeit in Brüssel. Horizontal und vertikal vernetzt.

Brüssel: Hier erleben Provinzpolitiker ihren zweiten Frühling, hier sind Kommissare manchmal sogar mächtiger als Minister – und die Beamten in der Kommission oft noch mächtiger als ihre Kommissare. Hier verschlingen bei babylonischen 462 möglichen Sprachkombinationen die Sprachdienste, von rund 7000 Dolmetschern bewältigt, jährlich mehr als eine Mrd. Euro. Und hier, in Brüssel, lautet das oberste Prinzip „mitmischen, aber sich nicht verantwortlich machen lassen“.

Politische Partizipation wird höchstens bei repräsentativen Gruppen wie Arbeitgeber- oder Arbeitnehmerverbänden geduldet. Allein das Wort „Lobbying“ hat eine negative Konnotation: Unternehmensvertretungen bezeichnen ihre Mitarbeiter deshalb lieber als „Repräsentanten

der Konzernpolitik“ oder „Regulierungsabteilung“, niemals jedoch als Lobbyisten. Grundsätzlich gilt, dass ein gerechter politischer Prozess so wenig wie möglich auf Partikularinteressen einzugehen hat. Im Zuge der europäischen Integration entstand jedoch ein supranationaler Politikbereich, in dem Lobbying bald ein fester Bestandteil wurde.

## Heimliche Mitentscheider

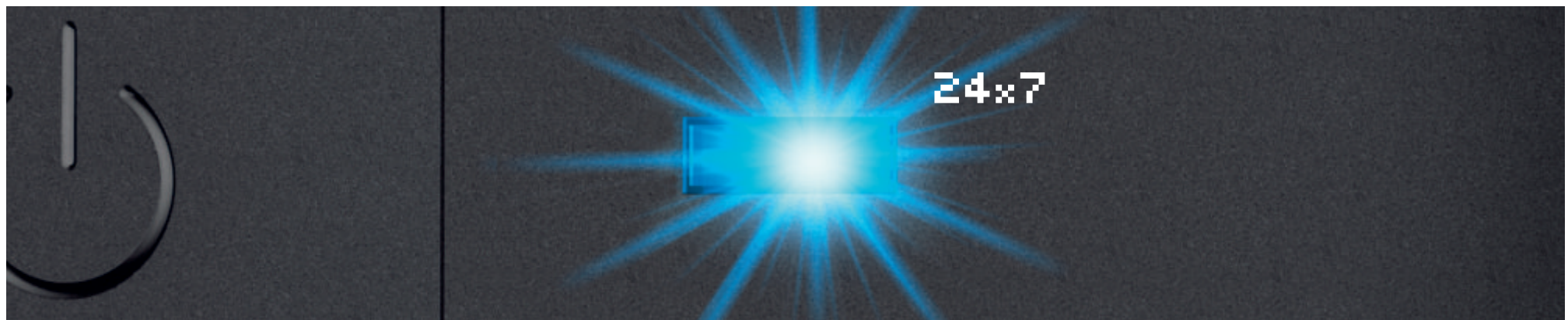
So, wie die Diplomaten versuchen, die Nettozahlungen an die EU möglichst gering zu halten, streben die Lobbyisten nach größtem Profit. Wie viele österreichische Emissäre in Brüssel tätig sind, geht auch aus dem unstrittigen Lobby-Register nicht hervor. Damit die Beziehungen zwischen Lobbys und Kommission transparenter werden, sollen die Interessenvertreter bei ihrer Registrierung bestimmte Informationen offenlegen. Das mehrsprachige Register ([www.ec.europa.eu/transparency/regrin](http://www.ec.europa.eu/transparency/regrin)) ist im Internet öffentlich zugänglich und ermöglicht eine



Mit geschätzten 15.000 Lobbyisten beherbergt Brüssel heute die zweitgrößte Lobbying-Industrie nach Washington. Foto: EPA/BELGA

komplette Datenabfrage. Lobbying als Schattenpolitik oder „5. Gewalt“ richtet sich nicht an den normalen Bürger, sondern gezielt an Meinungsbildner. „Gegen die Vertretung eigener Interessen ist nichts einzuwenden“, sagt Christian Humborg von der Anti-Korruptionsorganisation Transparency International (TI). „Aber die Frage ist, mit welchen Mitteln dies geschieht und wie transparent es abläuft.“

Im Brüsseler EU-Viertel reihen sich denn auch unzählige Consulting-Unternehmen, PR-Agenturen und Kanzleien aneinander – nur bei wenigen lässt sich vom Namen auf die eigentlichen Interessen schließen. Zudem gibt es keine einheitlichen Verhaltensregeln: Die Unternehmen müssen weder über ihre Geldgeber noch über ihre Mitarbeiter noch über deren Methoden Auskunft geben.



## Size Matters

Auf mehr als 400 Servern betreibt die APA-IT Österreichs größte Medien- und Fachdatenbank und hostet Websites mit insgesamt mehr als 30 Prozent der ÖWA-gezählten Visits.

Profitieren auch Sie vom Know-how des größten Hosting-Anbieters Österreichs im News-Sektor. Weit über Medienanwendungen hinaus bietet die APA-IT Gesamtlösungen in den Bereichen Web-Entwicklung, Content Management Systeme und Broadcasting Solutions.

[www.apa-it.at](http://www.apa-it.at)

APA-IT and IT works!

**APA**<sup>IT</sup>

APA-IT Informations Technologie  
Martin Schevaracz  
Tel.: +43/1/360 60 - 6060  
E-Mail: [it@apa.at](mailto:it@apa.at)  
Web: [www.apa-it.at](http://www.apa-it.at)

# Die Aktie des kleinen Mannes

Egal ob „o'gschleckt“ oder selbstklebend, Briefmarken eignen sich nur selten als Spekulationsobjekt.

**Astrid Kasperek**

Eigentlich hat man sie schon längst abgestempelt und dem Untergang geweiht. Denn bereits lange vor dem E-Mail-Zeitalter glaubte man, mit der Einführung der Frankiermaschine Anfang des 20. Jahrhunderts der Briefmarke den Todesstoß zu versetzen.

Doch trotz E-Mail-Flut und Verwendung von Poststampiglien erfreut sich die Briefmarke auch heute noch ihres bunten Lebens. Vier bis fünf Mio. Briefsendungen werden täglich per Post verschickt. Zwar zielt nicht mehr jedes einzelne Poststück eine Marke, doch es wandern immer noch pro Tag bis zu einer Mio. Briefmarken über den Ladentisch, verrät Erich Haas, der Leiter der Philatelie der Österreichischen Post.

Die hübschen kleinen Bildchen erfüllen also nach wie vor ihren Dienst als Zahlungsmittel für den Posttransport. Die entfremdete Nutzung als Sammelobjekt lässt jedoch spürbar nach, so die Erfahrungen

österreichischer Philatelisten. „Die Kriegsgeneration, die alles gesammelt hat, stirbt langsam aus“, begründet der Kärntner Briefmarkenhändler und gerichtlich zertifizierte Sachverständige Arnold Goller das Schwinden der Sammlergemeinde. „Die Boomzeit der 60er Jahre hat zu einem starken Preisverfall geführt. Es wurde viel gesammelt. Die Erben interessieren sich aber nicht mehr für die Sammlungen und werfen sie auf den Markt. Das Angebot ist groß und drückt die Preise.“

## Raritäten noch hoch im Kurs

„Der Preisverfall betrifft aber nur Marken jüngerer Datums und Massenware“, versichert Tatjana Slavicek-Westermayr, die Präsidentin des Österreichischen Briefhändlerverbandes. Denn für Raritäten gibt es nach wie vor große Erlöse. So wurden erst kürzlich auf einer internationalen Auktion in der Schweiz Marken im Wert von bis zu 20 Mio. Franken ersteigert. Auch die Erlöse des weltweit größten Briefmarken-

sammlers und Anleihenfondsmanagers Bill Gross können sich sehen lassen: Unglaubliche neun Mio. Dollar erhielt der Chefstrategie des Vermögensverwalters Pimco für seine Sammlung britischer Briefmarken, für die er sieben Jahre davor „nur“ zwei Mio. Dollar hatte investieren müssen – eine durchschnittliche Rendite von 27,6 Prozent jährlich. Davon könne man heute nur träumen, sagt Slavicek-Westermayr.

„Solche Traumerlöse sind allerdings seltene Ausreißer“, betont Erich Haas, der Oberphilatelist der Post, und warnt vor unbedachten größeren Investitionen in die „Aktie der kleinen Leute“, wie sie früher genannt wurde. „Briefmarkensammeln nicht nur als Hobby, sondern als Geldanlage zu sehen, ist deppert“, poltert er.

Seine Begründung: Der Philatelie-Markt sei nicht liquid, er beschränke sich auf einige wenige Sammler und Experten. „Eine echte Wertsteigerung kann nur erzielt werden, wenn man GustostückerInnen ergattert



Der berühmte Rennerblock 1946 ist heute ab 800 Euro zu haben. In den 1990ern musste man dafür 25.000 Euro ablegen. Foto: Goller

und ins Top-Segment investiert. Da bewegt man sich allerdings im fünfstelligen Eurobereich.“

Auch wenn eine mögliche Wertsteigerung nicht der Hauptzweck einer Briefmarkensammlung sein sollte, so ist und bleibt sie ein willkommener Nebeneffekt des „alten“ Hobbys“, hält Slavicek-Westermayr den Warnungen des Postfuchses entgegen. „Und wenn man bedenkt,

dass Gross derzeit mit seinen Anleihenfonds nur Verluste einfährt, dann wäre das Geld der Anleger in Briefmarken zumindest wertgesichert.“

Um die Zukunft der Briefmarke machen sich die Philatelisten jedenfalls keine großen Sorgen. „Sammler werden nie aussterben, denn der Sammeltrieb ist dem Menschen angeboren“, so ihr Fazit.

## Notiz Block



### Rating-Agenturen unter Beschuss

Die Rating-Agenturen sollen strenger an die Kandare genommen werden. Der Wirtschafts- und Währungsausschuss des EU-Parlaments nahm einen neuen europäischen Regelungsrahmen für Rating-Agenturen an,

der eine rasche und nachhaltige Reform des europäischen Finanzsystems bilden soll. Othmar Karas, der Delegationsleiter der ÖVP, erklärte als Berichterstatter, Schwerpunkte seien das künftige Verbot der bisher üblichen Beratungsdienstleistungen von Rating-Agenturen, die Registrierungspflicht und die

Qualität der Rating-Methoden. Er hofft, dass der Verordnungsvorschlag mit den neuen verbindlichen Standards noch vor den EU-Wahlen im Juni unter Dach und Fach gebracht werden kann. „Man kann nicht ein Unternehmen beraten wollen, wie es eine bessere Bonität bekommen kann, und diese dann selbst vergeben. Damit ist endlich Schluss. Das ist keine neutrale Durchleuchtung, das ist eine inakzeptable Vermischung von Interessen. Wir brauchen auch einheitliche Zulassungspflichten und eine einheitliche europäische Aufsicht für Rating-Agenturen. Das Europäische Parlament hat eine solche Regelung bereits vor fünf Jahren gefordert, jetzt macht die Finanzkrise die Durchsetzung möglich und gibt uns die Chance für mutige europäische Antworten“, sagte Karas. Im Kampf gegen die von den USA ausgehende Finanzmarktkrise gehe es nun darum, vor allem an europäischen Antworten zur Aufsicht zu arbeiten.

### TV und Netbooks trotz der Krise

Die Wirtschaftskrise ist bei den heimischen Kunden von Mediamarkt und Saturn noch nicht angekommen. Weder wird weniger gekauft noch zu günstigerer Ware gegriffen oder mehr die Teilzahlung in Anspruch genommen, so die Erfahrung von Geschäftsführer Frank Kretzschmar. Die beiden Elektrohändlerketten konnten 2008 den Umsatz im einstelligen Prozentbereich weiter auf über eine Mrd. Euro steigern, und auch heuer sei das Jahr sehr gut angelaufen. Der Renner 2008 waren TV-Geräte und Computer, eine Entwicklung, die weiterhin anhält. Bei Ersteren geht der Trend zu Geräten mit über 37-Zoll-Bildschirmdiagonale, bei den PC wiederum hin zu mobilen Lösungen, stellte Kretzschmar fest. Einen wahren Boom habe es hier bei den Mini-Laptops gegeben, den sogenannten Netbooks. Sehr gut entwickelte sich auch das Geschäft mit

freien, nicht gestützten Handys. Vergangenes Jahr habe sich zudem die Fußball-Europameisterschaft „Euro 2008“ positiv niedergeschlagen. Zur Preispolitik meinte Kretzschmar, man wolle in den Märkten auch weiter bei den Werbeangeboten den günstigsten Internet-Preisen Paroli bieten. Beim künftigen Mediamarkt-Onlineverkauf sei aber nicht der Preis das alleinige Argument. Der Verein für Konsumenteninformation hatte im Vorjahr bei einer Untersuchung festgestellt, dass die Produkte von Elektrogroßmärkten meist teurer angeboten werden als auf Internet-Plattformen. Lediglich bei Aktionsangeboten würden die Kunden in den Märkten zum Bestpreis einkaufen. 2008 wurden zwei neue Märkte eröffnet, wodurch die Kette nun auf 22 Mediamärkte und elf Saturn-Filialen kommt. Zwei Märkte werden heuer erneuert – welche, sei noch offen. Ende 2009 will Kretzschmar auch ins Online-Geschäft einsteigen. APA/kl

# Dossier

# Osteuropa

## Kontinent in Bewegung



Kulturen sind dynamische Einheiten, die sich immer wieder verändern. Der Versuch, eine „Festung Europa“ zu errichten, verkennt die evolutorischen Kräfte, die in der Geschichte dieses Erdteils gewirkt haben.

Die Katalanen sind ein stolzes Volk. Ginge es nach ihnen, gäbe es im Nordosten der Iberischen Halbinsel einen eigenen Staat Catalunya. Irgendwie fühlen sich die Katalanen nicht als „normale“ Spanier – und das zu Recht. Sie stammen nämlich von den Schweden ab; genauer gesagt: von den süd-schwedischen Westgoten. Als diese um das Jahr 400 auf der Suche nach neuen Siedlungsgebieten aus dem kalten Norden in den klimatisch günstigen Süden kamen, ließen sich Teile von ihnen an der nordwestlichen Küste des Mittelmeeres nieder. Sie gaben ihrer neuen Heimat den Namen „Gotalandia“, der später zu Catalunya romanisiert wurde.

Wenn heute die Europäische Union (EU) den Versuch unternimmt, sich in der „Festung Europa“ einzubunkern, dann verkennt sie die Lehren der Geschichte dieses Kontinents. Nicht erst seit der Völkerwanderung ist Europa ständig in Bewegung. Ströme von Menschen kamen, Ströme von Menschen gingen, und zu allen Zeiten waren Volksstämme, ja ganze Völker zwischen Ostsee und Mittelmeer, zwischen Atlantik und Schwarzem Meer unterwegs.

Das landläufige Bild des Alten Europa prägen die Schrecken verbreitenden Barbarenstämme. Doch waren das wirklich Europäer? Wie die Prähistorikerin Marija Gimbutas nachwies, existierte zwischen 7000 und 4000 vor unserer Zeitrechnung

im Alten Europa eine hochstehende friedliche Zivilisation, die durch die Errungenschaften der Sesshaftigkeit das waren, was man heute „sozioökonomisch gut aufgestellt“ nennen würde: Ackerbau und Viehzucht warfen beste Erträge ab; es gab Töpferei, Weberei und Metallurgie; der Handel mit Obsidian, Marmor und Kupfer florierte über ein weitläufiges Netz von Handelsstraßen. Die Bauwerke der ersten entstehenden Städte stellen die Wiege der Architektur und bewusster Stadtplanung dar.

### Eroberung und Kolonisierung

Zwischen 4300 und 2800 vor unserer Zeitrechnung wurde diese friedfertige Kultur von indogermanischen Reiterhorden, die aus den Steppen nördlich und östlich des Schwarzen Meeres kamen, in mehreren Invasionswellen überrannt und zerstört. Gimbutas nennt sie die „Kurgan-Völker“, weil sie große runde Grabhügel, russisch „Kurgan“ genannt, errichteten, in denen sie ihre Anführer bestatteten. Die „moderne“ indogermanisch-europäische Zivilisation, wie wir sie aus den Geschichtsbüchern kennen, war demnach die Folge von kriegerischer Eroberung und Kolonisierung.

Auch wer sich auf die Hochblüte des alten Griechenland als den europäischen Ursprung unserer Kultur berufen will, liegt damit falsch. Zum einen übernahmen die Griechen viele ihrer Ideen direkt von den Arabern,



Foto: Photos.com

zum anderen brachten gerade die Araber erst im Mittelalter radikal neues Wissen und verfeinerte Lebensart (Stoffe, Gewürze, Düfte) nach Europa. Würden wir unser arabisches Erbe aus der europäischen Kultur tilgen, würde unser ganzes Weltbild zusammenbrechen.

Zwar stammen die „arabischen“ Zahlen aus Indien, aber wir rechnen damit. So mancher Schüler würde gern auf die Algebra (al-gabr) verzichten, doch wie funktionieren Computer ohne Algorithmen (al-Chwarizmi), wie das binäre System ohne die Zahl Null? Dieses ominöse Zeichen 0, das arabisch „sifr“ (leer) heißt und von dem unser Wort „Ziffer“ stammt. Alles arabische Importware,

wie so vieles in der Mathematik, Chemie, Medizin, Astronomie und Philosophie. Selbst für manche unserer Genüsse hätten wir keine Namen und oft keine Rohstoffe: vom Kaffee (qahwa) über das Kiffen (kaif) bis zum Alkohol (al-kuhul).

Eindringlich erinnert auch der spanische Schriftsteller Juan Goytisolo in seinem Werk daran, dass die europäische Kulturgeschichte ohne das arabische Erbe einfach nicht zu erklären ist. Kultur kann für Goytisolo „heute nicht ausschließlich spanisch oder französisch oder deutsch sein, nicht einmal europäisch, sondern allein mestizisch, ein Bastard, ein Mischling, befruchtet von den Kulturen, die unserem ab-

wegigen Ethnozentrismus zum Opfer gefallen sind“.

Stillstand ist das Gegenteil von Evolution. Auch Gesellschaften, Völker und Zivilisationen sind dynamische Organismen und keine statischen Gebilde. Sie sind in ständiger Bewegung, auch wenn der einzelne Mensch das in seiner kurzen Lebensspanne nicht so wahrnimmt. Seit vielen Jahrtausenden muss die politische Landkarte Europas immer wieder neu gezeichnet werden, denn Leben ist Bewegung. Oder wie uns der Literat Erich Fried wissen lässt: „Wer will, dass die Welt so bleibt, wie sie ist, der will nicht, dass sie bleibt.“

Fortsetzung auf Seite 22

## Dossier

Fortsetzung von Seite 21

**D** Einen neuen Zugang zur Geschichte dieses Kontinents hat auch der Münchner Evolutionsbiologe Josef Reichholf in seinem Buch *Eine kurze Naturgeschichte des letzten Jahrtausends* vorgelegt, in dem er die in Europa immer wieder ausgelösten Migrationen vor dem Hintergrund der wechselnden klimatischen Lebensbedingungen für die Menschen beschreibt. *economy* sprach mit Reichholf über seinen naturgeschichtlichen Ansatz.

### Zur Person



**Josef H. Reichholf** ist Zoologe, Ökologe sowie Evolutionsbiologe, Professor an der TU München und Autor von mehreren populärwissenschaftlichen Büchern über Biologie und Ökologie.

Foto: ZSM

**economy:** Sie beschäftigen sich mit den Wechselwirkungen von Naturgeschichte und Geschichte. Welche Erkenntnisse bringt das?

**Josef Reichholf:** Da die Naturgeschichte meist nicht in die historische Betrachtung einbezogen wird, werden rückblickend oft Folgen und Ursachen verwechselt. Historische Vorgänge werden immer auch von den äußeren Lebensbedingungen mitverursacht. Die Menschenströme quer durch Europa, wie es sie zu vielen Zeiten gab, waren keineswegs nur politisch oder sozialpolitisch bestimmt. Sie waren auch das Ergebnis von natürlichen Rahmenbedingungen: was die Landwirtschaft produzieren konnte, ob es Hunger gab, welche Chancen bestanden, existenziell ein Auskommen zu finden. Die Evolution ergibt sich aus historischen Prozessen, die äußeren Zwängen, eben den Rahmenbedingungen, unterliegen und sich nicht beliebig entfalten können. Das ist für Menschen genauso gültig wie für Tiere und Pflanzen.

**Um nicht zu weit zurückzugreifen: Lassen Sie uns beim Römischen Reich beginnen.**

Die nördliche Grenze des Römischen Reiches, die durch den Limes markiert war, war auch die klimatische Grenze des Weinbaus. Etwas salopp formuliert: Jenseits dieser Grenze, wo kein Wein mehr gedieh, lohnte es sich aus Sicht der Römer nicht, zu leben. Sie rückten nur so weit vor, wie mediterrane Bedingungen gegeben waren. Wir müssen uns aber vor Augen halten, dass es zu jener Zeit wesentlich wärmer war als heute und Wein bis Mittelengland kultiviert werden konnte, wo dann der Limes die Grenze gegen Schottland bildete. Klarerweise spielten auch strategische Überlegungen eine Rolle, aber die natürlichen klimatischen Grenzen der mediterranen Lebensweise waren auch die Grenzen des Römischen Reiches.

**Auch der Machtverlust Roms lässt sich Ihrer Ansicht nach zum Teil auf klimatische Veränderungen zurückführen.**

Ja, denn in den ersten nachchristlichen Jahrhunderten trat eine massive Klimaverschlechterung ein. Es kam zu einem deutlichen Temperaturabfall, die Niederschläge nahmen stark zu, vor allem auch im Winter, was verkürzte Vegetationsperioden zur Folge hatte. In Zentralasien gab es lang anhaltende Trockenzeiten, die Weidegründe wurden immer karger. Halbnomadische Völker wie die Hunnen, die dort lebten, konnten in dieser Region nicht mehr überleben und mussten sich mit Sack und Pack aufmachen, neue Lebensräume zu finden. Durch diesen Ansturm kamen die germanischen Stämme in Nord- und Mitteleuropa in Bewegung. Die große Völkerwanderung brach los, die in der Hauptrichtung von Nordosten nach Südwesten ging. Diesem Druck der Menschenmassen und nicht dem der Heere musste das Römische Reich weichen. Es war keine militärische Niederlage Roms, sondern eine Niederlage, die verursacht war durch die Bevölkerungsmassen, die sich plötzlich in Europa verschoben haben.

**Zwischen 800 und 1300 rückten vom Norden Europas immer wieder die Wikinger aus. Waren sie nur Seeräuber oder auch Siedler?**

Auch da müssen wir die klimatischen Gegebenheiten beachten. Das Klima war in die-



**Die Geschichte Europas ist geprägt von einer Abfolge von Migrationen von Völkern und Volksstämmen, deren Auslöser Veränderungen der klimatischen Lebensbedingungen waren.** Foto: Photos.com

ser Zeit wesentlich besser als heute; Wein gedieh sogar noch im Süden Norwegens, die landwirtschaftlichen Erträge in Skandinavien waren sehr gut. Die Bevölkerung wuchs, aber das Land konnte sich ja nicht vermehren. Daher gab es zwei Strategien. Zum einen gingen die Wikinger als Seeräuber auf Beutezüge nach Süden. Sie fuhren Flüsse wie die Seine und die Oder hoch, andere kamen bis ins Mittelmeer. Ein Teil des Bevölkerungsüberschusses wurde aber auch durch Auswanderer abgebaut, die mit Schiffen nach Island und später nach Grönland und Nordamerika kamen. Aber auch im Osten Europas bauten sie Reiche auf, wie das der Rus am Dnjepr, die heutige Ukraine. Ukraine bedeutet „das Land an der Grenze“, das stammt von dem Wort „Rain“, also der Ackergrenze. Das passt auch zum Selbstverständnis der Ukrainer, die sich nicht dem Osten, sondern dem Westen zugehörig fühlen. Der Korridor, den Nordgermanen in dieser Zeit von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer schufen, wirkt de facto noch heute als die geistige, kulturgeschichtliche Grenze zwischen Europa und Asien.

**Sie sehen auch die Kreuzzüge des 12. Jahrhunderts vor dem Hintergrund der Bevölkerungsentwicklung.**

Im hohen Mittelalter herrschten äußerst günstige klimatische Bedingungen, sodass die Bevölkerung stark anwachsen konnte. Die mittel-

alterlichen Klöster waren in doppelter Hinsicht ein großer Erfolg: zum einen durch die Kultivierung der Moore, wodurch ansehnliche Flächen an Neuland für die landwirtschaftliche Nutzung gewonnen wurden, zum anderen weil sie viele junge Männer und in den Nonnenklöstern auch Frauen aufnahmen. Das Kloster war das Auffangbecken für jene jungen Männer, die keine Chance auf Haus und Hof hatten. Dieser Bevölkerungsüberschuss wurde durch die Kreuzzüge in einem erheblichen Maß entlastet; denn die meisten Kreuzfahrer kamen ja nicht wieder zurück, weil sie entweder im Kampf gefallen waren oder sich in der Fremde ansiedelten.

**Vom 13. bis zum 17. Jahrhundert war dann die Zeit der Kastastrophe.**

Ja, denn in dieser Zeit kam es zu einem massiven Temperaturabfall im Winter und zu einer Verschlechterung der Sommerwitterung. Im Winter nahm die Kälte extrem zu. Wir sprechen auch von der kleinen Eiszeit. Oft waren die großen Alpenseen, ja sogar der Bodensee, komplett zugefroren. Abwechselnd gab es völlig verregnete, dann wieder extrem heiße, trockene Sommer, was beides zu Missernten führte. Sturmfluten an den Küsten im Norden, Überschwemmungen in Mitteleuropa und soziale Unruhen kennzeichnen das Spätmittelalter. Das hatte zur Folge, dass sich ganze Volksstämme wie die

Flamen, Friesen und Sachsen auf den Weg nach Südwesten machten.

**Die kleine Eiszeit führte auch zu neuen politischen Konstellationen.**

Genau, denn das wirtschaftliche und politische Zentrum Europas verlagerte sich nach Südwesten. Spanien und Portugal wurden in der Folge so mächtig, dass sie sich im Vertrag von Tordesillas 1494 erlauben konnten, die ganze Welt untereinander aufzuteilen. Ein unerhörter Vorgang! So haben sie sich auch die Neue Welt aufgeteilt und im Zuge einer massiven Kolonisierung enorme Menschenmengen nach Süd- und Mittelamerika verfrachtet.

**Woher nahm Iberien all die Menschen, gab es da auch Zuzug aus Mitteleuropa?**

Offenbar fand damals innerhalb Europas eine neue Völkerwanderung statt, eine Massenverlagerung von Menschen in weitaus größerem Ausmaß, als das historisch bisher realisiert wurde. Man kann sich ja ausrechnen, was aus Spanien und Portugal geworden wäre, wenn alle Menschen, die damals nach Süd- und Mittelamerika ausgewandert sind, nur aus diesen beiden Ländern gekommen wären; die hätten ja einen immensen Bevölkerungsschwund gehabt. Aber um die neuen Gebiete besiedeln zu können, war eine unglaubliche Menge von Menschen nötig.

Gerhard Scholz



# Warum Slowaken in Ungarn shoppen

Während Ungarn am Rande des Staatsbankrotts taumelt, ist der nördliche Nachbar Slowakei wirtschaftlich Spitzenreiter in der Region. In den 1990er Jahren war das Verhältnis umgekehrt. Was seither geschah.

**D**VD-Player, Strümpfe, Bohrmaschinen: Was Slowaken bei ihrem Ungarntrip in den Kofferraum packen, beschränkt sich längst nicht mehr auf Salami und Paprika. Denn der Preis ist heiß für die Slowaken, die seit Anfang des Jahres Euroland sind.

Seit Mitte 2008 ist der ungarische Forint gegenüber dem Euro um 24 Prozent abgestürzt. Wie ein eisiger Sturm, der über die Puszta fegt, erwischte die Finanzkrise die Magyaren frontal und ungeschützt. Die Slowaken haben rechtzeitig unter dem Dach des Euros Schutz gefunden. Um eingelassen zu werden, hatten die Slowaken zuvor Inflation, Budgetdefizit und Verschuldung brav gezähmt. Welch Unterschied zum südlichen Nachbarn, der 2006 ein Budgetdefizit von zehn Prozent auswies und im Oktober 2008 kurz vor dem Staatsbankrott stand. 25 Mrd. Euro von Währungsfonds, Weltbank und EU konnten das Ärgste abwenden, doch der ungarische Patient kommt seitdem nicht auf die Beine. Ungarn und die Slowakei: Die jüngere Geschichte der beiden Nachbarn ist die Geschichte eines Rollentauschs, der sich schon lang vor dem EU-Beitritt der beiden Länder im Jahr 2004 abzeichnete.

## Unerwarteter Rollentausch

Noch Ende der 1990er Jahre galt Ungarn als Vorzeigestaat im ehemaligen Ostblock. Die Tore waren schon weit für westliche Investoren geöffnet worden, als in der Slowakei noch der polternde Ministerpräsident Vladimír Mečiar die Geschäftswelt verschreckte. Nach dem Abgang Mečiar 1998 musste sich das Land erst von dessen Eskapaden erholen, während sich Ungarn mit Volldampf zu einer robusten und stabilen Wirtschaft entwickelte. 2000 wendete sich das Blatt.

„In der ungarischen Wirtschaftspolitik machte sich ein beispielloser Populismus breit. Kein anderes Land hat seine Chancen so verspielt wie Ungarn“, meint Sandor Richter. Der Ungarn-Experte des Wiener Osteuropainstitutes WIIW ortet die größten Fehler in der Zeit von Mitte 2001 bis 2006. Nach den mageren Jahren der 1990er Jahre sei, so der Experte, die Versuchung für die Politiker zu groß gewesen, die fetten Jahre auszurufen. Die ersten Wahlzuckerl warf der konservative Premier Viktor Orbán von der Fidesz-Partei ins Volk. Vor den Wahlen 2002 erhöhte er Beamtengehälter und Pensionen massiv. Gewählt wurden die Sozialisten, und die machten weiter. Doch anstatt als Opposition langsam wieder auf die Bremse zu steigen, heizte Orbán den Wettlauf um mehr Staatsausgaben noch an. „Fidesz gibt euch noch mehr“, lautete die Parole. „Es war ein Spiel zwischen zwei Piloten, die aufeinander zusteuern und schauen, wer früher ausweicht“, umschreibt Richter das Duell Orbáns mit Péter Medgyessy und ab 2004 mit Ferenc Gyurcsány.

Den Steuerknüppel nach oben riss schließlich Gyurcsány Ende 2006 mit seiner berühmten „Lügenrede“. Er gestand darin ein, dass Ungarn auch unter seiner Führung über seine Verhältnisse gelebt hätte, und forderte einschneidende Reformen. Trotz empörter Proteste der Bürger gelang eine Reduktion des Budgetdefizits von zehn auf vier Prozent. Doch beim Ausbruch der globalen Finanzkrise hingen die Kondensstreifen vergangener Ausgabenduelle noch zu dick über dem Land. Die Staatsschulden sind erdrückend. Die Folge: Trotz zwölfprozentiger Zinsen kaufte niemand Forint-Anleihen, das Land blieb nur dank der Finanzspritze von IWF, Weltbank und EU liquide.



**Auch in Bratislava heißt es jetzt: Warten auf bessere Zeiten. Im Vergleich zu Ungarn sind die Aussichten aber noch rosiger.** Foto: Bilderbox.com

In Brüssel tritt das einstige Vorzeigeland als Wortführer für ein 180 Mrd. Euro schweres Hilfspaket für Osteuropa auf. Die Slowakei will mit Gyurcsánys Appellen nichts zu tun haben. Premier Robert Fico lässt keine Gelegenheit aus, um sein Land von Ungarn abzugrenzen. „Es gibt keine einheitliche Problemzone Mittel- und Osteuropa, das ist einfach nicht wahr.“

Um das slowakische Selbstbewusstsein hinter Ficos Aussage zu ergründen, noch einmal zurück in die späten 90er Jahre: Nach Jahren der Misswirtschaft unter Mečiar verpasste sein Nachfolger, der konservative Mikuláš Dzurinda, dem Karpatenland ein beispielloses Reformprogramm. Die Bürger bezahlten es mit Selbstbehalten beim Arzt, eingefrore-

nen Gehältern im Staatsdienst und Pensionskürzungen; Ärzte, Krankenschwestern und Lehrer emigrierten in Scharen nach England, weil sie dort als Putzkraft mehr verdienten. Trotzdem ratterte der Reformmotor bis 2006 weiter, denn die Reformsaat ging auf und brachte Arbeitsplätze – vor allem in der Autoindustrie.

## Wachstum in der Slowakei

Vom Land ohne nennenswerte Autoproduktion entwickelte sich die Slowakei zum „Detroit Europas“. Kia, Peugeot/Citroën, Volkswagen: Nirgendwo auf der Welt werden pro Kopf mehr Autos produziert. Doch 2006 ging den Slowaken die Luft aus – im selben Jahr, in dem die Kaufkraft der Slowaken erstmals jene der Ungarn überstieg. Sie

wählten Dzurinda ab und hoben den Sozialisten Robert Fico ins Amt. Er zog den Reformen die Zähne und versucht seither, die gewachsene soziale Kluft – vor allem zwischen dem reichen Westen und dem armen Osten des Landes – zu kitten. Der boomenden Wirtschaft tat die soziale Wende keinen Abbruch. Mit über zehn Prozent erreichte das Wirtschaftswachstum 2007 Ausmaße wie sonst nur in China. Damit ist es vorbei, denn die Einbrüche auf dem Automarkt treffen die Slowakei ins Mark. Die Kofferräume werden sich trotzdem nicht leeren, im Gegenteil. Während die ungarische Wirtschaft 2009 schrumpft, wird der kleine Nachbar im Norden mit dem regionalen Spitzenwert von zwei Prozent wachsen.

*Clemens Neuhold*



**Wo viel Licht, da viel Schatten:** Im reichen Europa finden sich nach wie vor Regionen, an denen der Aufschwung vorbei gegangen ist. Zu den Hinterhöfen des Kontinents zählen Albanien, ein ewiger Paria, und Transnistrien, quasi ein geschichtlicher Kollateralschaden der Wende.

## In den Hinterhöfen Europas

**E**s liegt nur ein paar Autostunden von der österreichischen Grenze entfernt, doch ferner konnte ein Land kaum je sein: Albanien, jener merkwürdige Staat, der bis in die 1980er Jahre abgeschottet am Rande der Adria lag und den man danach hauptsächlich mit Chaos und Konflikten in Zusammenhang brachte.

Mit der Zeit dürften sich die Dinge zwar beruhigt haben. Staatschef Sali Berisha hat angekündigt, noch heuer einen Antrag auf EU-Beitritt zu stellen, und die Nationalitätskonflikte auf dem Balkan scheinen endgültig Geschichte zu sein.

Doch was Albanien vom Rest Europas unterscheidet, ist – neben seinen stolzen, störrischen Bewohnern, den Skipetaren – seine überaus wechselhafte Geschichte und seine gelinde gesagt interessante Rolle in der kommunistischen Ära.

Zur vorigen Jahrhundertwende noch ein Fürstentum, verschwand Albanien bis zum Zweiten Weltkrieg abwechselnd von der Landkarte und erschien darauf wieder unter anderem als Republik und als Königreich, bis 1944 eine kommunistische Diktatur unter Enver Hoxha etabliert wurde. Das Problem: Bei der Konferenz von Jalta, wo die Siegermächte des Zweiten Weltkriegs die Nachkriegsordnung in Europa festlegten, wurde Albanien schlicht vergessen. So blieb Hoxha nicht viel mehr übrig, als sich an das damalige Jugoslawien anzulehnen und Titos Vergesellschaftungen und Bodenreformen zu übernehmen. Tito hatte damals von Stalin sogar freie Hand, Albanien zu „schlucken“, schreibt der Balkan-Historiker und Schriftsteller Milovan Djilas.

### Chinas Außenposten

Doch dazu kam es nicht, vielmehr folgte nach Stalins Tod der Bruch Hoxhas mit Chruschtschow und die Anlehnung an China mit dem denkwürdigen Effekt, dass Peking Albanien als seinen Außenposten in Europa



**Albanien hat für ein europäisches Land eine äußerst wechselhafte Geschichte, die in der seltsamen Totalabschottung in den 1970er und 1980er Jahren gipfelte. Jetzt bemüht sich Tirana um einen EU-Beitritt.** Foto: APA/David Kriegleder

aufbaute. Albanien begriff sich nun als maoistisch und wurde überdies 1967 zum ersten atheistischen Staat der Welt.

„Wir haben seit 2005 Hunderte Kriminelle vor Gericht gestellt.“

SALI BERISHA,  
ALBANISCHER  
REGIERUNGSCHEF

Das alles passierte vor der Nase des Westens, was heute kaum mehr vorstellbar ist. Durch die extreme Abschottung des Landes waren die Effekte aber denkbar gering, und in den Balkankriegen der 1990er Jahre ging alles sprichwörtlich in Rauch auf.

Heute ist Albanien noch immer eines der ärmsten und politisch instabilsten Länder Europas. Eine Tatsache, durch die die EU-Beitrittsbestrebungen Berishas in der restlichen EU eher „zurückhaltend“ aufgenommen wurden. Er hoffe allerdings, dass die Bemühungen

seines Landes im Kampf gegen Korruption und das organisierte Verbrechen von den EU-Staaten anerkannt würden, sagte Berisha. Bis 2005 seien in Albanien ganze Städte und Bezirke sowie Grenzübergänge und Häfen von kriminellen Banden kontrolliert worden. Man habe aber bisher „Hunderte Kriminelle“ vor Gericht gestellt.

Erhebliche Probleme mit Kriminalität und noch größere mit internationaler Anerkennung hat auch die Region Transnistrien, ein Restposten des Zerfalls der Sowjetunion, etwas „wohlhabender“ als das äußerst arme Moldawien, in dessen östlichem Teil es liegt. Transnistrien, das sich selbst als unabhängige Transnistrische Moldauische Republik sieht, verfügt über einen eigenen Präsidenten, eine eigene Währung und stellt eigene Pässe aus, wird aber von keinem Staat der Welt anerkannt. Als solches hat es immerhin die Mitgliedschaft in der „Gemeinschaft nicht anerkannter Staaten“ inne, eine Vereinigung ehemaliger UdSSR-Regionen, in der sich

auch Abchasien, Bergkarabach und Südossetien befinden.

Die Autonomiebestrebungen Transnistriens gehen vor allem auf die geschichtlich starke Anlehnung an Moskau zurück, die im Transnistrien-Konflikt der 1990er Jahre aufbrach. Transnistrien wollte vor allem seine großen Industriebetriebe, ein Erbe der Sowjetzeit, nicht an die Zentralregierung im mehrheitlich landwirtschaftlich geprägten Moldawien abtreten.

### Unklare Zukunft

Trotz der ausgeprägten Industrie liegt die Wirtschaft des Landes heute allerdings am Boden, da eine anarchische Verwaltung, enorme Korruption und „Privatisierungen“ durch Oligarchen die Entwicklung hemmen. Dazu kommt der florierende Schmuggel an der ukrainischen Grenze, der die Staatseinnahmen zusätzlich stark belastet.

Die Zukunft der Region ist unklar. Nachdem das Land zwar weiterhin auf seiner Unabhängigkeit beharrt, es aber auch nicht sehr von seinem ehema-

ligen Verbündeten Russland unterstützt wird, sind weitere Konflikte programmiert. Als nicht anerkannter Staat fließen auch keine offiziellen Investitionshilfen des Westens ins Land, die allesamt die Zentralregierung in Moldawien passieren müssen.

Die „Regierung“ in Transnistrien weist Züge einer autoritären Führung auf, da die letzten Wahlen nach Urteilen von Beobachtern nicht internationalen Standards entsprachen und es noch dazu weitreichende Probleme mit der Achtung der Menschenrechte und der Religionsfreiheit gibt.

Da ein eigenständiges Überleben für die 500.000-Einwohner-Region eher unwahrscheinlich ist, befürwortet der transnistrische Präsident Igor Smirnow einen Beitritt zur Russischen Föderation. Für Russland ist Transnistrien noch am ehesten wegen seiner (allerdings überalterten) Rüstungsbetriebe und der Stationierung von Truppen als Nato-Gegenpol interessant.

Arno Maierbrugger





# Osteuropa gibt's nicht mehr

In der Finanzkrise landen Tschechien mit Ungarn, die Ukraine mit Slowenien und die Slowakei mit Rumänien im Hochrisikotopf „Osteuropa“. Wirtschaftlich gesehen liegen Welten zwischen diesen Ländern.

**N**un sind sie wieder dort, wo sie herkommen, die Länder des früheren Ostblocks, sie haben ihren Ruf zurück. Wenn in den Wirtschaftsnachrichten vom „Klumpenrisiko“ Osteuropa die Rede ist und der Finanzminister in Brüssel ein „Ost-Hilfspaket“ beantragt, um heimische Banken zu retten, schwingen Rückständigkeit, Düsterei und sogar Gefahr mit. Alle Versuche, den begrifflichen Ballast des „Ostens“ abzuwerfen, misslingen: Zentral- und Osteuropa? Südosteuropa? Neue EU-Länder? Erweiterungsländer? Keine Chance, verunsicherte Bürger und Anleger wollen Schubladen: Osten bleibt Osten.

Dabei entfaltet sich die Heterogenität der Region gerade in der Finanzkrise. An der wirtschaftlichen Stabilität gemessen sind sich Tschechien und Ungarn so ähnlich wie Österreich und Italien, Estland und Slowenien wie Griechenland und Schweden. *economy* geht

mit der Lupe über eine Region, die es so nicht mehr gibt.

Neben Slowenien ist Tschechien das einzige Land mit einem Länderrating A, das ist zwei Stufen unter dem Topwert AAA. Ein Grund sind die soliden Staatsfinanzen, die Verschuldung ist mit 30 Prozent niedrig, darauf legen Analysten besonderen Wert. Das Land hat dadurch noch Spielraum, Geld in die Konjunktur zu pumpen und der Krise gegenzusteuern. Die Exporteinbrüche (vor allem Autos nach Deutschland) werden das Land voll treffen, aber weniger hart als andere Länder in der Region. Denn die Tschechen werden ihre Ausgaben auch 2009 um drei Prozent erhöhen und damit die Konjunktur stützen, erwarten die Experten vom Wiener Institut für Wirtschaftsvergleiche WIIW. Die Verschuldung der privaten Haushalte ist vergleichsweise gering, damit halten sich auch Ausfallsrisiken für die Banken in Grenzen. Für diese Zeiten ungewohnter Kommentar des WIIW: „Die tsche-

chischen Banken sind in einem guten Zustand.“

Ganz anders ist die Situation in Ungarn. Mit dem Länderrating C auf einer Stufe mit Libyen oder Mauretanien gelegen, schrammte das Land im Herbst knapp am Staatsbankrott vorbei. Grund ist ein ungesunder Cocktail aus einer Staatsverschuldung von 66 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP), stark in Fremdwährungskrediten verschuldeten Bürgern und einem Leistungsbilanzdefizit von über fünf Prozent. Letzteres bezeichnet den Überschuss von Importen zu Exporten. Um all das zu finanzieren, geben Staaten Anleihen aus. Mit einem derart schlechten Länderrating bleiben die Ungarn aber auf ihren Forint-Anleihen sitzen, darum mussten Internationaler Währungsfonds (IWF), Weltbank und EU mit 20 Mrd. Euro Krediten einspringen. Der Absturz des Forints tut sein Übriges zur Destabilisierung, weil sich dadurch die Fremdwährungskredite meist in Euro massiv verteuern. Den Banken drohen herbe Ausfälle. Nun hängt viel davon ab, wie sich die extrem verfeindeten Parteien vor den Wahlen im nächsten Jahr verhalten. Das Ruder können sie nur gemeinsam herumreißen.

## Euro hilft der Slowakei

Dank der Übernahme des Euros zu Beginn 2008 blieb der Slowakei ein Währungsverfall wie in Ungarn erspart. Doch der wäre nicht so dramatisch ausgefallen: Die Wirtschaft steht nach Jahren des Rekordwachstums auf festen Beinen, die Staatsverschuldung liegt wie in Tschechien unter 30 Prozent. 2009 soll es noch ein Wachstum von zwei Prozent geben. Das ist die beste Prognose für ein Land in dieser Region. Härter als Tschechien dürften die Slowakei aber die Einbrüche auf dem Automarkt treffen. Das Land ist wie kein anderes abhängig von der Autoindustrie. Anders als Tschechien kann das Euroland Slowakei nicht abwerten, um die Exporte im Ausland billiger zu machen und damit die Schlüsselwirtschaft anzukurbeln. Auch auf dem Arbeitsmarkt ist die Ausgangslage mit zwölf Prozent Arbeitslosen versus sechs Prozent in Tschechien deutlich



An der wirtschaftlichen Stabilität gemessen sind sich Tschechien und Ungarn so ähnlich wie Österreich und Italien. Foto: Bilderbox.com

schlechter, mit ein Grund für das Länder-Rating BB.

Von acht auf null Prozent Wachstum in einem Jahr: ein Land im Sturzflug. Nach Ungarn und Lettland musste nun auch das Karpatenland die Krisenfeuerwehr rufen. 19 Mrd. Euro von EU und IWF sollen es vor dem Finanzkollaps bewahren. Rumänien hat sich am selben Cocktail wie Ungarn vergiftet: Konsum- und Immo-

bilienrausch auf Pump, finanziert durch Kredite in Auslands-währung, schmackhaft gemacht von ausländischen Banken wie dem Platzhirsch Erste Bank. Nun rasselt der Kurs der Landeswährung Leu, und der Eurokredit wird täglich teurer. Die WIIW-Experten schließen soziale Unruhen im politisch instabilen, noch immer sehr armen Land nicht aus.

Clemens Neuhold

## Wirtschaftsdaten im Vergleich

### Tschechien

Länderrating: **A**  
Wachstum: 0,4 %  
Budgetdefizit: 2 %  
Schulden: 30 %  
Marktanteil heimischer Banken: 36 %  
Deren ausstehende Kredite: 53 Mrd.



### Rumänien

Länderrating: **C**  
Wachstum: 0 %  
Budgetdefizit: 4 %  
Schulden: 14 %  
Marktanteil heimischer Banken: 38 %  
Ihre ausstehenden Kredite: 38,2 Mrd.



### Ungarn

Länderrating: **C**  
Wachstum: -3 %  
Budgetdefizit: 3 %  
Schulden: 66 %  
Marktanteil heimischer Banken: 22 %  
Ihre ausstehenden Kredite: 32,5 Mrd.



### Kroatien

Länderrating: **B**  
Wachstum: 2 %  
Budgetdefizit: 2,5 %  
Schulden: 54 %  
Marktanteil heimischer Banken: 66 %  
Ihre ausstehenden Kredite: 35,8 Mrd.



### Slowakei

Länderrating: **BB**  
Wachstum: 2 %  
Budgetdefizit: 3 %  
Schulden: 28 %  
Marktanteil heimischer Banken: 47 %  
Ihre ausstehenden Kredite: 31,2 Mrd.



### Ukraine

Länderrating: **D**  
Wachstum: -5 %  
Budgetdefizit: - %  
Schulden: 12 %  
Marktanteil heimischer Banken: 13 %  
Ihre ausstehenden Kredite: 17,4 Mrd.



AAA = beste, D = schlechteste, Prognosen für 2009, gemessen am BIP, Angaben in Euro  
Quelle: WIIW Grafik: economy



# Katalonien – Region in Selbst(er)findung

Die Vorstellung, dass sich ein Staat nur durch Krisen oder gar Kriege umformen lässt, wird derzeit von Katalonien herausgefordert. Spaniens Vorzeigeregion ist drauf und dran, sich zu verselbstständigen.

**D**as etwa 32.000 Quadratkilometer umfassende Katalonien (in etwa so groß wie Ober- und Niederösterreich zusammen) liegt im Nordosten Spaniens, wo es an Frankreich und Andorra grenzt. Etwa ein Viertel aller spanischen Exporte kommt aus dieser – Spaniens wirtschaftlich stärkster – Region. Wirtschaftskraft und Stabilität stärken das Selbstbewusstsein und folglich die separatistischen Ambitionen des Landes.

Den diesbezüglich größten Erfolg stellt bisher das als „historisch“ begrüßte Autonomiestatut aus dem Jahr 2006 dar. Es räumt der gut sieben Mio. Einwohner zählenden Region weitreichende Selbstbestimmung hinsichtlich Bildung, Gesundheitswesen, Handel und Tourismus ein. Auch fließen mehr Steuergelder zurück nach Katalonien, das sich zudem nun offiziell „Nation“ nennen darf.

Der Kompromiss besteht darin, dass sich diese Nation immer noch im Rahmen der spanischen Verfassung von 1978 bewegt. Folglich gibt es teils scharfe Kritik von beiden Seiten. Die spanische Opposition bezichtigt Ministerpräsident José Luis Rodríguez Zapatero, den Zerfall Spaniens zu verschulden. Dieser rechtfertigt seine Politik: „Spanien ist eine Gemeinschaft, die das Andere integriert sowie Vielseitigkeit anerkennt.“ Katalanischen Nationalisten wiederum geht der Kompromiss nicht weit genug. Sie verlangen eine vollständige Loslösung von Spanien. Auch Kataloniens Republikanische Linke (ERC), die selbst am ersten Entwurf des Statuts mitarbeitete, kritisierte die endgültige Version: „Das Statut ist unzureichend für Kataloniens Bestrebungen.“

Selbst wenn diese separatistischen Ambitionen schon Jahrhunderte zurückreichen, so steht ein Großteil der aktuellen Pole-

mik in starkem Zusammenhang mit der Repression durch den Franquismus. Während der Jahre unter Francos Diktatur (1939 bis 1977) wurde jeglicher Regionalismus stark unterdrückt. Der Diktator hatte die Vision von einem einigen Spanien und duldet keine Abweichungen. So musste beispielsweise die katalanische Regierung ins Exil flüchten. Die katalanische Sprache und Bräuche wie der klassische Volkstanz, die Sardana, wurden verboten.

## Sprache als Identitätsstifter

Die Jahre der Unterdrückung haben im katalanischen Selbstbewusstsein ihre Spuren hinterlassen. Regionalismus beziehungsweise katalanischer Nationalismus sind die natürliche Reaktion auf das franquistische Unterdrückungsregime. Nationalisten finden sich nicht nur im rechten Flügel, sondern auch links außen. Seit dem Tod des Diktators werden regionale Brauchtümer, eigene Sprachen und regionale Dialekte in ganz Spanien richtiggehend zelebriert. Es herrscht ein kulturelles Aufatmen, das regionale Identität geradezu mit Demokratie gleichsetzt und als Antithese zum faschistischen Franco-Regime versteht. Katalonien identifiziert sich dabei seit jeher vor allem über seine eigene Sprache.

Bis zum 12. Jahrhundert entwickelte sich das Katalanische aus dem Lateinischen heraus zu einer eigenen Sprache mit eigener Literatur. Seit Barcelonas Fall im Erbfolgekrieg 1714 wurde die Sprache wiederholt verboten. Diese Verbote hatten starken Einfluss auf die intellektuellen Kreise in Barcelona und anderen Städten. Mit Anfang der Renaissance, in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, richtete sich die intellektuelle Aufmerksamkeit verstärkt nach innen – auf das Heimatland und die Muttersprache. Folglich



Nach jahrzehntelanger Unterdrückung durch den Franquismus entstand eine Reihe von Nationalmuseen, um die kulturelle Identität zu stärken. Foto: Gabriel Rodríguez

kristallisierten sich nicht nur nationalistische Strömungen, sondern auch ein neues Sprachselbstbewusstsein heraus.

Sprache und Nation stehen auch heute noch in direktem Zusammenhang miteinander. Katalonien lehnt sich dabei im Wesentlichen an den Nationsbegriff des deutschen Philosophen Johann Gottfried von Herder an. Stark vereinfacht heißt das, dass eine Nation aus einem Volk mit einer gemeinsamen Sprache und Kultur besteht.

Das katalanische Sprachgebiet umfasst dabei mit 68.000 Quadratkilometern doppelt so viel Fläche wie Katalonien selbst. Andorra sowie der angrenzende Teil Frankreichs, Valencia und die Balearen gehören ebenso dazu wie vereinzelt kleine Sprachinseln in Marokko und Italien. 13,5 Mio. Einwohner leben hier, von denen neun Mio. aktive beziehungsweise elf Mio. passive Sprachkompetenz besitzen.

Ein nicht unwesentliches Problem bestand nach der jahrzehntelangen Unterdrückung darin, dass die Sprache, die als Hauptidentitätsmerkmal der katalanischen Nation gedacht war,

oft nicht mehr fehlerfrei benutzt werden konnte. Während der Diktatur wurde Katalanisch oft versteckt weiterverwendet, und so wurde die Sprache nach Franco zwar noch weitestgehend verstanden und in vielen Fällen auch gesprochen, jedoch bestanden teils große Defizite im korrekten Gebrauch. Bis vor Kurzem schätzte man die Anzahl der Sprecher, die Katalanisch auch ausreichend korrekt schreiben können, nicht höher als etwa 40 Prozent.

## Millionen für eigene Sprache

Da die Sprache Hauptbestandteil der katalanischen Identität ist, investiert die Generalitat, Kataloniens autonome Regierung, jährlich Millionen in deren Verbreitung und Verwendung. 2007 beliefen sich die Gesamtausgaben auf über 156 Mio. Euro. Das Jahresbudget des Sprachministeriums ist seit seiner Gründung im Jahr 2000 um über 300 Prozent von 12,5 Mio. auf etwa 38,6 Mio. Euro für 2009 gestiegen. Dabei fließen die Mittel in verschiedenartigste Projekte wie die Erstellung von Wörterbüchern, Sprachkurse oder die Übersetzung von Kino-

filmen und anderen Medien sowie in die Verwendung des Katalanischen in der Bildung, die mittlerweile fast ausschließlich in der Landessprache durchgeführt wird.

Die Unterstützung und Vortreibung der Sprache sowie der nationalistischen Interessen stehen also an vorderster Stelle. So reagierte Präsident José Montilla auf Kritik an der katalanischen Sprachpolitik mit der Aussage: „Wir werden es nicht zulassen, dass Interessen politischer oder sonstiger Art unser Modell des linguistischen Zusammenlebens oder der Verteidigung unserer Sprache zerstören.“ Zudem wird auch längst laut über eine Weiterverhandlung des Statuts nachgedacht. Schon Pasqual Maragall, der damalige Präsident, versprach kurz nach Inkrafttreten des Autonomiestatuts, „all seine Kraft dafür einzusetzen“, dieses weiterzuentwickeln. Bleibt also abzuwarten, wie sich die politische Situation weiterentwickelt. Wer aber dieses strebsame – ja, manchmal beinahe etwas sture – Völkchen kennt, kommt nicht umhin, ihm Großes zuzutrauen.

Emanuel Riedmann



# Trockenübung für alle Eventualitäten

Europas Junge haben zwar eine bessere Ausbildung als die Generation ihrer Eltern und Großeltern. Ausreichend ist dies aber noch lange nicht. Nach Plänen der EU sollten schon die Kleinsten die Schulbank drücken.

Alexandra Riegler

Latein ist eine Basissprache, heißt es. Der Lernende plagt sich mit den Schriften von Cäsar und Cicero ab und nimmt fürs Leben ein Verständnis für Grammatik und Wortstämme mit, das bei allen romanischen Sprachen gut zu gebrauchen ist. Wer sich dann also lebende Sprachen anstatt einer toten beibringt, hat sogleich ein bisschen Wissen darüber mitgebracht, wie sich Verben beugen und Substantive deklinieren lassen. Vom Verwenden von Fremdsprachen wie Französisch in Alltagssituationen sind viele Schüler dann immer noch weit entfernt. Weil man Sprachen eben besser lernt wie ein Kind und nicht wie in der Schule.

Seit den 1970ern werden Sprachen zunehmend gesprochen gelehrt. Sprachlabore mit Kopfhörern begannen sich durchzusetzen, Grammatik wurde etwas außen vor gelassen. Mit der Lernweise von kleinen Kindern, die, in ein neues Land gesetzt, beim Sich-Aneignen der Sprache Erwachsene weit hinter sich lassen, hat dies dennoch wenig gemein.

Als weiterhin kontroversiell gilt, warum jemand Latein lernen sollte. Weil es die analytische Denkfähigkeit trainiert, sagen die einen. Das ist wissenschaftlich nicht messbar, konträr die anderen.

## Bildung im Benchmark

Bildung bringt ökonomisches Wachstum für den Staat und seine Bürger. Die Statistik spricht dazu eine klare Sprache: Länder mit höherem Bildungsniveau haben auch Bürger, die in ihren Jobs mehr verdienen. Taxifahrende Akademiker gibt es trotzdem. Dennoch, sagen Forscher, sind Leute mit Studien- und höheren Schulabschlüssen besser für wirtschaftliche Krisenzeiten gewappnet. Und wenn sie einen Job haben, verdienen sie pro zusätzlichem Ausbildungsjahr

um bis zu zehn Prozent mehr. Typischerweise finden sich die höchsten solcher privaten Renditen bei Fächern wie Rechts-, Ingenieurs- und Naturwissenschaften.

Negativ auf die Statistik wirkt, dass Studien in manchen EU-Staaten äußerst lange dauern. Dann bekommt der Staat manchmal weniger zurück, als er ausgegeben hat. In einigen europäischen Ländern ist dies im Bereich Sprach- und Kulturwissenschaften der Fall, aber auch in der Informatik und Medizin.

Von Studiengebühren werden Renditen kaum beeinträchtigt. So liegen etwa in den USA mit ihren hohen privaten Kosten für höhere Bildung die Renditen weit über jenen der EU.

## Europa studiert

Europa ist recht gut gebildet. Innerhalb der letzten drei bis vier Jahrzehnte hat die junge Generation ein höheres Ausbildungsniveau als das ihrer Eltern und Großeltern erreicht, so eine Erhebung des deutschen Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Auch der Bildungsunterschied zwischen den Geschlechtern hat sich umgekehrt: Frauen haben Männer bei den Studienzahlen überholt. Der österreichische Anteil von 53 Prozent entspricht exakt dem EU-Mittel.

Anders sehen die Zahlen bei naturwissenschaftlichen Studien inklusive Mathematik und Informatik aus. Den höchsten Anteil weiblicher Studierender verzeichnet hier Portugal mit knapp 50 Prozent. Am anderen Ende der Skala finden sich die Niederlande. Hier ist nur rund ein Fünftel der Naturwissenschaftler weiblich.

Nicht allzu gut bestellt ist es auch um die Zahl der Studien- und Schulabbrecher. Diese ist zwar im Sinken begriffen, hat im europäischen Durchschnitt aber weiterhin nicht den Wunschwert von zehn Prozent



Um europäische Schüler besser auf die Zukunft vorzubereiten, sollen etwa Fremdsprachen möglichst schon in der Volksschule unterrichtet werden. Foto: Bilderbox.com

erreicht. Anders in Österreich: Das duale Ausbildungssystem lässt den Wert auf unter zehn Prozent schrumpfen.

Weitere Systemschwächen wurden durch die sogenannten Pisa-Studien der OECD deutlich. So soll 2006 nahezu jeder vierte 15-Jährige in Europa nicht genau verstanden haben, was er in der Schule zu lesen bekommt. In Österreich liest rund ein Fünftel der Schüler mehr schlecht als recht. Mädchen halten sich besser als Buben. Die Statistik gerät dennoch traurig.

Kein Problem scheint das Thema für die Finnen darzustellen. Dort machen Leseschwache einen niedrigen einstelligen Prozentsatz aus. Experten vermuten, dass Untertitel im Fernsehen der Grund sein könnten. Auf diese Weise würde genaues Lesen laufend trainiert.

## Verstärkte Vorschulbildung

Viele Probleme könnten nach Ansicht der Europäischen Kommission mit entsprechender

Vorschulbildung beseitigt werden. Insbesondere soll sich dadurch auch der Wissensabstand vieler Migrantenkinder beim Schuleintritt verringern lassen. Entsprechend gilt das Ziel, bis 2020 90 Prozent aller Vierjährigen in irgendeiner Art von Vorschule unterzubringen. Wie diese am besten aussehen, bleibt dem Geschmack der einzelnen Staaten überlassen.

Wenn die Kleinsten dann schon die Schulbank drücken, sollten sie am besten so schnell wie möglich eine Fremdsprache lernen. Das passiert oft zwar schon, allerdings werden dafür weniger als zehn Prozent der Zeit aufgewendet.

Der Löwenanteil der Fremdsprachenvermittlung passiert damit weiterhin in der Sekundarstufe. Dass die Grenze nach unten offen ist, zeigen autonome Gemeinschaften: Dort lernen Kinder ebenso wie im deutschsprechenden Teil Belgiens bereits ab drei Jahren eine Alternative zur Muttersprache.

Für EU-Bildungskommissar Ján Figel steht außer Zweifel, dass sich Schulen dringend zu verändern haben: „Weil wir unsere junge Generation auf Jobs vorbereiten müssen, die noch nicht einmal existieren“, erklärt Figel. Dazu zählen für ihn unter anderem die Förderung mathematischer Fähigkeiten sowie eine verbesserte Lehrerausbildung.

Einige Antworten auf Fragen der Zukunft erhoffen sich deutsche Gymnasiasten und deren Eltern wieder vom Unterrichtsfach Latein. Dort werden Teenager seit einigen Jahren wieder verstärkt in den Lateinunterricht geschickt. Die Verständigungsform der alten Römer würde vielerorts gar nicht wegen des besseren Sprachverständnisses gewählt, heißt es, sondern weil diese dabei politische Zusammenhänge besser verstehen lernen. Und weil das „Angstfach“ Französisch für manche einfach zu knifflig wurde.



# Was machst du da in Polen?

Studieren in Mittel- und Osteuropa ist nichts Außergewöhnliches mehr. Ein Hauch Exotik bleibt aber trotzdem.

**Anna Weidenholzer**

Die Frage nach dem Warum ist eine, die Studierende, die sich für ein Auslandssemester in Osteuropa entschieden haben, lange begleitet. So auch Senta Schmatzberger: „Viele haben gemeint, ich spinne. Wollten wissen, was ich in Polen mache. Mittlerweile sind die Reaktionen positiver geworden, aber vielleicht wird das auch in Deutschland anders bewertet.“ Ein Semester hat die heute 25-Jährige in Warschau studiert, mittlerweile hat sie ihr Politikwissenschaft-Studium an der Universität Salzburg beendet und lebt in Köln.

Ein oder zwei Semester an einer polnischen Universität zu studieren, dazu haben sich im vergangenen Studienjahr rund 70 Studierende in ganz Österreich entschieden. Das sind deutlich mehr als noch vor sechs Jahren, als sich nur 21 Studenten zu einigen Monaten in Polen entschlossen hatten. Andere mittel- und osteuropäische Länder liefern ähnliches Zahlenmaterial. Zufrieden ist man an offizieller Stelle mit

diesem Zuwachs allerdings noch nicht. „Wir haben bei den osteuropäischen Ländern eine kontinuierliche Steigerung, aber wir sind noch nicht da, wo wir hinwollen“, sagt Christoph Ramoser, Leiter der Abteilung für Internationalisierung der Hochschulen im Wissenschaftsministerium.

## Gut im Lebenslauf

Zum Vergleich: Rund 830 österreichische Studenten waren es, die im vergangenen Studienjahr an einer spanischen Hochschule studiert haben. Fast 20 Jahre nach dem Ende des Ostblocks haftet einem Studium in Mittel- und Osteuropa noch immer ein Hauch Exotik an. Spanien steht bei den Auslandspräferenzen österreichischer Studierender neben Großbritannien, Frankreich und Italien noch immer an oberster Stelle. „Im Lebenslauf macht sich ein osteuropäisches Land aber auf jeden Fall interessanter. Einen Bewerber zu haben, der Polnisch, Tschechisch oder Ungarisch kann, ist sicher spannender als noch jemand, der Französisch kann“, sagt Ra-



**Studienplätze in Osteuropa gibt es über die Austauschprogramme Ceepus und Erasmus. Vorlesungen und Seminare werden oft auch auf Englisch angeboten.** Foto: APA/Poln. Fremdenverkehrsamt

moser. Mit ein Grund, warum sich Studenten zunehmend für ein oder mehrere Semester in Osteuropa entscheiden. Neben fachlichem Interesse und Vertiefung der Sprachkenntnisse sind die Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt ausschlaggebender Grund für die Wahl des Studienorts.

Fehlende Sprachkenntnisse dürften es aber auch sein, die viele vor einem Studium abseits der gängigen Zielländer abschrecken. Sprachliche Grund-

kenntnisse lassen sich in ein bis zwei Semestern allerdings leicht aneignen. Zudem bieten viele Hochschulen für ausländische Studierende auch Kurse auf Englisch an. „Ich habe während meines Auslandssemesters Sprachkurse besucht, die Vorlesungen und Seminare waren alle auf Englisch oder Deutsch“, erzählt Senta Schmatzberger.

Bei österreichischen Studierenden, die sich an eine slawische Sprache wagen, erfreut sich das Nachbarland Tsche-

chien großer Beliebtheit. Knapp 130 Hochschüler haben dort vergangenes Studienjahr ein oder mehrere Semester verbracht. „Bei Prag, Budapest und Ljubljana ist es mit der Exotik nicht mehr weit her“, meint Ramoser. Vergleichsweise wenige trauen sich da noch nach Südosteuropa. „Wenn in Mazedonien sechs Österreicher studieren, ist das aber nicht wenig. Dort hatten wir jahrzehntlang überhaupt niemanden.“

[www.oead.at](http://www.oead.at)

## Notiz Block



### Trainee-Plätze bei Orange

Motivierten Universitäts- oder Fachhochschulabsolventen aller Studienrichtungen mit ersten Berufserfahrungen in Form von Praktika bietet Orange ab Sommer 2009 eine Karrierechance.

Im Rahmen eines neuen, zweijährigen Traineeprogramms werden die zwei erfolgreichsten Bewerber unterschiedliche Unternehmensbereiche durchlaufen – von Customer Care über Finance bis zu Marketing, Sales und Technik. Top-Führungskräfte bei Orange wie Orange-

Österreich-Chef Michael Krammer oder Finanzchef Christian Fuchs nehmen die Mobilfunkmanager von morgen „unter ihre Fittiche“ und bieten ihnen ein persönliches Coaching. „Wir freuen uns, Jungakademikern mit unserer Initiative eine Starthilfe zu bieten. Das Orange-Trainee-Programm bietet gerade in Hinblick auf die schwierige Arbeitsmarktsituation für junge Menschen eine einmalige Chance. Orange erwartet sich im Gegenzug frische Ideen und vollen Einsatz der neuen Talente“, so Krammer. Bewerbungen unter: [Ich\\_werde\\_Manager@orange.co.at](mailto:Ich_werde_Manager@orange.co.at).

### Wenn Manager Lego spielen

Lego Serious Play – so heißt das, wenn Manager Lego spielen dürfen – wird in der Unternehmensentwicklung in unterschiedlichen Situationen und Entwicklungsphasen einge-

setzt. Der hohe Wert der Interventionsmethode liegt in der Integration von Arbeit und Spiel. Dadurch wird nicht nur die Entwicklung erfolgreicher Strategien ermöglicht, sondern deren Umsetzung gleichzeitig erlebbar gemacht. Die Interventionsmethode erlaubt es, ein kompliziertes Unternehmensnetzwerk aus abstrakten Ideen und Beziehungen für alle Mitarbeiter konkreter, sichtbarer, greifbarer und darum leichter verständlich zu machen. Der Grundgedanke ist, dass durch das „Denken mit Händen“ kreative Energien, Denkformen und Sichtweisen aktiviert werden, von denen viele Erwachsene nicht einmal ahnen, dass sie diese besitzen. Manager und Mitarbeiter von Nycomed, Henkel, den ÖBB, Schwarzkopf oder One (Orange) haben bereits unter der Leitung des Lego-Serious-Play-Lizenznehmers Management-Impulse „gespielt“.

[www.management-impulse.com](http://www.management-impulse.com)

### Lehrer erlernen Oracle

Oracle lässt seinen Ausbilderlehrgang der Oracle Academy erstmalig in Österreich stattfinden. Der Lehrgang richtet sich an Lehrer. Der Ausbilderlehrgang ist ein intensives Programm zur beruflichen Entwicklung, in dessen Rahmen Lehrkräfte darauf vorbereitet werden, die technologischen und betriebswirtschaftlichen Bildungsinhalte der Oracle Academy zu unterrichten. Die Bildungsinhalte mit den Schwerpunkten Datenbank-Design und -Programmierung werden über zwei Semester an allgemeinbildenden Schulen, Fachhochschulen und Berufsschulen vermittelt. Die teilnehmenden Lehrer absolvieren einen zweimonatigen Online-Kurs im Umfang von 40 Stunden. Der Kurs umfasst Tests und wöchentliche Gespräche mit einem Mentor der Oracle Academy. [kl](http://kl)  
<https://academy.oracle.com>

## Leben

# Heimische Managerinnen weit zurück

Bereits zum achten Mal ließ der Management-Beratungsdienstleister Accenture eine Frauenstudie erstellen: Die Frage „Sind Frauen fit für die Führungsebene?“ wurde in 18 europäischen Ländern mittels Online-Befragung von Managern untersucht. Ergebnis: Die Österreicherinnen sind zwar motiviert, aber viel zu wenig selbstbewusst.

**Christine Wahlmüller**

Die gute Nachricht ist: Es gibt sie, die erfolgreichen Managerinnen. Frauen wie Petra Jenner, seit Februar neue Geschäftsführerin von Microsoft Österreich (siehe Interview Seite 13), Margarete Schramböck, Geschäftsführerin von Nextira One, neuerdings auch für Deutschland verantwortlich, ÖVP-Vorzeigefrau Maria Fekter, streitbare Innenministerin, Claudia Oszwald, Geschäftsführerin von H&M Österreich, Janet Kath, Inhaberin und Geschäftsführerin von Interio Möbel, Martha Oberndorfer, Geschäftsführerin der Bundesfinanzierungsagentur und in dieser Position erstmals als Frau tätig, oder Brigitte Ederer, Generaldirektorin und Vorstandsvorsitzende von Siemens Österreich.

Allerdings sind Frauen in Top-Positionen nach wie vor eher die Ausnahme. Gründe sind eine nach wie vor männerdominierte Gesellschaft, vor allem im deutschsprachigen Raum, und die Tatsache, dass Frauen oft aufgrund von Babypause und nachfolgender Kinderbetreuung auf Top-Position und Karriere verzichten (müssen).

## Wenig Förderung für Frauen

Dabei „sind Frauen fit für die Führungsebene und motiviert, sich den Herausforderungen zu stellen. Sie werden aber in ihren Karriereansprüchen noch nicht ernst genug genommen und dementsprechend auch nicht ausreichend gefördert“, betonte Heidemarie Schutt, Mitglied der Geschäftsführung von Accenture Österreich bei der Präsentation der brandneuen Frauenstudie *Untapped Potential: Stretching toward the Future*. Befragt wurden 3600 Managerinnen und Manager aus mittelständischen und großen Unternehmen in weltweit 18 Ländern. 200 Österreicher waren bei der groß angelegten Online-Befragung Ende 2008 mit dabei.

Mehr als die Hälfte der befragten Managerinnen (54 Prozent) fühlt sich im Job nicht wirklich herausgefordert.



**Laut jüngster Erhebung der Arbeiterkammer gibt es nur 4,6 Prozent Geschäftsführerinnen in den heimischen Top-200-Unternehmen.** Foto: Photos.com

Nichtsdestotrotz empfinden sich sechs von zehn Frauen als „erfolgreich“ oder sogar „sehr erfolgreich“. Erfolg ist jedenfalls mit Herausforderung gekoppelt, zeigt die Studie. Sehr erfolgreiche Managerinnen fordern sich selbst heraus: 81 Prozent geben an, dass sie zusätzliche Verantwortung und Herausforderungen annehmen, um ihre Karriere voranzutreiben. Drei Viertel fordern sich regelmäßig außerhalb ihrer „Comfort Zone“ (Österreicherinnen nur zu 58 Prozent). 65 Prozent der sehr erfolgreichen Frauen bitten ihren Vorgesetzten regelmäßig um neue Herausforderungen, aber nur etwas mehr als ein Drittel der heimischen Managerinnen macht das (38 Prozent).

## Schwellenländer voran

Während 90 Prozent aller Mexikaner und 89 Prozent der Brasilianer auf ihre Fähigkeiten vertrauen, zeigen sich die Österreicher mit 74 Prozent deutlich

weniger selbstbewusst. Trotzdem ist die Bereitschaft, dazuzulernen, in Österreich mit 35 Prozent eher mager. „Das ist vor allem angesichts der Wirtschaftskrise unverständlich“, kommentierte Schutt das Ergebnis. Führungspersönlichkeiten aus Brasilien (86 Prozent), Mexiko (69 Prozent) oder Indien (70 Prozent) zeigen eine viel höhere Lernbereitschaft.

Als Karriereerfolgskriterien nennt Schutt einerseits den Umgang mit Technologie und deren Nutzung sowie Mentoring: Allerdings werden Mentoring-Programme trotz intensivem Angebot nur von 14 Prozent der befragten Frauen genutzt. Familie, Freunde oder Arbeitskollegen werden eher um Rat gefragt.

In der heiklen Frage der Gehaltserhöhung sind Frauen viel zu bescheiden: „Frauen fordern in fast allen Ländern – Ausnahme Russland und Brasilien – wesentlich seltener Gehalts-

erhöhungen ein als Männer“, betont Schutt. In Österreich haben zwar schon 56 Prozent der männlichen, aber nur 48 Prozent der weiblichen Führungskräfte eine Gehaltserhöhung gefordert. Noch schlimmer ist es um das Selbstbewusstsein in puncto Beförderung bestellt, hier sind die heimischen Manager fast Schlusslicht unter den 18 Ländern. Nur 33 Prozent der Männer und gar nur 27 Prozent der Frauen haben bis dato nach einer Beförderung gefragt. Als Fazit der Studie fordert Schutt daher die Unternehmen auf, „auf das weibliche Potenzial nicht zu verzichten, sondern Frauen mehr zu fördern.“

Laut einer Studie des Frauenministeriums aus dem Jahr 2006 lag der Frauenanteil in der höchsten Führungsebene bei 11,3 Prozent. Gut ein Drittel (32,5 Prozent) steht dafür immerhin als Abteilungsleiterinnen in der „zweiten Reihe“. Eine brandneue Erhebung

der Wiener Arbeiterkammer (AK), für die die Top-200-Unternehmen in Österreich untersucht wurden, ortet keinen Fortschritt: Sowohl der Frauenanteil in der Geschäftsführung als auch im Aufsichtsrat stagniert. In der Geschäftsführung liegt der Frauenanteil bei nur 4,6 Prozent, im Aufsichtsrat ist knapp jedes zehnte Mitglied eine Frau. Die AK fordert daher gesetzliche Maßnahmen, um die Präsenz von Frauen in den Aufsichts- und Verwaltungsräten von Unternehmen zu erhöhen. In einer Reihe von Staaten (skandinavische Länder, Spanien, Frankreich, Schweiz) sind Geschlechterquoten bereits in Kraft getreten oder geplant. Die Quotenregelungen zur Vertretung beider Geschlechter im Aufsichtsrat reichen dabei von 20 bis 40 Prozent.

## Karriere oder Kinder

„Viele Frauen wollen gar keine Führungsposition“, meint Petra Jenner, seit Februar neue Geschäftsführerin von Microsoft Österreich, im Gespräch mit *economy*. Die gebürtige Deutsche verfügt über 22 Jahre Erfahrung in der IT-Branche, in den letzten elf Jahren war sie in einer Führungsposition tätig. Vor Microsoft war sie seit 2004 im Management des israelisch-amerikanischen Sicherheitsspezialisten und Firewall-Herstellers Check Point tätig.

Sie habe nie das Gefühl gehabt, besser sein zu müssen als ihre männlichen Kollegen, betont Jenner. Aber gerade als Frau müsse man sich schon die Frage stellen: Was will ich wirklich? Es sei immer noch die Entscheidung: Karriere oder Kinder. Jenner selbst hat keine Kinder. Jungen Frauen mit Karriereambitionen empfiehlt die 44-Jährige, „Weltoffenheit, flexibel und offen zu sein für Neues. Ich halte es auch für wichtig, sich möglichst international auszurichten.“ Überraschend ist Jenners positive Einstellung zu Österreich: als Frau wäre es eher möglich hier Karriere zu machen als in einem anderen Land.

# Leben

## Im Test: Banken-Websites

Nur weil die „gefühlte Krise“ die Republik erfasst hat, heißt das nicht, dass die Österreicher kein Geld zum Veranlagen haben. Wo bekommt man also die besten Infos über Kapitalmärkte und Veranlagungsmöglichkeiten im Internet her?

Die Großbanken bieten hauptsächlich Infos zu den eigenen Produkten und Dienstleistungen auf den Homepages. Erste Bank ([www.sparkasse.at](http://www.sparkasse.at)) und Bank Austria ([www.bankaustria.at](http://www.bankaustria.at)) warten vor allem mit volksnahen Features wie Anlage/Entnahme-Rechner, Vorsorge-, Bauspar-, Kredit-, Leasing-, Bauspardarlehens- und Rate-statt-Miete-Rechner sowie Immobilien-Finanzierungs- und -Kosten-Rechner auf. Der Bawag-Haushaltsbudgetrechner führt einem vor Augen, was man nicht wissen will: zu viel Monat, wenn das Geld schon aus ist. Ein nützliches Sammelsurium für die Basics findet sich auch auf [www.wuestenrot.at](http://www.wuestenrot.at):



**wuestenrot.at:** Das Lexikon bringt Bausparen, Darlehen und Versicherung näher, die acht Online-Rechner umfassen auch Berechnungstools für Kfz-Prämie, Haushalts- und Eigenheim- oder Rechtsschutz-Versicherung.

**Raiffeisen ([www.raiffeisen.at](http://www.raiffeisen.at))** bietet unter dem Menüpunkt „Börse & Kurse“ sehr brauchbare Datenbanken für „Fortgeschrittene“: einen Überblick über die Entwicklung der wichtigsten Indizes,

Währungen, Indikationen, Zinsen sowie Rohstoffe, Kurslisten zu vielen Börsen, unter anderem Wien, Xetra, London, NYSE und Nasdaq, als auch einen prall gefüllten Nachrichten-Feed. Es gibt einen Unterpunkt „Hinweise zu aktuellen Emissionen“, das Börselexikon bedient zumindest den ersten Wissensdurst. Ähnlich aufgebaut ist die Site der Volksbank ([www.volksbank.at](http://www.volksbank.at)), hier finden sich zusätzlich volkswirtschaftliche Daten. Mit einem

Börse-Podcast, dem RSS-Feed-Artikelservice und einem Öko-Energie-Blog geben sich die Giebelkreuzer modern.

Ein Schwenk zu den Privatbanken verrät: Hier gilt Diskretion. Gute Tools bietet Sal. Oppenheim ([www.oppenheim.at](http://www.oppenheim.at)). Der Interessent kann sich weiterklicken, etwa zu [www.oppenheim-derivate.at](http://www.oppenheim-derivate.at), wo es zu derivativen Finanzinstrumenten eine umfangreiche Produktübersicht gibt, eine FAQ-Rubrik, Infos zu Recht und

Steuern, einen Aktien-Anleihenrechner und einen Bonus-Rechner. Auf der Einstiegsseite der Capital Bank ([www.capitalbank.at](http://www.capitalbank.at)) sticht eines sofort ins Auge: „Informationen für unsere Kunden zur Finanzkrise“. Es öffnet sich aber lediglich ein Brief in PDF-Form.

Die RCB als Zertifikate-Emittent hat naturgemäß einen Fundus dazu im Netz ([www.rcb.at](http://www.rcb.at)). Die Produkte lassen sich nach Neuemissionen, Optionsscheinen, Turbo-, Index-, Discount-, Garantie-, Bonus-, Outperformance- und sonstigen Zertifikaten suchen, sowie nach Anlageregion.

Auf [www.direktanlage.at](http://www.direktanlage.at) ist alles da, was man von einer Direktbank erwartet: Marktnachrichten, aktuelle Index-Stände, Top/Flop-Rankings, Charts, Unternehmenskalender, Daten zu Anleihen, Devisen, Futures und Zinsen, Musterdepot-Funktion bis zum Börsenspiel. F.: Photos.com

Linda Kappel

## Warenkorb



● **Schlanke Kiste.** Die Größe des neuen Compaq CQ2000 Mini Desktop PC macht nur ein Drittel eines gewöhnlichen Towers aus. Dennoch muss er sich mit seinem Intel Atom 230-Prozessor, einem Gigabyte Arbeitsspeicher, einer Festplattenkapazität von 160 Gigabyte und einem optischen DVD-RW-Laufwerk bei der Leistung nicht verstecken. Damit gibt es neben den Mini-Notebooks jetzt auch eine standhafte Alternative. Preis: ab 299 Euro.



● **Ostermausi.** Noch nicht das Richtige für das Osternest gefunden? Bitte sehr! Die LS1 Laser-Maus von Logitech verfügt über die bewährte Laser-Technologie, die eine flüssige und exakte Steuerung des Mauszeigers auf nahezu allen Oberflächen garantieren soll. Der Anschluss erfolgt klassisch per USB-Kabel. Der Preis ist mehr als osternestgerecht: runde 25 Eier. Die erhältlichen Farben: schwarz, berry, aqua und acid (v.l.n.r.) – nicht im Bild: pink.



● **Verlängerte Werkbank.** Samsung bringt mit dem Lapfit-Monitor mit dem nichtssagenden Namen Syncmaster LD220 eine neue Display-Kategorie auf den Markt. Das Display lässt sich auf gleicher Höhe neben ein Notebook stellen, um dessen Bildschirmbereich zu erweitern. Als 21,5 Zoll-Zweitbildschirm im 16:9-Format soll das Display die Produktivität und die Arbeit bei Anwendungen, die eine hohe Bildschirmauflösung erfordern, erleichtern. Preis: 249 Euro.



● **Der Shuffle, der sprechen kann.** Man kann über Apple geteilter Meinung sein. Nur, wer hätte sich gedacht, dass der iPod Shuffle noch kleiner werden kann? Abgesehen davon hat er das meistkritisierte Manko, das fehlende Display, durch eine Sprachwiedergabe von Titel, Interpret und Wiedergabelisten (auf Deutsch) mehr als wettgemacht. Einzig die Gefahr des Nichtfindens in Hand- oder Jackentaschen hat sich vergrößert. Ein Tipp: Kopfhörer nie abstecken. Preis: 79 Euro für vier Gigabyte in Silber oder Schwarz.

● **Musik liegt in der Luft.** Die neue kabellose iPod-Dockingstation AIR-SA20PK von Sony ist für designverliebte Musik-Fans, die ihren Lieblingsliedern auf dem iPod nicht nur unterwegs lauschen möchten, sondern das Musikvergnügen ohne Kopfhörer auf den Ohren auch in den eigenen vier Wänden fortsetzen möchten, genau das Richtige: Zu Hause angekommen, den iPod an die Dockingstation angeschlossen, und schon ertönt die Musik durch die ganze Wohnung. Preis: 399 Euro. kl Fotos: Hersteller



# Leben

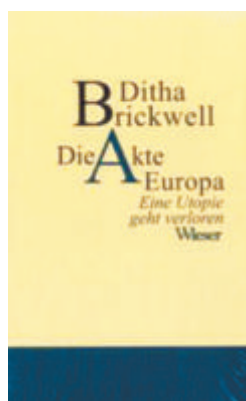
## Buch der Woche

### Eine poetische Kritik des EU-Kapitalismus

Ditha Brickwell schreibt Romane. Bis vor Kurzem war sie auch Bankerin in Berlin, aber von jener Sorte, die Geld für Stadtentwicklungsprojekte aufreibt. Da hatte sie viel mit Brüssel zu tun.

All das trägt dazu bei, dass sich Brickwells Europa-Essay von anderen politisch-ökonomisch-philosophischen Abhandlungen unterscheidet. Brickwell beschreibt die Hoffnungen und Abstrusitäten, die mit der Europäischen

Union verbunden sind, voller Poesie. Eine Kostprobe: „Ich sehe sie, ein Heer von Schwankenden, die Ich-Existenzen und Gelegenheitswirker und die jungen, noch nicht Hineingekommenen, dazu die aus den Randregionen Europas Entlassenen – die Westdriftenden, ja, und die Weltdriftenden, hereingespült aus den ausgebeuteten, ausgehungerten Ländern anderswo.“



Das Buch entstand lange vor den aktuellen Krisenerscheinungen und erhielt 2007 einen Anerkennungspreis des Bruno-

Kreisky-Preises für das politische Buch. Und dennoch wirkt der Essay aktuell.

Das ist der Trumpf und die Schwäche des Buches zugleich. Bei einem Satz wie „Die virtuellen Geldkreisläufe sind die Tornado-Rüssel der Konzentrationswirtschaft, die mit wachsender Kraft unsere

Lebensmittel zerstören“ kann man sich alles vorstellen oder gar nichts. Auch die Utopie der Autorin klingt ein wenig luftig: Eine wirtschaftsgegründete Menschengesellschaft wünscht sie. Das ist wie alter Wein in neuen Wörtern. In sehr poetischen Wörtern, mit einem märchenhaften Ende. *me Ditha Brickwell: Die Akte Europa. Eine Utopie geht verloren. Wieser, 2007, 14,80 Euro ISBN: 978-3-85129-688-4*

## Schnappschuss

### Preisverleihung Öko-Business-Plan



Bereits zum fünften Mal prämierte die Stadt Wien Unternehmen, die sich durch besonders innovative Umweltprojekte auszeichnen. Vier Unternehmen konnten sich durchsetzen und durften bei der Gala im Wiener Rathaus die begehrte Auszeichnung der Stadt Wien im Rahmen des Öko-Business-Plans Wien entgegennehmen. Mit der Vergabe dieses Preises werden Projekte und Ideen gewürdigt, die Betriebe entwickelt und umgesetzt haben, um Energie, Abfall und Ressourcen einzusparen. Auch bewusstseinsbildende Maßnahmen oder soziale Aspekte einer nachhaltigen Betriebsführung wurden berücksichtigt. Gewinner sind das Boutiquehotel Stadthalle für das Ziel der Nullenergiebilanz, T-Systems Austria für das Green-Dynamics-Modell in der IT, Kraft Food Österreich für die primäre Nutzung der Schiene und NXP Semiconductors für den Einsatz von Strom sparender LED-Technologie beim Zusammenkleben von Handy-Minilautsprechern. *kl* Foto: Stadt Wien

## Termine

● **Kreative Ökonomie.** Mit dem Ende des Industriezeitalters werden die Creative Industries von Regierungen weltweit als wirtschaftliches Hoffungsgebiet beschworen. Kreativität wird dabei als unerschöpfliche Ressource, gar als „Öl des 21. Jahrhunderts“ mystifiziert. Diskutiert wird über die Creative Cities am 31. März zwischen 14 und 20 Uhr beim ÖI-Symposium im Radio-Kulturhaus in Wien. Der Eintritt ist frei.

● **Corporate E-Learning.** Mitarbeiterkompetenzen tragen maßgeblich zum Erfolg von Unternehmen bei. Betriebe setzen dabei zunehmend auf E-Learning. Das neue Weiterbildungsprogramm der Akademie für Bildungstechnologien und Innovation an der Donau-Universität Krems soll jene Fähigkeiten vermitteln, die für eine effiziente betriebliche Aus- und Weiterbildung notwendig sind. Das Seminar „E-Learning Startup“ bildet am 15. April den Auftakt des neuen Weiterbildungsangebotes.

[www.donau-uni.ac.at/abi](http://www.donau-uni.ac.at/abi)

● **Tag der Innovation.** Am 7. Mai ist Innovation Day: „Eine Initiative von Microsoft Österreich zur Förderung des qualitativ hochwertigen Dialogs zwischen Forschung, Wirtschaft und Politik im Sinne eines erfolgreichen IT- und Wirtschaftsstandortes Österreich“ steht auf der Einladung zu lesen. Die Details zur Veranstaltung standen zu Redaktionsschluss noch nicht fest, werden aber in Kürze bekannt gegeben. Der Veranstaltungsort: Microsoft Innovation Center in Wien.

[www.microsoft.com/austria/innovation](http://www.microsoft.com/austria/innovation)

## Tipp: Mobiler Seelen-Striptease

Nach einigen Jahren hat das soziale Netzwerk Facebook nun auch in Österreich voll eingeschlagen. Facebook ist nicht nur bei den Unter-30-Jährigen total angesagt, sondern hat ebenso die Neugierde der Generationen darüber geweckt. Die Folge des weltweiten Erfolgs: Der Freizeit-Killer Facebook hält mittlerweile Einzug in

die Hosentasche. Der Seelen-Striptease ist nun selbst unterwegs sofort und überall möglich: Facebook-Applikation auf dem Smartphone geöffnet, schnell ein Foto geschossen, kommentiert, die auf dem Foto abgebildeten Freunde „getaggt“, also mit Facebook-Identität markiert und innerhalb von Sekunden gepostet. Statusmeldungen,

die sich meist auf das momentane Befinden beziehen, werden genauso schnell der ganzen Community mitgeteilt. Was für die einen Daten-Voyeurismus pur ist, ist für die anderen eine lieb gewonnene Freizeitbeschäftigung und eine Möglichkeit, mit Freunden in Kontakt zu bleiben. Der Nutzer und Gestalter ist, wie immer, sein eigenes Werkzeug. Was man daraus macht, bleibt jedem selbst überlas-

sen. Man kann es verbocken oder Spaß daran haben. Auf den Autor dieser Zeilen trifft Letzteres zu. *kl* F.: Facereview.com



## Karriere

● **Stephan Holzapfel** (38) verstärkt ab sofort die Geschäftsführung der Ertrag & Sicherheit (E&S) Investmentfondsberatung in Graz. Holzapfel ist seit über zehn Jahren in leitender Position bei E&S tätig, seit 2006 als Prokurist, und war maßgeblich am Unternehmenserfolg der letzten Jahre beteiligt. Foto: E&S



● Die Leitung des Fachvertriebs im Geschäftsbereich **Infrastructure Solutions** hat **Christoph Kranzler** (52) bei S&T für die Region DACH übernommen. Bis vor Kurzem war Kranzler für ALSO als Head of Sales und Marketing tätig. Davor war er Geschäftsführer von Magirus Austria. Karrierestart: 1974 bei ITT. Foto: S&T



● **Wilfried Lechner** leitet seit Anfang 2009 das Team rund um das SMS.at-Tochterunternehmen für Marketing Services mit Sitz in Wien. Der erfahrene Marketing- und Kommunikationsprofi war zuletzt als Projekt- und Sales-Manager bei Telekom Austria und davor als Business Manager bei EMI Music tätig. Foto: SMS.at



● **Thomas Muchar** verstärkt seit Kurzem die Geschäftsführung der Raiffeisen Informatik Beteiligungs-GmbH, einer 100-prozentigen Tochter von Raiffeisen Informatik in den Bereichen Beteiligungscontrolling und Finanzen. Muchar begann seine Karriere 2001 bei GUB Venture Capital als Finanzanalyst. Foto: RI



● Seit Februar verantwortet **Rainer Schamberger** als Mitglied der Geschäftsleitung von CSC Austria den Bereich Financial Services. Schamberger ist seit mehr als 15 Jahren im österreichischen Financial-Services-Sektor tätig. Er war zuletzt Board Member der Region DACH bei First Data International. *kl* Foto: CSC Austria



**Arno Maierbrugger**

## Die Union auf dem Prüfstand



Schon lange hat man auf der heimischen Politbühne nichts mehr von den EU-Kritikern gehört. Was ist los? Wo bleibt das Gemosere über den Teuro, die Gurkenkrümmung und die Blutschokolade? Über die Bürokratie in Brüssel und die zentralistischen Entscheidungen? Der Grund wird sein, dass sogar dem reaktionärsten Provinzpolitiker ein Licht aufgegangen sein dürfte, dass das vereinte Europa sich in einer schlimmen Krise wie zurzeit den Umständen entsprechend offenbar bewährt. Nicht auszuden-

ken, wenn Europa immer noch aus fiskalpolitisch souveränen Einzelstaaten mit jeweils eigener Währung bestünde – die Krise würde etwa den Schilling schneller entwerten, als der österreichische Finanzminister einen Krisen-Unterausschuss zusammenstellen könnte. Jeder Staat müsste vor dem Hintergrund volatiler Währungen seinen eigenen Bankenrettungsplan und sein eigenes Konjunkturpaket schnüren. So aber können Brüssel und die EZB in konzertierten Aktionen in die Realwirtschaft eingreifen und ein Soft Landing versuchen. Nicht umsonst hat es europäische Staaten außerhalb der EU besonders schlimm getroffen, allen voran Island. Nachdem Großbritannien durch seine Extrawürste mit dem unabhängigen Pfund die Rechnung präsentiert bekommen hat, liegt das Schicksal Europas nun in den Händen Deutschlands und Frankreichs. Die hoffentlich Antworten auf die Krise finden.

**Alexandra Riegler**

## Aufraffen zur Pole Position



Ein Bekannter sagte kürzlich: „Hier bei uns tun sie ja nichts. Sie warten nur.“ In den USA, meinte er damit, krepelt Präsident Barack Obama die Ärmel seiner Landsleute hoch. Und Europa, gebeutelt von einer Krise, die in Übersee ihren Ausgang nahm, schaut zu – mehr oder weniger.

Den Führungsanspruch haben die USA nach dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr abgegeben. Jetzt aber erlebt dieser eine Rundeerneuerung im Hauruck-Stil. Und das trotz einer Krise, die niemanden kalt lässt. „Wir

werden ganz vorne sein“, sagt Obama, und Aufbruchstimmung wogt durchs Land. Das Ende der Wirtschaftskrise wird sich zwar nicht herbeireden lassen. Aber das Land könnte eine Veränderung von innen heraus erleben wie schon lange nicht mehr. In den USA mögen traditionell die risikofreudigeren Leute daheim sein, überhaupt und so auch beim Thema Forschungsförderung; es scheint, als würde das große Ziel seltener aus den Augen verloren werden. Auf der anderen Seite finden Gründe dafür, warum nicht Europa an der Spitze stehen, einen Führungsanspruch für sich definieren und diesen auch wirklich leben sollte, meist nur Europäer selbst. Amerikaner würden eine Welt mit Europa an der Forschungsspitze zwar nicht begrüßen, furchtbar überraschen würde es sie aber auch nicht. Europa hingegen würde ziemlich erstaunt sein. Und man fragt sich: Warum eigentlich?



783 EU-Abgeordnete kümmern sich um das Wohl von 492 Millionen Einwohnern. Eine Prognose für die Juni-Wahlen scheint gewiss: Die Wahlbeteiligung wird gering ausfallen. Foto: APA/Bernhard J. Holzner

## Europa in den Köpfen

Informationsoffensive soll für Stimmung „pro Europa“ sorgen.

**Michael Liebming**

Für eine Abendveranstaltung, die anlässlich des Europatages am 9. Mai 2008 in Österreich stattfand, sollten einzelne EU-Abgeordnete via Videoclip die Gäste in ihrer jeweiligen Landessprache begrüßen und dazu ihre Landesflagge in Händen halten. So weit die relativ einfache Pflichtübung für die 27 Repräsentanten eines gemeinsamen Europas der Vielfalt.

Doch die Dreharbeiten in Straßburg gestalteten sich prekär. Der Südtiroler weigerte sich sowohl Italienisch zu sprechen als auch die grün-weiß-rote Fahne anzugreifen. Der Volksvertreter aus Bayern erkundigte sich nach dem blau-weißen Rautenbanner, während der Schotte sich zierte, die Repräsentanz für das Vereinigte Königreich zu übernehmen. Die Belgierin

verwies auf den Unterschied zwischen Flamen und Wallonen, erklärte sich aber doch noch bereit, den belgischen Part zu übernehmen. An diesem Tag präsentierte sich ein Europa der Regionen, wobei das verbündete Denken nicht einmal bis zur eigenen Staatsgrenze reichte.

### Begrenztes Denken

Irgendwie erweckte das Ganze den Eindruck, dass ein vereintes Europa nicht einmal in den Köpfen jener angekommen ist, die es verkörpern. Zugegeben, Europa als Einheit im Jahre 2009 ergibt sowieso ein äußerst skurriles Abbild. Da schlägt beispielsweise Frankreichs Präsident Nicolas Sarkozy den französischen Autokonzernen vor, ihre Werke in Tschechien zu schließen, um die nationale Produktion zu stärken. Da nimmt die Schweiz eher eine Rolle wie

Gallien im Comic *Asterix* ein. Da verwehren nationalstaatliche Überlegungen (Stichwort: Slowenien) anderen Europäern (Kroaten) aufgrund territorialer Ansprüche den Zutritt zur Gemeinschaft.

Und mal ganz ehrlich: Wer kennt derzeit all unsere 18 politischen Vertreter in Brüssel und Straßburg namentlich? Da passt es durchaus ins Bild, dass die EU anlässlich der bevorstehenden Europawahlen im Juni eine Informationsoffensive startet. Bleibt noch die Frage, ob in drei Monaten wirklich die am höchsten qualifizierten Politiker antreten werden, die den Leitgedanken EU auch (vor)leben? Solange nämlich ein gemeinsames Europa nicht in den Köpfen von deren Vertretern verankert ist, wird es schwer werden, dieses „Projekt“ öffentlichkeitswirksam zu vermarkten.

## Consultant's Corner

### The new old Europe

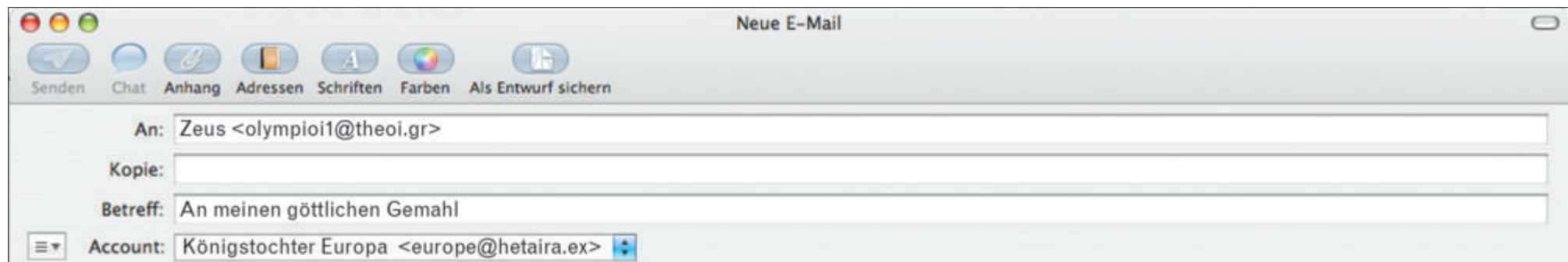
Europe is in danger of losing its creative juices through self-selected isolationism. Austria's courage and entrepreneurship in investing in the CEE region fueled the economies but more importantly, provided recognition and hope. Interest in learning local languages and understanding the cultures may be due to a shared past but the commitment is still noteworthy. If Austria had not invested, perhaps the EU may have asked all western countries to provide substantive support, perhaps the EBRD would have stepped in. Instead private business led and is now critically



viewed by those with slower growth rates, those now choosing isolationism, local jobs for locals only. In 2000 economist Jeffrey Frankel pointed out that the greatest number of patents were in the USA, but the greatest number of university graduates were in Europe. It seems isolationism, protectionism cut off the creative interchange. Immigration offered the US its competitive advantage. In 2009 President Obama wants a closer relationship with Europe. But can Europe have a close relationship with itself?

Lydia J. Goutas, Lehner Executive Partners





# An meinen göttlichen Gemahl

Mein – sicher noch immer – prachtvoller Ur, mein verbotener, heimlicher Gemahl!

Lang ist's her, da Du mit mir meiner morgenländischen Heimat entschwammst. Auch schon eine kleine Ewigkeit ist vergangen, seit Du als höchster Weltenlenker zurückgetreten bist. Haderst Du noch mit Deinem Los als Frühpensionist? Ist das der Grund, warum Du meine letzten Briefe nicht beantwortet hast? Wenn ja, kann ich Dir nur raten, einmal einen Blick über Deine Informationsbarriere zu werfen. Dein Nachfolger hat es keineswegs leichter als Du. Auf dem Papier deklarieren sich die meisten Bewohner der Gegend, die wir beide einst „entdeckt“ haben, als seine gläubigen Gefolgsleute. Allein, in der Praxis – es ist unbeschreiblich: Du kämst mit dem Donnergrollen und Blitzeschleudern gar nicht mehr nach.

Weil herkömmliche Post Dich anscheinend nicht mehr erreicht, habe ich Deine neue „andere“ Adresse ausfindig gemacht. Du bedienst Dich also auch der „zauberischen“ Methode, Nachrichten ohne Papyrus und Melan zu schreiben und ohne Boten zu schicken. Falls Du es noch nicht weißt: Die neue Art des Briefverkehrs funktioniert im Prinzip durch die geheimnisvollen Kräfte des Bernsteins, den Du noch als „Elektron“ kennst.

Was ich Dir mitteilen will: Unsere Nachkommen machen mir Sorgen. Ich bin froh, dass wenigstens unsere zwei Älteren – Minos und Rhadamanthys – pragmatisiert sind und da unten einen todsicheren Job haben. Aber die anderen ... Wie viele Bewohner dieses Kontinents, glaubst Du, stammen von den beiden ab? Kann vielleicht

Urania einmal nachrechnen? Daraus erklärt sich vielleicht, warum die Menschen des Erdteils, der nach mir benannt ist – oder wurde ich nach ihm benannt; es ist schon so lange her; kann Mneme einmal nachschauen? – mit unseren Kindern und Kindeskindern deren Eigenschaften teilen.

Denn die Menschen treiben es wie weiland unsere Herren Söhne, die Totenrichter und Gesetzgeber der Unterwelt. Sie verabschieden Gesetze, perfekt für die Toten, aber unbrauchbar für die Lebenden. Sie zerstreiten und versöhnen sich ohn' Unterlass, nur um sich von Neuem zu entzweien. Mit derselben Handbewegung brechen sie Streit vom Zaun und schlichten ihn. Geschwisterzwist und Einigkeit, Verrat und Treue, Erfindergeist und Torheit – in jeder Generation wiederholten sich im Abendland die Geschehisse.

Was mich aber über die Maßen erzürnt, wenn ich an unser Abenteuer zurückdenke, ist die verderbte Undankbarkeit unserer Nachkömmlinge. Von weit sind wir damals hergekommen, Du, mein Stier, mit mir am Rücken. Als Flüchtlinge kamen wir übers Wasser und wurden freundlich aufgenommen. Du, als oberster Schutzherr der Gastfreundschaft, genosset sie selber. Und heute? Würden wir schwimmend nicht an die Gestade gelangen, die wir einst entdeckt; denn wer es versucht, wird abgefangen, abgewiesen und abgeschoben.

Und was mich noch zorniger macht: Sie sind dabei, die wahrhaft einzigartige Errungenschaft ihrer Ahnen preiszugeben: die Offenheit allem Wissbaren gegenüber, ohne Ansehen von Nutzen, Zweck und Vorteil. So wie die Weisen des Morgenlandes erkannten, dass das Ziel im Weg gebahrt

wird, kristallisierten sich die ureigenen Lebensformen der Abendländer um eine tiefe Einsicht: Denken ist das wahre Wissen. Wahrheit lässt sich nie besitzen; Erkenntnis ist ewiges Geschehen. Und Du selbst hast dieser Einsicht göttliche Gestalt in Deiner Tochter Pallas verliehen, der mädchenhaften Schöpferin der Wissenschaften. Diese Ehrfurcht der offenen Weite allem Wissenswerten gegenüber kannten die Araber noch, Treuhänder des versunkenen griechischen Schatzes. Denn schon einmal war diese Offenheit des geistigen Horizonts in Gefahr, als die Gelehrten der Alten Welt ausstarben, Papyri und Schriftrollen verloren gingen. Damals wurde das hellenische Wissen von den Völkerschaften des Morgenlandes bewahrt und verbreitete sich über Iberien wieder über den Kontinent seines Ursprungs.

Nun aber droht weit Schlimmeres: Erkenntnis soll wie Ware erzeugt, besessen und verschachert werden. Doch was sich rechnet, ist nicht Wissen, sondern Schläue. Langsam schlägt der Puls der Weisheit, der Keim großer Entdeckungen reift Generationen lang. Und alle epochalen Funde auf dem Feld der Forschung waren ein Geschenk der Muße. Athene schenkt, sie lässt sich nicht bestechen. Der Wissensschatz ist eine geistige Wesenheit, lässt sich weder berechnend mehr noch verscherbeln.

Doch längst sind andre Mädchen, wagemutig wie ich einst, auf neu erschienener Stiere Rücken gestiegen und tragen die Fackel weiter, bevor im Abendland die Nacht des Geistes anbricht. Die reine Neugier war es einst, die mich auf Deinen Rücken steigen und auf Dir schwimmend die Gefilde erreichen ließ, die seither nach mir heißen, versichert Dir

*Deine Europa*

P. S.: Ich weiß, dass Du, Zeus, den Ruhestand genießt. Doch willst Du eine Freude mir bereiten, erweise Deinem Ruf noch einmal Ehre. Lass es gewaltig donnern und blitzen inmitten der Heuchler und Frevler. Mach ihnen klar, dass man mit dem Namen Deiner Geliebten so nicht umgeht!



Foto: Photos.com



*Als Schreibknecht der schönen Europa fungierte der Philosoph und Universalgelehrte Harald Edelbauer.*

# Impulse für Spitzenforschung

FIT-IT unterstützt exzellente österreichische Forschungs Kooperationen für bahnbrechende IT-Projekte.

**Gerhard Scholz**

„And the winner is ...“ Nein, Oscar wurde am 4. März dieses Jahres im Wiener Technischen Museum keiner verliehen. Denn an diesem Abend drehte sich alles um Forschung, Innovation und Technologie für die Informationstechnologie, kurz um FIT-IT, das Impulsprogramm des Bundesministeriums für Verkehr, Innovation und Technologie (BMVIT). Gemeinsam mit der Österreichischen Forschungsförderungsgesellschaft (FFG) prämierte das BMVIT die besten Projekte all jener, die es 2008 geschafft haben, in das FIT-IT-Programm aufgenommen zu werden.

## Suche nach Exzellenz

FIT-IT verfolgt das Ziel, die Entwicklung bahnbrechender neuer Informationstechnologie bis zum funktionierenden Prototyp am Standort Österreich zu stimulieren. Dafür sucht FIT-IT Innovationen, die – auf einen längerfristigen Zeithorizont von drei bis acht Jahren gesehen – grundlegende technologische Durchbrüche bringen können. Dadurch sollen in Österreich die Wettbewerbsfähigkeit der Forschung gestärkt und substantielle wirtschaftliche Poten-



Georg Niklfeld von der FFG (rechts) prämierte die besten Projekte 2008 und betonte, dass alle Projekte, die den FIT-IT-Förderzuschlag erhalten haben, sich als Gewinner fühlen dürfen. Foto: bmvit

ziale erschlossen werden. Ein wesentlicher Grundgedanke von FIT-IT ist die Kooperation von Forschung und Industrie, die sich in der Konzentration auf innovative Themen und in der Bildung von Clustern manifestiert. Weiters sollen die Qualifikation österreichischer Forscher angehoben und die internationale Rezeption der heimischen Forschungsszene verbessert werden. Zu diesem Zweck fördert FIT-IT anspruchsvolle kooperative Forschungsprojekte

zwischen Forschungseinrichtungen und Informations- und Kommunikationstechnologie-Unternehmen in derzeit fünf thematischen Programmlinien: Embedded Systems, Semantic Systems and Services, Systems on Chip, Visual Computing und Trust in IT Systems.

Im Jahr 2008 wurden 60 Projekte eingereicht, von denen schließlich 26 ausgewählt wurden. Diese umfassen Projektkosten von insgesamt 18,2 Mio. Euro, die durch FIT-IT mit 11,4

Mio. Euro gefördert werden. Um das Streben nach Exzellenz noch extra herauszustreichen, ist es schon Tradition, dass BMVIT und FFG in den jeweiligen Programmlinien die Jahresbesten küren und prämiieren. Doch wie Kerstin Zimmermann vom BMVIT und Georg Niklfeld, Programmleiter von FIT-IT bei der FFG, einhellig betonten, dürfen sich alle Projekte, die den Förderzuschlag erhalten haben, als Gewinner fühlen. Denn nicht einmal die

Hälfte aller Bewerber schaffte diese Hürde vor den Augen der gestrengen Jury internationaler Experten, die die eingereichten Projekte genauestens unter die Lupe nahm, um ein exzellentes Qualitätsniveau der letztlich geförderten sicherzustellen.

## Gemeinsam für Europa

Die Förderung in den fünf programmatischen Themenbereichen macht aber nur die Hälfte der 22 Mio. Euro Förderungen aus, die unter dem Schirm von FIT-IT 2008 in Summe vergeben wurden. Als neues Förderinstrument hat die EU im 7. EU-Forschungsrahmenprogramm Joint Technology Initiatives (JTI) eingerichtet, die als Public Private Partnerships die strategische Entwicklung wichtiger Technologiebereiche in Europa vorantreiben sollen.

FIT-IT beteiligt sich an der Technologieplattform für Embedded Computing Systems Artemis und an der Nanoelektronik-Initiative Eniac. In den ersten Ausschreibungen 2008 konnten bereits acht Mio. Euro an Fördergeld für österreichische Bewerber vergeben werden. Die zweite Ausschreibungsrunde wurde Anfang März gestartet.

[www.ffg.at/fit-it](http://www.ffg.at/fit-it)

## Die Preisträger der besten Projektanträge 2008 im Förderprogramm FIT-IT

### Embedded Systems

Ziel des Projekts Clic (Closed-Loop Integration of Cognition, Communication and Control) ist die Integration von Echtzeit-Bilderfassung und adaptiver Bewegungssteuerung auf Basis synchroner Kommunikation. Die kombinierte Anwendung dieser Bereiche erlaubt innovative Steuerstrategien und Sicherheitsmechanismen. Clic ist ein Gemeinschaftsprojekt von TTTech Computertechnik in Wien mit der Alpen-Adria Universität Klagenfurt und den Instituten für Technische Informatik sowie für Automatisierungs- und Regelungstechnik der TU Wien.

### Semantic Systems

Das Österreichische Forschungsinstitut für Artificial Intelligence (OFAI) entwickelt gemeinsam mit Bronner Online (der Internet-Version von *Der Standard*) das Projekt Magnificent (Multifaceted Analysis of News Articles for Intelligent User- and Context-Sensitive Presentation), das die Benutzerpräferenzen von Zeitungslesern auf ein Online-Medium übertragen will. Das soll auf der Modellierung des typischen Leseflusses eines Benutzers sowie auf dessen Präferenz für bestimmte Artikel beruhen. Die personalisierte Präsentation von Inhalten ist dabei ein entscheidender Vorteil gegenüber Printmedien.

### Systems on Chip

Das Projekt VHD will die Limitierungen von kontaktlosen Smartcards und Near Field Communication im Bereich der Transaktionszeit durchbrechen. Das erfordert radikal neue Konzepte im Bereich der IC-Architektur. Dieser Innovationsschritt eröffnet neue Anwendungen im Bereich elektronischer Reisepässe, elektronischer Gesundheitskarten oder Multimedia-NFC. VHD wird als Kooperation von NXP Semiconductors Austria, dem Institut für Elektronik der TU Graz, dem Institut für Vernetzte und Eingebettete Systeme der Universität Klagenfurt und Hardware Software Design der FH OÖ am Campus Hagenberg betrieben.

### Visual Computing

Die extrem wachsende Anzahl von Videoüberwachungssystemen im öffentlichen Raum erfordert neue automatische Analysemethoden. Das Projekt Outlier (Online and Unattended Learning for Implicit Event Recognition) erforscht und entwickelt computergestützte selbstlernende Kameras, die ungewöhnliche Situationen im Abgleich mit gewöhnlichen erkennen. Diese intelligenten Kameras werden für Verkehrsmonitoring oder die Überwachung öffentlicher Plätze eingesetzt. Projektpartner von Outlier sind Joanneum Research, das Institut für maschinelles Sehen und Darstellen der TU Graz und Siemens Österreich.

### Trust in IT Systems

Infineon Technologies Austria und das Institut für Elektronik der TU Graz arbeiten gemeinsam an dem Projekt Puckmaes (Physically UnCloneable Key-Material Extraction on Silicon). Zur Identifikation von Objekten wurden bisher auf RFID-Chips eindeutige Werte abgespeichert. Der neue Ansatz mit „physically uncloneable functions“ lässt signifikante Vorteile bezüglich Sicherheit und Kosten erwarten, da nun chipindividuelle Werte und kryptografische Schlüssel aus kleinsten Schwankungen von Materialeigenschaften gewonnen werden können.

## Special Innovation

# Geschäfte richtig managen

Serviceorientierte Architektur, kurz SOA, kann nur dann ein wirkungsvolles Werkzeug fürs Business sein, wenn man erkennt, dass ihr Einsatz ein erfolgreiches Geschäftsprozessmanagement voraussetzt.

Sonja Gerstl

SOA ist tot! Diese nüchterne Kurzformel stellte die renommierte Burton-Group-Analystin Anne Thomas Manes zu Beginn dieses Jahres in ihrem Blog auf. Droht dem Konzept der serviceorientierten Architekturen ein ähnliches Schicksal wie so vielen Trendthemen in der Informationstechnologie (IT)? Zudem steht die Frage im Raum, an welchen Punkten SOA-Projekte scheitern.

Es hat den Anschein, als ob die IT-Abteilungen in den Unternehmen einen Kardinalfehler weiterpflegen. Sie behandeln Themen wie SOA und Integration fast nur aus der technischen Perspektive und laufen Gefahr, sich in den Details der technischen Debatten zu verlaufen. Dabei verlieren sie das Grundsätzliche aus den Augen. Statt der erhofften Vorteile müssen Unternehmen letztlich noch mehr Anwendungssilos mit noch mehr Spaghetti-Integrationscode verwalten.

## Lösungen anbieten

Das muss aber nicht so sein. Erfahrungen aus Anwenderprojekten von IDS Scheer mit dem Schwerpunkt SOA oder Integrationstechniken wie EAI (Enterprise Application Integration) zeigen, dass Unternehmen stets erfolgreich sind, wenn sie sich der Thematik von der Geschäftsprozessseite her nähern. Mit Blick auf Integrationsszenarien und SOA bedeutet diese Vorgabe, dass man die Aufgabe nicht allein technologisch sehen darf. Das Ziel heißt letztlich, den Nutzern eine durchgängige Lösung anzubieten – vom Management der Geschäftsprozesse bis hin zu weitgehend automatischen Umsetzungen in die operative Steuerung über mehrere Anwendungskomponenten und/oder Services, wie sie die Lösungen der Aris Business Performance Edition unterstützen.

Im Rahmen von Integrations-szenarien deckt die Reihenfolge

von Datenübergaben zwischen Software-Blöcken oder -Services den technischen Aspekt eines Prozesses ab. Über den realen Anwendungsbezug liefert diese Verknüpfung keine Aussagen. Wer sich auf diesen Beschreibungsweg verlässt, nimmt in Kauf, dass Prozessschwächen zementiert werden und der gesamte Ablauf sich aufbläht. Erst die Prozessperspektive macht den Blick auf die Optimierung frei. Eine moderne Geschäftsprozessmanagement (BPM)-Lösung wie die Aris Plattform belässt es nicht bei Analyse und Design der Geschäftsprozesse, sondern umfasst Features zur Planung von IT-Änderungen wie Konsolidierung der IT-Infrastrukturen, Rationalisierung von Anwendungen oder Anwendungsservices und Zusammenführung unterschiedlicher IT-Systeme. Im Rahmen von



Oft genug verläuft man sich als Unternehmer in Formeln zum Erfolg, aber erst die Prozessperspektive macht den Blick auf eine potenzielle Optimierung frei. Foto: Photos.com

SOA-basierten Lösungsszenarien hilft die Repository-gestützte Abbildung fachlicher Prozesse und IT-Services, geeignete Services für Unternehmensprozesse zu identifizieren,

zu schneiden oder zu bündeln, sodass Wiederverwendbarkeit und Optimierung gesichert sind. Mit anderen Worten: SOA aus der technischen Perspektive mag in der Tat an Appeal

verloren haben. Unter der Federführung des BPM lebt der Service-Gedanke jedoch weiter und kann sich für Firmen doch noch auszahlen.

[www.ids-scheer.at](http://www.ids-scheer.at)

## Unternehmensziele erreichen

Branchenspezifische Lösungen als neue Perspektive für serviceorientierte Architekturen.

Unter dem Namen „Smart Business INsight“ hat IBM Global Business Services eine Reihe von branchenspezifischen Studien erstellt, die Unternehmen dabei helfen sollen, strategische Initiativen zu identifizieren und zu priorisieren sowie Ziele für diese zu definieren. Hier werden Trends und zukünftige Herausforderungen der jeweiligen Branchen dahingehend analysiert, wie serviceorientierte Architektur (SOA) dabei helfen kann, angesichts sich schnell ändernder Rahmenbedingungen neue Geschäftsziele zu erreichen.

Den Smart-Business-INsight-Studien werden darüber hinaus sogenannte Key Agility Indicators an die Seite gestellt, die Firmen bei der Analyse unterstützen, wie schnell sie auf Wechsel im Vergleich zum Wettbewerb reagieren können. Diese Indika-

toren können in den WebSphere Business Modeler importiert werden, sie nutzen damit die Vorteile des Business-Process-Management-Angebotes.

## Angebot testen

Unternehmen können diese identifizierten Initiativen mithilfe der branchenspezifischen Lösungen von IBM bestehend aus Services, Software und Hardware und basierend auf offenen Standards umsetzen. Gemeinsam mit Business-Partnern fügt IBM seinem bestehenden Portfolio zudem neue Business Frameworks hinzu, darunter solche für die Integration der Produktentwicklung sowie für die Petrochemie und die öffentliche Sicherheit. Die Smart SOA Sandbox von IBM begleitet Unternehmen darüber hinaus von der Planungs- in die Umsetzungsphase. Sie bietet eine Um-



Flexibilität ist in Zeiten eines sich beständig ändernden Marktumfeldes Voraussetzung für geschäftlichen Erfolg. Foto: Photos.com

gebung, in der Anwendungen vor dem konkreten Einsatz getestet werden können. Sie besteht aus Software-Vollversionen und gehosteten Umgebungen, in denen

man zunächst die SOA-Expertise und Ausbildung aufbauen kann, ohne dass eine lokale Installation nötig wird. sog

[www.ibm.at](http://www.ibm.at)

## Special Innovation

# Optimale Arbeitsabläufe

Dokumentenmanagement und der effiziente Einsatz von Ausgabegeräten helfen Geld und Zeit zu sparen.

**Sonja Gerstl**

Kosteneinsparungen, Effizienzsteigerung und Flexibilität sind im heutigen Büroumfeld wichtiger denn je. Die Büroinfrastruktur der Dokumentenausgabe sieht bei vielen Unternehmen – laut Erhebungen von Xerox – durchschnittlich ein Ausgabegerät für jeden zweiten Mitarbeiter vor. Diese Geräte werden im Schnitt allerdings lediglich 15 Minuten eines normalen Arbeitstages genutzt. Für Unternehmen fallen üblicherweise pro Büromitarbeiter etwa 600 bis 800 Euro jährlich für die Dokumentenausgabe an.

„Durch die Implementierung eines effizienten Managements und eine Optimierung der Gerätelandschaft können Unternehmen zehn bis 30 Prozent ihrer Druckkosten einsparen“, ist Sandra Kolleth, Geschäftsführerin von Xerox Global Services in Österreich, überzeugt. Xerox Office Services unterstützt Unternehmen, ihre Dokumentenausgabe und die damit verbundenen Kosten aufzuzeigen und nachhaltig transparent zu gestalten. Eine Erhebung,

um den tatsächlichen Stand der Druckumgebung zu ermitteln, bildet die Basis für weitere Optimierungen. „Gemeinsam mit Unternehmen entwickeln und realisieren wir Prozesse und Konzepte für die Druckausgabe, um so in weiterer Folge kontinuierliche Produktivitäts- und Rentabilitätssteigerungen zu erzielen“, erklärt Kolleth.

### Vereinfachte Abläufe

Eine Lösung zur Verbesserung der Arbeitsabläufe im Büroalltag stellt die Xerox Extensible Interface Platform (EIP) dar. Damit haben Unternehmen die Möglichkeit, Abläufe rund um die Druckausgabe effizient und individuell anzupassen. Auf dem Touchscreen-Steuerpult können via EIP spezielle Menüs mit benutzerspezifischen Funktionen ohne viel Aufwand hinzugefügt werden. Diese vereinfachten Abläufe wie etwa Erfassung, Speicherung, Nutzung, Weiterleitung und Verwaltung von Informationen. So hat der Benutzer beispielsweise die Möglichkeit, via Knopfdruck eine Rechnung an die richtige Abteilung weiterzulei-



**Durchschnittlich 15 Minuten pro Tag verbringen Büromitarbeiter vor dem Drucker. Im Normalfall ist es so, dass sich zwei Mitarbeiter ein Ausgabegerät teilen.** Foto: Photos.com

ten, ohne weitere Eingaben tätigen zu müssen. „Mit EIP gelingt es, Workflows effizient zu unterstützen“, so Kolleth. Dass Xerox Global Services führend im Bereich Managed Print Services

ist, bestärkt auch die aktuelle Studie des Marktforschungsinstitutes Gartner. In den Reports „Magic Quadrants for Managed Print Services Worldwide“ und „Magic Quadrants for MFP's

and Printers Worldwide“ wird Xerox von Gartner in den Bereichen Managed Print Services und Drucker als Leader im Magic Quadrant positioniert.

[www.xerox.at](http://www.xerox.at)

# Ökonomie und Effizienz für Unternehmen

Die Zukunft von serviceorientierter Architektur in den Betrieben liegt in einer umsichtigen Governance.

Service-Orientierung der Services ist angesagt. Die Idee vom Baukasten, mit dem man aus vielen kleinen, leicht handhabbaren Steinen eine Plattform für die flexible Abwicklung komplexer Geschäftsprozesse baut, fasziniert IT-Manager als auch Business-Entscheider.

### Levels kontrollieren

Die Eigenschaften von SOA (serviceorientierter Architektur) wurden in den letzten Jahren hoch gelobt und zum Non-plusultra erklärt. Aber was daran ist Wirklichkeit und was Wunschdenken? Diese durchaus kritische Frage stellt man sich bei Raiffeisen Informatik. Hersteller versprechen, dass SOA Unternehmen hilft, die Verfügbarkeit, Leistung und Effektivität der eingesetzten Business-Services und -Anwendungen zu

verbessern. Hewlett-Packard hebt unter anderem eine erleichterte Einbindung von ITSM (IT-Service-Management)-Methoden hervor. Dahinter steht das grundsätzliche Ziel, Service-Levels in einer SOA wirksamer kontrollieren zu können. „Bei der Umsetzung zeigt sich nicht selten, dass die Vorstellung einer SOA in der IT etwas völlig anderes sein kann, als das Business erwartet“, erklärt Ursula Freiseisen, die Unternehmenssprecherin von Raiffeisen Informatik.

Um den Komplex „Integration und SOA“ näher zu betrachten, sollte man sich daher zunächst einmal klar machen, was mit der Integration erreicht werden soll. Eine Prozesskoordination ist an sich innerhalb von Unternehmen hinreichend schwierig. Daher dürfe bezweifelt werden,



**Auch die Service-Orientierung von Services will geplant sein, sonst versinkt man weiterhin in Zettelwirtschaft.** Foto: Photos.com

dass SOA auf wundersame Art und Weise eine Prozessintegration spontan herbeiführt. Dabei ist das Potenzial von SOA hinsichtlich Effizienzsteigerung in der IT allgemein anerkannt.

Offen ist hingegen in den meisten Firmen, wer den Aufbau einer SOA initiiert. Wer hat den Überblick über das große Ganze? Wer definiert die einzelnen Services, aus denen sich letzt-

lich der konkrete Nutzen des Baukastens ergibt? Und wer sorgt dafür, dass die Übersetzung von Prozessmodellen in Services auch stimmig ist?

### Virtuelles Hosting

Fazit bei Raiffeisen Informatik: SOA-Governance heißt die Herausforderung – Architektur-Management ist das Mittel der Wahl. „SOA-Entwickler können Service-Provider, -Consumer und andere Produkte auf unterschiedlichen virtuellen Maschinen hosten. Dies bietet erhebliche Produktivitätsgewinne für die Entwickler, die damit komplexe SOA-Systeme einrichten können, ohne sich um die physikalischen Maschinen oder die Auswirkungen auf andere Entwickler sorgen zu müssen“, so Freiseisen. [sog](http://sog)

[www.raiffeiseninformatik.at](http://www.raiffeiseninformatik.at)



## Special Innovation

# Sichere Unternehmensdaten

Das Verschicken von E-Mails im Internet ist alles andere als sicher. Security-Lösungen, die einen verschlüsselten Austausch von Informationen über elektronische Kommunikationswege gewährleisten, sorgen dafür, dass heikle Unternehmensdaten unterwegs nicht gelesen oder gar verändert werden können. Und das mit Garantie.

**Sonja Gerstl**

Auch wenn viele von uns es nicht wirklich wahrhaben wollen: Das Sicherheitsniveau einer über das Internet versendeten E-Mail entspricht in etwa jenem einer mit Bleistift geschriebenen Postkarte.

1. Es gibt keine Garantie, wer sie erhält. 2. Sie kann während der Übermittlung gelesen werden. 3. Sie kann unbemerkt verändert werden.

Was für private Nutzer dieser Art des Kommunikationsaustauschs im Falle einer Manipulation bereits äußerst unangenehme Folgen hat, kann für Unternehmen mitunter enorme geschäftliche Nachteile mit sich bringen oder sie im schlimmsten Fall die Existenz kosten.

## Sicheres Business

GME, also Group Mail Encryption, verschlüsselt und signiert E-Mails und steigert so ganz wesentlich die Sicherheit des Mail-Verkehrs. Eingesetzt wird sie zum Beispiel schon in der Raiffeisen Gruppe. Patrick Höbart, Security-Verantwortlicher von Raiffeisen Informatik: „Die Verschlüsselung bietet die Möglichkeit, vertrauliche E-Mails sicher über das Internet zu versenden, und ist somit Basis für sichere Business-Kommunikation.“

Die Verschlüsselung einer E-Mail ist denkbar einfach, sprich: benutzerfreundlich. Der Versender wählt durch Anklicken einer Checkbox in seinem Mail-Programm aus, dass die



Vielen Usern ist nicht bewusst, dass eine E-Mail, sobald sie ihren Weg übers Internet antritt, nicht selbstverständlich beim Empfänger landet. Hinzu kommt, dass diese unterwegs auch gelesen oder inhaltlich verändert werden kann. Foto: Photos.com

Nachricht verschlüsselt und signiert werden soll. Der Rest geschieht automatisch im Hintergrund des Programms. Das bedeutet, die E-Mail gelangt zum sogenannten Secure Mail Gateway, wo die eigentliche Verschlüsselung letztendlich erfolgt.

Die Verschlüsselung wird dabei durch den Einsatz von X.509-Zertifikaten gewährleistet. „Die E-Mail-Verschlüsselungslösung der RZB benötigt keine zusätz-

liche Software-Installation“, erklärt Höbart. „Unternehmen, die bereits ein System besitzen, das Zertifikate unterstützt, können direkt miteinander kommunizieren. Ist das nicht der Fall, wird eine Secure Mailbox zum Austausch vertraulicher Daten zur Verfügung gestellt.“

## Einfache Handhabung

Für den Empfänger der verschlüsselten E-Mails ergeben sich – abhängig davon, ob er

ein entsprechendes Zertifikat besitzt oder nicht – zwei Szenarien: Besitzt er ein Zertifikat, wird die Nachricht direkt in seine Inbox zugestellt. Die Entschlüsselung erfolgt am Mailserver beziehungsweise Client des Empfängers. Besitzt der Empfänger kein Zertifikat, kann er die Nachricht von der Secure Mail Box abholen. Diese erfüllt die Aufgabe eines sicheren Postfachs. Der Empfänger erhält eine Mail, dass eine verschlü-

selte Nachricht vorliegt, und verbindet sich mit der Secure Mail Box. Nach erfolgreicher Identifizierung kann er seine Mails lesen und bearbeiten.

Raiffeisen selbst erledigt seinen internen Mailverkehr übrigens nicht über das Internet, sondern über ein eigenes Konzernnetzwerk. Aus sicherheitstechnischen Gründen kommt aber auch intern eine Verschlüsselung zum Einsatz.

[www.raiffeiseninformatik.at](http://www.raiffeiseninformatik.at)

1999 | 2009

10 Jahre **economyaustria.at**

BMW<sub>F</sub><sup>a</sup>



Das Special Innovation wird von der Plattform **economyaustria** finanziert. Die inhaltliche Verantwortung liegt bei **economy**. Redaktion: Ernst Brandstetter

## Special Innovation

# Mobiles Entertainment

Die neue Generation der Smartphones eröffnet neue Anwendungsmöglichkeiten – beruflich und privat.

Sonja Gerstl

Der Herr im Wartezimmer der Zahnarztordination scheint sich prächtig zu amüsieren. Mit einem breiten Grinsen starrt er auf das Display seines Smartphones. Und, nein, er hat keine besonders originelle SMS bekommen, er schaut sich ein Video aus dem Internet an.

Nachdem sich in den letzten Jahren im Internet erfolgreiche Geschäftsmodelle entwickelt haben und zahlreiche Medienhäuser hohe Zuwachsraten hinsichtlich der Werbeerlöse aus Online-Portalen erreichen konnten, stehen nun mobile Anwendungen vor dem Durchbruch.

## Mobile Information

Ein Grund dafür sind die neuen Smartphones rund um iPhone und Co, die zuletzt auf den Markt gekommen sind. Erstmals ist es mit diesen Handsets möglich, komfortabel und usergerecht auf Internet-Portalen zu surfen und eine Vielzahl von Anwendungen sinnvoll auf dem „Handy“ (das es kaum mehr ist) zu nutzen. Nicht nur Office-Programme, die seit dem BlackBerry in den Management-Ebenen schon seit Jahren den mobilen Zugang zum Büro ermöglichen, sondern auch Unterhaltung und Information sind über die neuen Handsets einfach und intuitiv zu bedienen. Zudem sind die Datenübertragungsraten rasant gestiegen. Mittlerweile werden auch große Datenpakete – wie etwa Videos – annähernd gleich schnell über den mobilen Datentransfer übertragen, wie es User vom festen Internet gewohnt sind. Natürlich kommen hier auch die Flat-Tarife dieser Entwicklung entgegen. Marcus Hebein, Geschäftsführer von APA-Multimedia: „Medienhäuser gehen nun daran, ihre Inhalte auch über mobile Portale verfügbar zu machen. Schließlich handelt es sich hierbei nicht mehr um einen Nischenmarkt, sondern um eine ernst zu nehmende Zielgruppe, die beim Kampf um Marktanteile eine wichtige Rolle spielt.“

Zudem erwarten die Branche neue Herausforderungen. So sind „Location Based Services“ ab jetzt nicht nur theo-



Moderne Smartphones und ein kostengünstiger, mobiler Internet-Zugang fördern die Entwicklung neuer mobiler Anwendungen jenseits von E-Mail und Kalender. Foto: Photos.com

retisch, sondern auch praktisch möglich. Dem User werden Inhalte aller Art bereitgestellt, die auf den Standort des Benutzers zugeschnitten sind und ihm In-

fos aller Art rund um seinen Standort liefern. „Inhalte werden künftig nicht mehr nur über einen Kanal vertrieben, es wird eine Vielzahl sein, und der mo-

bile Bereich über Handy oder Smartphone wird für bestimmte Medien eine hohe Relevanz haben. Der Konsument ist immer und überall erreichbar –

entsprechend müssen auch die Inhalte für diesen Kanal aufbereitet sein“, so Hebein. Bei APA-Multimedia läuft derzeit eine Reihe von Projekten, in denen es primär um die Verknüpfung von Inhalten aller Art mit Zusatzinformationen geht.

Hebein: „Unter anderem sollen von den Hunderten Texten, Fotos, Videos und Grafiken, die jeden Tag produziert werden, möglichst viele mit einheitlichen Geocodes versehen werden, um diese später auf Plattformen aller Art völlig neu darstellen zu können. Bei diesen Projekten gilt es auch viele Fragen im redaktionellen Workflow als auch in der technischen Bereitstellung zu lösen.“

Zudem arbeitet die Austria Presse Agentur seit mehreren Jahren im Minds-Konsortium (Mobile Information and News Data Services), einem Zusammenschluss internationaler Nachrichtenagenturen, an der Entwicklung von mobilen Services mit. Einen Arbeitsschwerpunkt stellt dort das Thema „Video“ dar – ein Topseller unter den mobilen Services.

[www.multimedia.apa.at](http://www.multimedia.apa.at)

## Smarte Lösungen für Firmen

Benutzerfreundliche Kommunikationsnetzwerke unterstützen mobile Mitarbeiter.

Mobilität zählt zu den Markenzeichen des modernen Arbeitsalltags. Nahezu alle Mitarbeiter eines Unternehmens sind bis zu einem bestimmten Grad innerhalb und außerhalb der Firma mobil tätig – sei es der Manager, der Arbeit mit nach Hause nimmt, oder der Vertriebsmitarbeiter, der Kunden besucht. Gebraucht werden also effiziente Lösungen, die den individuellen Bedürfnissen aller Mitarbeiter gerecht werden.

Astrid Krupicka, Marketingdirektorin für die Regionen Österreich und Osteuropa bei Alcatel-Lucent Enterprise Solutions, betont: „Um im heutigen Markt erfolgreich zu sein, müssen Kundenzufriedenheit und Produktivität der Mitarbeiter hoch und Betriebskosten niedrig sein. Dynamische Kommunikation hilft Unternehmen,



Jederzeit erreichbar zu sein, gilt mittlerweile als Grundvoraussetzung fürs Business. Foto: Photos.com

Beziehungen zu festigen sowie Zusammenarbeit, Mobilität und Leistung zu steigern, und ist somit der Schlüssel zum Erfolg.“

Alcatel-Lucent offeriert mit dem „One Number Service“ ein maßgeschneidertes Kommuni-

kationspaket für Firmen. Das heißt: Eine einzige geschäftliche Nummer und eine einzige Voice-Mailbox steht pro Mitarbeiter zur Verfügung.

Alle Anrufe werden auf das Mobiltelefon dieser Person

geleitet. Falls es besetzt sein sollte, wird der Anruf auf den Standardapparat, an das Sekretariat, zu einem Kollegen oder auf die persönliche geschäftliche Voice-Mailbox umgeleitet. Das senkt zum einen die Kosten für Kommunikation und Verwaltung der Gespräche durch die unternehmensinterne Telefonzentrale und führt zum anderen zu einem verbesserten Kommunikationsfluss durch spürbar weniger verlorene Anrufe und Nachrichten.

Zusatzfunktionen wie etwa Alcatel Lucent Push Mobile – hier werden E-Mails in Echtzeit direkt an Smartphones übermittelt – oder Virtual Desktop, also ein quasi virtuelles Büro mit Web-Oberfläche auf Mobiltelefonen, komplettieren das Angebot. sog

[www.alcatel-lucent.at](http://www.alcatel-lucent.at)

## Special Innovation

# Keine Chance für Diebe

Ausgefeilte Sicherheitstechnologien garantieren Kunden wie Händlern sichere Zahlungsabwicklung im Internet.

**Gerhard Scholz**

Ein Online-Einkauf im Internet ist Vertrauenssache – und zwar noch mehr als ein Einkauf in der sogenannten realen Welt. Werden hier Leistung und Gegenleistung, sprich: Ware und Geld, Zug um Zug ausgetauscht, ist dieser Vorgang in Webshops entkoppelt. Der Kunde geht davon aus, nach der Bezahlung die gewünschte Ware zu erhalten; der Händler erwartet, für die versandte Ware einen Zahlungseingang vorzufinden. Als intensiv genutztes finanzielles Kommunikationsmittel im Internet hat sich die Zahlung mittels Kreditkarte zu einem internationalen Standard entwickelt.

### 3D-Secure-Technologie

Schon jetzt ist der Kunde bei einer Kreditkartenzahlung sehr gut abgesichert, da jeder Händler einen entsprechenden Händlervertrag mit einer Kreditkarten abrechnenden Bank, dem sogenannten Acquirer, benötigt und daher eindeutig identifiziert ist. Zusätzlich erhält der Karteninhaber Unterstützung durch die Karten ausgebende Bank, wenn etwa die Ware nicht



Durch die Verknüpfung der Kreditkartendaten mit einem selbst gewählten Passwort bieten Online-Zahlungen auf Basis der 3D-Secure-Technologie einen hohen Sicherheitsstatus. Foto: Photos.com

geliefert wurde und er erfolglos beim Händler reklamiert hat. Umgekehrt hat der Händler die Sicherheit, dass er kein Delkredererisiko zu tragen hat, sich also nicht kümmern muss,

ob der Kunde über die entsprechende Bonität verfügt und wie hoch das Risiko des Zahlungsausfalls ist.

Um die Zahlungsvorgänge, die im Internet abgewickelt

werden, noch sicherer zu machen, haben die großen Kreditkartengesellschaften vor einigen Jahren ein mehrstufiges, sicheres Zahlungsverfahren auf Basis der 3D-Secure-Techno-

logie eingeführt: Maestro Secure Code, Master Card Secure Code und Verified by Visa. Bei diesem Verfahren muss sich der Karteninhaber bei Bekanntgabe seiner Kartendaten mit einem Passwort authentifizieren.

### Sichere Web-Umgebung

Für den Karteninhaber dauert die kostenlose Online-Registrierung zu 3D-Secure nur wenige Minuten, unmittelbar darauf ist die Karte weltweit einsetzbar. Im Zuge der Registrierung wählt der Karteninhaber eine persönliche Begrüßung und ein persönliches Passwort, das er dann bei jeder Zahlung eingeben muss. Auch die persönliche Begrüßung ist ein Garantiezeichen: Erscheint sie bei einem Einkauf in einem Webshop auf dem Bildschirm, kann der Benutzer sicher sein, dass der Händler 3D-secure-fähig ist.

Da alle diese unterschiedlichen Informationen notwendig sind, um einen Zahlungsvorgang auszulösen, ist durch dieses mehrstufige Verfahren das Risiko des Datenmissbrauchs so gut wie ausgeschlossen.

[www.paylife.at](http://www.paylife.at)

**Michael Bratl:** „Durch die Registrierung für das 3D-Secure-Verfahren stellt der Karteninhaber sicher, dass seine Karte bei Internet-Zahlungen passwortgeschützt ist; ein Missbrauch der Kartendaten ist damit faktisch ausgeschlossen“, erklärt der Leiter des Bereichs Produktmanagement und Marketing Acquiring bei Paylife Bank.

## Zusätzliche Sicherheit durch Passwort

**economy:** Wie sicher ist das Bezahlen im Internet heute?

**Michael Bratl:** Für die Anwender, Händler wie Kunden, ist das heute kein Thema mehr. Das aber nur deshalb, weil im Hintergrund einige wesentliche Sicherheitsprozesse etabliert wurden, die keinen Missbrauch mehr zulassen. Die großen Kreditkartengesellschaften haben sich auf einen generellen Sicherheitsstandard, den PCI DSS, geeinigt, der die sichere Speicherung und Verarbeitung der Kreditkartendaten regelt. Diesem Standard haben sich alle Institutionen verpflichtet, die derartige Daten verarbeiten und/oder speichern. Seit einigen

Jahren gibt es die 3D-Secure-Technologie, die zusätzlich zu den Kartendaten ein Passwort verlangt. Heute sind fast alle Online-Shops von Paylife-Kunden 3D-Secure-fähig.

### Was unterscheidet 3D-Secure von der herkömmlichen Kreditkarten-Anwendung?

Durch die Registrierung für das 3D-Secure-Verfahren stellt der Karteninhaber sicher, dass seine Karte bei Internet-Zahlungen passwortgeschützt ist; ein Missbrauch der Kartendaten ist damit faktisch ausgeschlossen. Und ein Händler, der 3D-Secure-Zahlungen anbietet, erhöht nicht nur seine eigene

Sicherheit, sondern auch die seiner Kunden. Jedesmal, wenn der Karteninhaber bei einem 3D-Secure-fähigen Händler einkauft, muss er im Bezahlvorgang auf der SSL-verschlüsselten Eingabeseite sein Passwort mitteilen. Diese Eingabeseite wird direkt vom Karten ausgebenden Institut angezeigt, das zum Karteninhaber eine direkte, verschlüsselte Verbindung herstellt.

### Wie ist der Stand der Dinge bei der Kontaktlos-Technologie für Kreditkarten?

Sowohl Visa als auch MasterCard arbeiten daran, eine neue Generation von Terminals und Kreditkarten-Chips zu entwi-

ckeln, bei der die Kreditkarte nicht mehr in das Terminal eingeführt, sondern nur kurz an ein Lesegerät gehalten werden muss. Das funktioniert schon in vielen Prototyp-Anwendungen. Das größte Pilotprojekt wird derzeit gerade in London geplant. Schon jetzt ist dort der Flughafen Heathrow komplett auf diese neue Technologie umgestellt, und die Oyster Card, die für fast alle öffentlichen Verkehrsmittel gilt, ist ebenfalls eine kontaktlose Karte. Ziel ist es, bis 2012, wenn London die Olympischen Sommerspiele ausrichtet, die ganze Stadt auf die Kontaktlos-Technologie umgestellt zu haben. *gesch*

### Zur Person



**Michael Bratl, Leiter des Bereichs Produktmanagement und Marketing Acquiring bei Paylife Bank.** F.: PayLife



## Special Innovation

# Bezahlen im Internet

Unterschiedliche Geschäftsfälle in Webshops erfordern den Einsatz unterschiedlicher bargeldloser Zahlungsmittel.

Gerhard Scholz

Als in den 1990er Jahren das Internet seinen Siegeszug antrat und rasch eine unglaubliche Zahl von Benutzern fand, wurde es notwendig, in dieser neuen digitalen Welt auch elektronisch bezahlen zu können. Webshops nehmen nun mal kein Bargeld. Doch im Gegensatz zur klingenden Münze haben bargeldlose Zahlungsmittel keine einheitliche Charakteristik. Sie unterscheiden sich durch die Möglichkeiten, die sie den Kunden bieten, und die Notwendigkeiten, die Händler von ihnen verlangen.

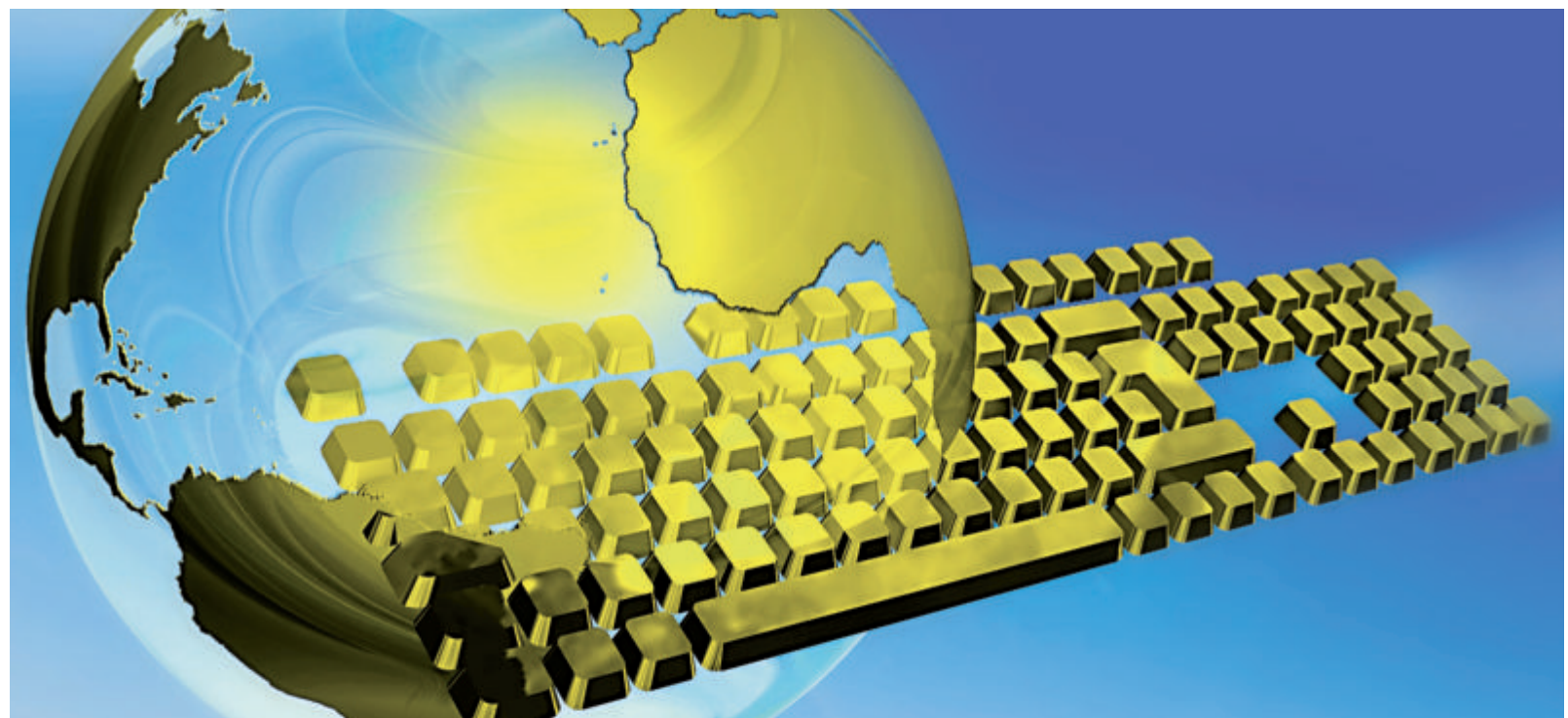
In Österreich gängigste Bezahlformen im Internet sind Kreditkarten wie Visa oder Master Card, die Online-Überweisung eps (E-Payment-Standard) und sogenanntes M-Payment, mobiles Bezahlen über das Handy, wie es hierzulande unter der Marke Paybox angeboten wird. Jede Branche stellt an bargeldlose Online-Zahlungsabwicklungen ihre eigenen Anforderungen, die sich aus dem Wesen des jeweiligen Geschäftsfalls ergeben.

## Je nach Geschäftsfall

Wenn das spannende Champions-League-Spiel in die Verlängerung geht und jemand in einem Online-Wettbüro noch rasch eine Wette platzieren will, dann geht es dem Händler vornehmlich um eines: um den garantierten Zahlungseingang – prompt und sicher. Früher musste der Einsatz auf dem Tisch liegen, jetzt muss der Händler nur die Gewähr haben, dass die Zahlung Top-Bonität hat.

Thomas Grabner, Geschäftsführer des Payment Service Providers Qenta, meint dazu: „In so einem Fall muss es schnell gehen und sicher sein. Hier bieten sich garantierte Zahlungen wie das 3D-Secure-Verfahren der Kreditkartenfirmen an. Auch mit M-Payment ist meistens eine Garantie gegeben, und so gut wie immer mit Prepaid-Karten.“

Die eps-Online-Überweisung ist für Grabner durchaus sinnvoll bei punktuellen, einmaligen Zahlungen in Webshops. Allerdings sind damit keine wiederkehrenden Zahlungen möglich, was aber in vielen Fällen not-



**Einkaufen in Webshops im Internet und die damit verbundene bargeldlose Zahlungsabwicklung sind heute eine rundum sichere Sache, aber jede Branche hat ihren Geschäftsfällen gemäß andere Anforderungen an die akzeptierten Zahlungsmittel.** Foto: Photos.com

wendig ist, wie Grabner erläutert: „Wenn ich ein Abonnement, zum Beispiel für eine Zeitung, abschließe, dann gehe ich damit ein Dauerschuldverhältnis ein, das erst endet, bis ich es widerrufe. Dafür brauche ich eine Funktion, die wiederkehrende Zahlungen erlaubt. Auch gibt es bei eps keine Möglichkeit, Gutschriften auszustellen, wie es beispielsweise ein Ticket-Versand oft für Sammelbestellungen benötigt. Solche Funktionen wären für eine breitere Akzeptanz sehr wünschenswert.“

Für viele Online-Käufer, die keine Kreditkarte besitzen, stellt eps aber eine bequeme Zahlungsfunktion dar, mit der ähnlich dem Online-Banking eine Überweisung vom eigenen Bankkonto aus durchgeführt werden kann.

## Sonderfall Amazon

Interessanterweise verzichtet einer der größten Webshops weltweit, nämlich Amazon, auf den Einsatz der 3D-Secure-Technologie. Man kann dort seine Einkäufe mit „normaler“ Kreditkarte oder Bankeinzug bezahlen. Setzt gerade Amazon nicht auf Sicherheit? Thomas Grabner meint dazu: „Amazon stellt die Breitenwirkung ganz klar vor das Risiko. Aber bei der Bestellannahme durch Amazon

handelt es sich ja auch nicht um ein zeitkritisches Verfahren. Bevor ein Paket auf den Weg zum Kunden geschickt wird, sind die Daten längst abgeklärt. Und letztlich kalkulieren sie wie jeder Händler einen gewissen Prozentsatz an Schwund mit ein.“

## Thema Sicherheit

Als „lediglich mobilen Anwendungsfall, nicht aber als Zahlungsmittel per se“ bezeichnet Grabner den Einsatz von M-Payment: „Weil durch das Handy ja nur eine Transaktion angestoßen wird. Die Abrechnung erfolgt dann als Belastung des Kontos oder der Kreditkarte.“

Aber ist M-Payment nicht sicherer als herkömmliche Kreditkarten-Transaktionen im Internet, weil die Daten über die beiden getrennten Kanäle Internet und Handy übertragen werden? Thomas Grabner wird ernst: „Zum einen sehe ich auch beim 3D-Secure-Verfahren die Kreditkartendaten und das notwendige Passwort als zwei getrennte Kanäle an. Zum anderen halte ich es für nicht sehr klug, mit solchen Marketing-Aussagen in das sensible Thema Sicherheit Verunsicherung reinzubringen. Das schadet letztendlich der gesamten Branche.“

[www.qenta.at](http://www.qenta.at)

DOXIS 4  
SCALE YOUR BUSINESS

SER

Flexible Wege aus dem  
Dokumenten-Dschungel

[www.ser.at](http://www.ser.at)



## Special Innovation

# Mobiles Zahlen mit dem Handy

Für bargeldloses Bezahlen unterwegs und auch im Internet verwenden immer mehr Menschen ihr Mobilfunktelefon.

**Gerhard Scholz**

Das papierfreie Büro hat nun ein mobiles Pendant: das parkzettelfreie Auto. Wer die Zettelwirtschaft mit den Parkscheinen satt hat, kann jetzt die Parkgebühr mittels SMS vom Handy aus bezahlen. Und sich dadurch eine Menge Strafmandate ersparen, weil per SMS auch von unterwegs bequem verlängert werden kann. Mobiles Zahlen über das Handy, auch M-Payment genannt, umfasst heute eine Vielzahl praktischer Anwendungen. Immer mehr wird das Bezahlen über das Handy genutzt, um Lotto zu spielen, Wetten zu platzieren, an Automaten einzukaufen oder Fahrkarten zu lösen.

**Einfacher Bezahlvorgang**

Speziell das Internet eröffnet ein weites Feld für M-Payment. Als Alternative zur Kreditkarte können Zahlungen in vielen Webshops auch über das Handy autorisiert werden. Der Bezahlvorgang geht ganz einfach vor sich. Man erhält einen automatischen Anruf oder ein SMS von Paybox mit dem zu zahlenden Betrag und dem Zahlungs-

empfänger. Bei einem Anruf gibt man die Zahlung mit einem PIN-Code, bei Erhalt eines SMS mit einem „Ja“ frei. Die Abrechnung erfolgt direkt über das Bankkonto oder die nächste Handy-Rechnung.

Mit Abstand größter Anbieter von M-Payment-Services in Österreich ist Paybox Austria. Das Unternehmen entstand 2001 und ist in der heutigen Form eine originär österreichische Entwicklung, an der Mobilkom Austria mit 83,3 Prozent und Orange mit 16,7 Prozent beteiligt sind. Da es europaweit keine länderübergreifenden M-Payment-Angebote gibt, lag es nahe, die Dinge selbst in die Hand zu nehmen. Heute genießen sowohl die technische als auch die organisatorische Paybox-Lösung internationale Vorbildwirkung, die von Besuchern aus aller Welt unter die Lupe genommen wird.

Jochen Punzet, CEO von Paybox, erläutert: „Im Herbst 2008 starteten wir die Kooperation mit T-Mobile und Telering. Damit sprechen wir jetzt mehr als vier Millionen Mobiltelefonkunden an, die über das Handy eine Reihe von praktischen

Diensten sofort bezahlen können. Eine derartige Kooperation gibt es in ganz Europa derzeit nur noch in Spanien. Am Beispiel des technologiefreundlichen asiatischen Raums, wo M-Payment weit verbreitet ist, sehen wir, welch großes Potenzial in diesem Service steckt. Aber mit Paybox hat Österreich in Europa zweifellos eine Vorreiterrolle übernommen.“

**Viele Anwendungen**

Die breite Kundenbasis von vier Mio. Handy-Nutzern, also die Hälfte aller Österreicher, macht Paybox natürlich zunehmend für den Handel interessant. Derzeit werden Paybox-Zahlungen an über 6000 Akzeptanzstellen angenommen. Ob man Konzertkarten bei Ö-Ticket kauft, Fahrkarten für die ÖBB löst, Flugreisen bei Sky Europe bucht oder weltweit Blumen zustellen lässt: Alles kann man über das Handy bargeldlos bezahlen. Und mit dem Online-Shop Onlineaufladen.at können Wertkarten-Handys aller österreichischen Netzbetreiber direkt im Internet aufgeladen werden.

[www.paybox.at](http://www.paybox.at)

Die Zettelwirtschaft mit den Parkscheinen hat ein Ende, weil man jetzt bequem über das Handy bezahlen kann. Foto: paybox

**Jochen Punzet:** „Wir haben einen branchen- und betreiberübergreifenden Standard für das Bezahlen mit dem Handy etabliert. Dadurch können mehr als vier Millionen Handykunden Bestellungen im Internet, mobile Einkäufe oder Rechnungen in Geschäften mit dem Handy bezahlen“, erklärt der CEO von Paybox Austria.

## Kooperation als Geheimnis des Erfolges

**economy:** *Vornweg gefragt: Wie gehen die Geschäfte?*

**Jochen Punzet:** Bestens, denn das mobile Zahlen über das Handy erfreut sich steigender Beliebtheit. Wir haben ein starkes Jahr 2008 mit herzeigbaren Steigerungsraten hinter uns. Bei den M-Payment-Transaktionen konnten wir um rund 44 Prozent zulegen; und wir konnten über 50 Prozent mehr Kunden dazugewinnen. Und, auch nicht gerade unwichtig, unser Umsatz ist ebenfalls um rund 50 Prozent gestiegen. All das zeigt, dass unser Angebot an M-Payment-Services vom Markt angenommen und zunehmend nachgefragt wird.

*Obwohl Paybox im Eigentum zweier Mobilfunk-Anbieter steht, setzen Sie auf Kooperation.*

Ja, denn gerade die Interoperabilität von Paybox ist ausschlaggebend für unsere positive Entwicklung. Wir haben im Lauf der Jahre einen branchen- und betreiberübergreifenden Standard für das Bezahlen mit dem Handy etabliert. Die vier größten Mobilfunkanbieter Österreichs setzen gemeinsam auf Paybox. Dadurch können mehr als vier Mio. Handy-Kunden Bestellungen im Internet, mobile Einkäufe, Rechnungen in Geschäften und vieles mehr mit dem Handy bezahlen. Hier zieht eine ganze Branche am selben

Strang und erreicht dadurch Erfolge, die mit Insellösungen nicht möglich wären.

*Welche Sicherheit bieten Sie Ihren Kunden im Internet?*

Paybox ist im Hinblick auf die Zahl der Nutzer, die sofort mit dem Handy zahlen können, das größte Internet-Zahlungsmittel in Österreich, und gerade im Internet ist eine sichere Zahlungsmöglichkeit wichtig. Mit Paybox werden keine sensiblen Daten über das Internet übertragen, denn die Zahlung wird über einen von der Bestellung im Internet getrennten Kanal, nämlich über das eigene Handy, autorisiert.

*Welche strategischen Schritte stehen bei Paybox als nächste auf der Agenda?*

Der Fokus unserer Strategie ist auf den Ausbau unseres Akzeptanzstellennetzes gerichtet, um den Nutzen für unsere Kunden zu steigern, wobei wir auch grenzüberschreitenden Kooperationen offen gegenüberstehen. In Zukunft wird auch die Implementierung von Near Field Communication in Handys für Paybox eine wichtige Rolle spielen. Diese innovative Technologie wird die Bedeutung von Paybox im klassischen Handel weiter ausbauen und unsere Vorreiterrolle beim Bezahlen mit dem Handy stärken. *gesch*

**Zur Person**

**Jochen Punzet ist CEO von Paybox Austria.**

Foto: paybox